



155. Rechenschaftsbericht des Regierungsrates an den Kantonsrat von Appenzell Ausserrhoden 2013





Vorwort	3
Regierungsrat	5
Kantonskanzlei	9
Departement Finanzen	14
Departement Bildung	20
Departement Gesundheit	27
Departement Bau und Umwelt	34
Departement Volks- und Landwirtschaft	42
Departement Sicherheit und Justiz	50
Departement Inneres und Kultur	57
Statistischer Anhang	65



Vorwort

Sehr geehrte Frau Kantonsratspräsidentin

Sehr geehrte Damen Kantonsrätinnen, sehr geehrte Herren Kantonsräte

Mit diesem Bericht legt der Regierungsrat Rechenschaft über das Jahr 2013 ab. Der Bericht wurde formal gegenüber dem Vorjahr nicht verändert; der Aufbau des Berichts hat sich bewährt.

Die Entwicklung von Appenzell Ausserrhoden blieb auch 2013 im gesamtschweizerischen Vergleich unterdurchschnittlich. So nahm die Wohnbevölkerung lediglich bescheiden zu. Der Zuwachs gründete vor allem auf der Zuwanderung aus dem Ausland. Auch der Beschäftigungsanstieg liegt deutlich unter dem Schweizer Schnitt. Hier setzt das Regierungsprogramm 2012-2015 an. Wie in der separaten Jahresberichterstattung nachzulesen ist, zeigt das Programm erste Erfolge. Diverse komplexe Bauprojekte konnten dank der fachkundigen Unterstützung durch die erfahrenen Projektleiter des Regierungsprogramms vorangetrieben werden. Das Programm verspricht, in den kommenden Jahren einen nicht unwesentlichen Anteil an einer verstärkten Wohnbautätigkeit im Kanton leisten zu können; dies insbesondere in Gemeinden, die vom allgemein festzustellenden Bauboom bisher nicht oder nur unterdurchschnittlich erfasst wurden. Damit leistet das Regierungsprogramm einen Beitrag zu zeitgemäsem und attraktivem Wohnraum im ganzen Kanton. Und dies verbessert die Voraussetzungen für eine verstärkte Zuwanderung aus anderen Kantonen.

Eine weitere Herausforderung für Appenzell Ausserrhoden liegt in der im Vergleich mit anderen Regionen der Schweiz niedrigeren Attraktivität des Arbeitsmarktes in der Ostschweiz. Für Unternehmen in Appenzell Ausserrhoden wird es zunehmend schwierig, gut qualifizierte Mitarbeitende zu finden. Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass Wirtschaft und Politik diese Herausforderung nur gemeinsam meistern können. In diesem Sinne wurden im Berichtsjahr verschiedene Projekte lanciert.

Aufgrund der revidierten BIP-Daten erscheint das Wirtschaftswachstum in Appenzell Ausserrhoden in einem günstigeren Licht als bisher angenommen. Für den Wohlstand der Bevölkerung ist jedoch die Entwicklung des Einkommens aussagekräftiger – und dieser Wert stagnierte in den letzten Jahren.

Die im letzten Jahr angesprochenen dunklen finanzpolitischen Wolken haben sich nicht verzogen. Im Gegenteil: Der negative finanzpolitische Trend hat sich 2013 weiter akzentuiert. Das bereits 2012 aufgegleiste Entlastungsprogramm ist notwendig. Der Regierungsrat hat sich denn auch 2013 intensiv mit den verschiedenen Komponenten dieses Programms zur Entlastung des Staatshaushalts beschäftigt. Diese Herausforderungen werden auch 2014 nicht abnehmen.

Neben der Finanzpolitik beschäftigten den Regierungsrat und die Verwaltung erneut Strukturthemen in den verschiedensten Ausprägungen. Appenzell Ausserrhoden befindet sich auf mehreren Ebenen in einer Umbauphase. Der Regierungsrat trieb viele bereits in den letzten Jahren angegangene Projekte voran und eröffnete neue Themenfelder.

Die Reform der Staatsleitung kam 2013 auf die Ebene der parlamentarischen Beratungen. Gleichzeitig wurden die Folgeprojekte in der Verwaltung aufgegleist, und der Regierungsrat legte erste Leitlinien für diese fest. Das Projekt eines gemeinsamen Spitalverbundes mit Appenzell Innerrhoden wurde ebenfalls erstmals im Kantonsrat diskutiert und in den Projektgruppen vorangetrieben.

Die AR Informatik AG blickt auf ihr erstes Geschäftsjahr zurück. Die Auslagerung und Zusammenführung der kantonalen und kommunalen Informatik brachte für alle Beteiligten viel Abstimmungsarbeit. Es wurde in etlichen Bereichen Neuland betreten. Eine erste Erkenntnis aus diesem Prozess lässt sich bereits formulieren: Die Transparenz beim Informatikaufwand konnte deutlich verbessert werden. Nun gilt es, die entstandenen Synergien aus einer intensivierten Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden konsequent zu nützen.



Mit dem neuen Pensionskassengesetz wurde die Grundlage geschaffen, um eine weitere Anstalt des Kantons, die Pensionskasse AR, in eine weitgehende Selbständigkeit zu entlassen. Das neue Mittel- und Hochschulgesetz wird, verbunden mit dem neuen Finanzhaushaltsgesetz, eine moderne Form der Steuerung der Kantonsschule Trogen mit sich bringen. Hier konnten 2013 wichtige Schritte im Gesetzgebungsprozess gemacht werden. Schliesslich nahm der Regierungsrat erste Arbeiten für eine neue rechtliche Grundlage der Ausgleichskasse der AHV/IV in Angriff. Auch bei den Gemeindestrukturen wurden erste politische Diskussionen geführt. Nun ist eine Arbeitsgruppe daran, konkrete Vorschläge zu erarbeiten.

2013 durften Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden das grosse Jubiläum zum 500. Jahrestag des Beitritts des ungeteilten Landes Appenzell zur Eidgenossenschaft feiern. Tausende von Mitwirkenden, Helferinnen und Helfern aus beiden Kantonen gestalteten über 1'200 Anlässe und machten so das Jubiläumsjahr zu einem regelrechten Gesamtkunstwerk. Der umsichtigen Projektleitung gelang es, die ambitionierten Ziele des Unterfangens zu erreichen. Das Gemeinschaftsgefühl der beiden Kantone und ihrer Menschen wurde nachhaltig gestärkt. Und beide Kantone wurden weitherum in der Schweiz und im benachbarten Ausland wahrgenommen. Das Jubiläum darf deshalb als grosser Erfolg der Zusammenarbeit von Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden gewertet werden.

Der Regierungsrat dankt allen Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung und der angeschlossenen Anstalten herzlich für ihren Einsatz. Dieser ist stets auf das Wohl des Kantons und seiner Bevölkerung ausgerichtet. Ein Dank geht auch in Richtung Kantonsrat. Sie, geschätzte Damen Kantonsrätinnen und Herren Kantonsräte, leisten einen nicht minder bedeutsamen Beitrag. Sie stellen die Weichen für die Entwicklung des Kantons.

Im Namen des Regierungsrates

Marianne Koller-Bohl, Landammann

Roger Nobs, Ratschreiber



Regierungsrat

1. ALLGEMEINES

Der Regierungsrat fasste an 40 Sitzungen insgesamt 655 Beschlüsse. Darüber hinaus traf sich der Regierungsrat zu 12 halbtägigen Strategiesitzungen sowie zu einer eineinhalbtägigen Klausur, um Grundsatzfragen und künftige Herausforderungen zu diskutieren. Der Regierungsrat hat sich zum Ziel gesetzt, vermehrt in grundsätzlicher Art und Weise wichtige Fragen zu diskutieren, bevor formelle Beschlüsse gefällt werden. Daher hat er die Zahl der Strategiesitzungen markant erhöht.

Die traditionellen Treffen mit den Wirtschaftsverbänden wurden 2013 auf eine neue Grundlage gestellt. Der Regierungsrat traf sich am 17. September mit Vertretern aller kantonalen Wirtschaftsverbände, um nach einer Präsentation des Monitoringberichts 2013 aktuelle wirtschaftspolitische Fragen zu diskutieren.

Auch der Wirtschaftsdialog mit einzelnen Unternehmen wurde neu konzipiert. Eine Delegation des Regierungsrates besucht jeweils am Tag einer Landsitzung einen Betrieb in der gastgebenden Gemeinde. Gemeinsam mit einer Delegation des Gemeinderates können so aktuelle Herausforderungen der Betriebe diskutiert und Fragen im Verhältnis zwischen Wirtschaft, Gemeinde und Kanton erörtert werden. 2013 wurden zwei Betriebe besucht: die Druckerei Lutz AG in Speicher sowie die Schreinerei Anhorn in Wolfhalden.

Nach dem Rücktritt von Landammann Hans Diem begann der Regierungsrat das Amtsjahr am 1. Juni in neuer Besetzung. Marianne Koller-Bohl übernahm das Amt des Landamanns nach ihrer Wahl am 3. März. Matthias Weishaupt bekleidet neu das Amt des Landammann-Stellvertreters. Für Hans Diem wurde Paul Signer am 7. April im zweiten Wahlgang in den Regierungsrat gewählt. Damit erfuhr die personelle Zusammensetzung des Regierungsrates erstmals seit 2006 eine Veränderung.

2. JUBILÄUMSJAHR AR·AI 500

2013 jährte sich die Aufnahme des ungeteilten Landes Appenzell in die Eidgenossenschaft zum 500. Mal. Damit erreichte das grosse kantonsübergreifende Projekt eines

gemeinsamen Jubiläumsjahres seinen Höhepunkt und seine Bestimmung. Die Projektorganisation unter Leitung eines Lenkungsausschusses aus Mitgliedern der Standeskommission und des Regierungsrates war seit 2007 intensiv mit den Vorbereitungsarbeiten beschäftigt. Das ganze Jahr 2013 wurde umrahmt von den zahlreichen Feierlichkeiten zum Jubiläum. Die Eröffnungsfeier in Heiden am 8. März markierte den Startschuss - unter anderem mit der grossartigen Präsentation der «Zeitzeugnisse», einer virtuellen Reise durch 500 Jahre Appenzeller Geschichte in Form eines Buches und einer Website. Das Projekt führte während des ganzen Jahres über 50 Veranstaltungen rund um die «Zeitzeugnisse» durch. Die «Ledi - die Wanderbühne» zog von Mai bis Oktober durchs Appenzellerland und erfreute an 67 Tournee-Tagen rund 18'000 Besucherinnen und Besucher. Im Juli und August vermochte das Festspiel «Der dreizehnte Ort. Ein musikalisches Spiel zum Fest» in Hundwil Tausende zu begeistern. Nach schwierigen Wochen mit nasskaltem Frühlingswetter, schleppendem Vorverkauf und Unmut in der Bevölkerung aufgrund häufiger Sperren der Hauptstrasse begannen die Aufführungen Anfang Juli. Mit Ausnahme der beiden Premieren waren sämtliche Vorstellungen ausverkauft. Dank zusätzlich eingerichteten Plätzen konnten rund 15'000 Besucherinnen und Besucher das Festspiel geniessen. Dies entsprach einer Auslastung von 106 %. Am 1. August begingen Gemeinden und Bezirke an 20 Standorten in denkwürdiger Weise den Nationalfeiertag. Am 25. Oktober durften Standeskommission und Regierungsrat rund 350 Gäste, darunter Vertreterinnen und Vertreter des Bundes und aller Kantone, zur grossen Jubiläumsfeier in Appenzell und Herisau empfangen. Am 17. Dezember schliesslich - dem eigentlichen Jahrestag der Aufnahme in den Bund - bildete eine schlichte Feier im kleinen Kreis in Appenzell den würdigen Schlusspunkt des Jubiläumsjahres. Der Regierungsrat darf auf ein durch und durch gelungenes Jubiläum zurückblicken. Der lange Prozess der Vorbereitung, der nicht immer ohne Schwierigkeiten ablief, mündete in ein vielschichtiges, farbenfrohes und lebendiges Jahr, das den Menschen in Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden zahlreiche Begegnungen bescherte und viel Verständnis für das jeweilige Gegenüber schuf. Das Projekt hat für das künftige Zusammenleben und für die Zusammenarbeit eine neue Grundlage geschaffen.

3. WEITERE WICHTIGE GESCHÄFTE

Der Regierungsrat beschäftigte sich an mehreren Sitzungen und Klausuren mit der Reform der Staatsleitung und den nachfolgenden Projekten. Auch das Vorhaben eines gemeinsamen Spitalverbunds mit Appenzell Innerrhoden wurde mehrfach diskutiert. Es galt, vom Kantonsrat die Genehmigung eines Projektkredits einzuholen und die Arbeiten der Projektgruppe und des Lenkungsausschusses eng zu begleiten. Weiter hatte der Regierungsrat verschiedene Vorentscheide im Hinblick auf die Einführung des Harmonisierten Rechnungsmodells 2 und die Inkraftsetzung des neuen Finanzhaushaltsgesetzes zu treffen. Dazu gehörte unter anderem auch die neue Steuerung der Kantonsschule Trogen mittels Globalkredit und Leistungsauftrag. Auch die finanzpolitischen Perspektiven forderten den Regierungsrat stark. Es galt, das Grundkonzept des Entlastungsprogramms 2015/16 mit seinen drei Pfeilern «Politik», «Verwaltung» und «NFA/Steuerfuss» zu entwickeln und zu gestalten. Alle drei Pfeiler wurden schliesslich verabschiedet. Der Teil «Verwaltung» mit den beiden Projekten einer Analyse der Ausgaben von Kanton und Gemeinden (sog. Makro-Analyse) und einer Effizienzüberprüfung der kantonalen Verwaltung (sog. Mikro-Analyse) wurden aufgelegt und in die Umsetzung überführt. Erste Resultate dieser beiden Projekte werden 2014 vorliegen. Mit der Gesamtüberprüfung der Normen zum Justizvollzug nahm der Regierungsrat ein anspruchsvolles Projekt an die Hand, das er schliesslich in Form des neuen Gesetzes über den Justizvollzug in erster Lesung verabschiedete. Auch das Gesetz über die Mittel- und Hochschulen brachte der Regierungsrat weiter und verabschiedete es in 3. Lesung. Der endgültige Entscheid des Kantonsrates folgt 2014. Eine grössere Teilrevision des Baugesetzes schickte der Regierungsrat in die Vernehmlassung. Die Revision stützt sich unter anderem auf die Erkenntnisse einer Gesetzesanalyse, welche eine spezialisierte Anwaltskanzlei im Rahmen des Regierungsprogrammes vorgenommen hatte. Der Regierungsrat nahm eine Motion der Kantonsräte Florian Hunziker, Herisau, und Willi Rohner, Rehetobel, zur Neuverteilung der Sitze im Kantonsrat entgegen. Nach der vom Regierungsrat begrüßten Erheblicherklärung schickte er eine entsprechende Vorlage in die Vernehmlassung. Im Projekt der Überprüfung der Gemeindestrukturen diskutierte der

Kantonsrat den Bericht des Regierungsrates. Letzterer setzte daraufhin eine breit abgestützte Arbeitsgruppe ein, um Schlussfolgerungen und Massnahmen aus dem Bericht zu prüfen. Der Regierungsrat beschäftigte sich auch mit den Entschädigungen aus öffentlichen Tätigkeiten der Mitglieder des Regierungsrates. Er arbeitete eine Transparenzvorlage aus und veröffentlicht nun mit diesem Bericht erstmals sämtliche Entschädigungen, welche die Mitglieder des Regierungsrates aus öffentlichen Tätigkeiten erhalten (Statistik S. 65 f).

Schwerpunkte der Strategiesitzungen bildeten die Themen Finanzen, Reform der Staatsleitung, Bildung, Regierungsprogramm und Verkehr.

4. BEZIEHUNGEN ZU DEN GEMEINDEN

Die Beziehungen zu den Gemeinden wurden im üblichen Rahmen gepflegt. Nach den traditionellen Landsitzungen traf sich der Regierungsrat mit den Gemeinderäten von Schwellbrunn, Waldstatt, Speicher, Wald und Wolfhalden zur gegenseitigen Information und zur Diskussion aktueller Herausforderungen. Im Zentrum der zum Teil intensiven Diskussionen standen das Entlastungsprogramm des Regierungsrates, die Umsetzung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts, das Regierungsprogramm sowie das neue Mittel- und Hochschulgesetz.

Das Entlastungsprogramm sowie die Reform der Staatsleitung standen auch im Zentrum des alljährlichen Treffens mit der Gemeindepräsidentenkonferenz, das 2013 in Urnäsch stattfand.

5. AUSSENBEZIEHUNGEN

Die Konferenz der Kantonsregierungen hat sich im Berichtsjahr wiederum zu vier Plenarversammlungen getroffen. Sie diskutierte mit dem Bundesrat erneut die Grundsätze für eine gemeinsam getragene Lösung der institutionellen Fragen mit der EU. Im Berichtsjahr ging es insbesondere um die Verabschiedung des Verhandlungsmandates für ein entsprechendes Rahmenabkommen.



Die 50. Plenarkonferenz der Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK) fand in Davos statt. Neben verschiedenen Orientierungen, insbesondere über eine Expo 2027 im Raum Ostschweiz und über die Olympia-Kandidatur von Davos für 2022, stand die Beratung über die Haltung der Ostschweizer Kantone zum Staatsvertrag mit Deutschland über den Flughafen Zürich im Vordergrund.

Thematischer Schwerpunkt der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK) unter dem Vorsitz des Freistaates Bayern bildete die Energiewende. Die Konferenz leitete verschiedene Projekte im Sinne einer Energiewende in die Wege, im Einklang mit den strategischen Zielsetzungen der einzelnen Kantone und Länder der IBK. Beispielhaft zu nennen sind die Projekte «Effizientes Low Tech Gebäude für den Bodenseeraum (New Living Bodenseehaus)», «Regelmässiger Austausch - Sanierung bestehender Gebäudesubstanz» oder «Erfahrungsplattform Lastmanagement».

Am 12. März trafen sich die Regierungen von St.Gallen, Appenzell Ausserrhoden sowie Appenzell Innerrhoden in Gonten zur Vorbereitung der jährlichen ORK-Plenarkonferenz. Weitere Themen waren die Auswirkungen der Olympia-Kandidatur sowie die Auswirkungen und die Umsetzung der neuen eidgenössischen Asylpolitik auf die Ostschweizer Kantone.

Das traditionelle Treffen zum Jahresbeginn mit der Ständekommission von Appenzell Innerrhoden im symbolträchtigen Sammelplatz stand ganz im Zeichen des anbrechenden Jubiläumsjahres.

Im Juni empfing der Stadtrat von St.Gallen den Regierungsrat zu einem Treffen. Im Zentrum der Gespräche standen Verkehrsfragen. Es ging um die Anbindung des Individualverkehrs an den neuen Bahnhof der Appenzeller Bahnen, um die dritte Röhre des Rosenberg隧nels und den neuen Anschluss an die A1 sowie um die Verkehrsprobleme auf der Teufener Strasse in St.Gallen. Zudem liess sich der Regierungsrat aus erster Hand über den Stand des St.Galler Geothermieprojekts informieren.

Die Kontakte mit den eidgenössischen Parlamentariern konnten wieder intensiviert werden. Der Regierungsrat traf sich jeweils vor der Session in Bern zu einem Austausch über aktuelle Themen. Diese Kontakte sollen weiter intensiviert und 2014 auf eine neue Grundlage gestellt werden.

Im Rahmen der informellen Beziehungspflege empfing der Regierungsrat den Regierungsrat des Kantons Luzern zum Alten Silvester in Urnäsch. Im Mai durfte der Regierungsrat die Spitze der Schweizer Armee unter der Führung von Armeechef André Blattmann im Kanton begrüßen. Zu Gast war der Regierungsrat am letzten Wochenende im April an der Landsgemeinde in Appenzell. Auch diese Einladung erfolgte im Rahmen des Jubiläums des Beitritts von Appenzell zur Eidgenossenschaft.

Am 20. August traf sich der Regierungsrat in Heiden mit den Vertretenden der Medien zu einem informellen Gedankenaustausch.

6. VERWALTUNG

Der Regierungsrat informierte das Personal der kantonalen Verwaltung wiederum an zwei Veranstaltungen in Herisau über aktuelle Entwicklungen und Entscheide. Im Vordergrund standen die finanzpolitischen Herausforderungen und die Konsequenzen für die Verwaltung.

Das Kaderseminar am 30. August in Heiden widmete sich schwergewichtig Führungsthemen sowie den anstehenden Bemühungen für eine Aufgaben- und Effizienzüberprüfung im Rahmen des Entlastungsprogramms 2015/16.

Der Regierungsrat traf sich auch im Berichtsjahr dreimal mit der Departementssekretärenkonferenz. Im Zentrum der Diskussionen standen die Reform der Staatsleitung und die nachfolgende Reorganisation der Verwaltung, das neue Regierungsprogramm 2016-2019 sowie die Zusammenarbeit von Regierungsrat und Departementssekretärenkonferenz.

7. STABSSTELLE CONTROLLING

Mit Inkrafttreten des neuen Finanzhaushaltsgesetzes per 1. Januar 2014 wird die verwaltungsexterne Finanzaufsicht einer unabhängigen Finanzkontrolle übertragen. Die interne Finanzaufsicht im Sinne des geltenden Finanzhaushaltsgesetzes existiert in dieser Form nicht mehr. Die ge-



änderten Aufgaben der Stabsstelle Controlling wurden im Organisationsgesetz neu festgelegt.

Mit der Wahl von Rudolf Ramsauer zum Leiter der Finanzkontrolle musste im Berichtsjahr die Stabsstelle Controlling im Umfang von 40 Stellenprozenten neu besetzt werden. Für diese Aufgabe wurde Hans Saxer, Leiter Amt für Militär und Bevölkerungsschutz, gewählt. Aufgrund des Landammann-Wechsels und des damit einhergehenden Wechsels der Tätigkeit als dessen persönlicher Mitarbeiter, stand Hans Saxer für die Übernahme der Aufgaben per 1. Juni zur Verfügung.

Die Aufgaben der Stabsstelle Controlling setzen sich neu zusammen aus der Prüfung von Ämtern und Fachstellen bzgl. Organisation und Prozesse, der Stiftungsaufsicht nach ZGB inkl. Fachtagungen und Weiterbildung sowie der Koordination des Risiko- und Versicherungsmanagements. Das Risikoinventar wurde aktualisiert und das Versicherungsmanagement den neuen Bedürfnissen der Ämter und Fachstellen angepasst.

Innerhalb der Hauptaufgabe Controlling wurden aus dem Katalog der Massnahmen und Empfehlungen sieben Prüfungsfeststellungen erledigt; 27 sind in Bearbeitung oder offen. Davon wurden 13 Positionen zur Prüfung der Umsetzung in die Verantwortung der Finanzkontrolle übergeben (Statistik S. 68).

Hinsichtlich der Bereinigung des strukturellen finanziellen Defizits des Kantons hat der Regierungsrat in einem Paket «Verwaltung» die Überprüfung der Aufgaben in der kantonalen Verwaltung angeordnet. Mit Regierungsratsbeschluss vom 5. November wurde die Projektorganisation und das Vorgehenskonzept genehmigt und der Projektauftrag bis zum Abschluss 1. Quartal 2016 erteilt. Für die interne Projektleitung wurde der Leiter der Stabsstelle Controlling bestellt. Bis Ende Jahr wurden mit allen Departementen und Ämtern Informationsveranstaltungen zur Ausgangslage, zu den Projekthinhalten und zur Projektorganisation durchgeführt. Im Weiteren wurden die Vorgehensplanung und die Arbeitsinstrumente vorgestellt sowie die nächsten Aufgaben für die Grundlagenaufarbeitung der Leistungsbereiche angeordnet.



Kantonskanzlei

Leiter: Ratschreiber Roger Nobs

1. ALLGEMEINES

Die Reform der Staatsleitung beschäftigte die Kantonskanzlei stark. Die Kanzlei begleitete den Regierungsrat und die vorbereitende parlamentarische Kommission in einem intensiven Prozess, der sich über das ganze Jahr erstreckte. Mit dem positiven Entscheid des Kantonsrates in erster Lesung am 10. Juni wurde ein erster Meilenstein erreicht.

Das Jubiläumsjahr AR·AI 500 forderte die Kantonskanzlei auf verschiedenen Ebenen. Während Information und Kommunikation stark in der Dachkommunikation gebunden war, engagierte sich das Staatsarchiv im Geschichtsprjekt «Zeitzeugnisse», begleitete das Kanzleisekretariat die Arbeitsgruppe «Gedenkfeierlichkeiten» administrativ und unterstützte die Dienstleistungs- und Materialzentrale die verschiedenen Projekte logistisch. Die Kantonskanzlei war auch federführend bei zahlreichen Anlässen beteiligt, welche dank des Jubiläumsjahres in Appenzell Ausserrhoden stattfanden. Zu nennen ist etwa die Frühjahrskonferenz der Schweizerischen Staatschreiberkonferenz, das Eidgenössische Parlamentarier-Fussballturnier oder die Jahresversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen. Auch die Schweizerische Weibeltagung fand 2013 in Appenzell Ausserrhoden und in Appenzell Innerrhoden statt.

2. WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN

Im Berichtsjahr wurden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an zwei Wochenenden für eine kantonale Volksabstimmung sowie für kantonale Ergänzungswahlen an die Urnen gerufen:

Das Stimmvolk hat am 3. März die kantonale Volksinitiative «Für gleichlange Spiesse beim Nichtraucherchutz» mit 10'584 Nein- zu 7'526 Ja-Stimmen abgelehnt.

Am selben Tag fanden auch Ergänzungswahlen (Amtsantritt per 1. Juni) ins Landammannamt, in den Regierungsrat sowie in das Obergericht statt. Marianne Koller-Bohl, Teufen, wurde mit 11'444 Stimmen (absolutes Mehr 6'956) zum Landammann gewählt. Die Wahlbeteiligung betrug

40 %. Bei den Ersatzwahlen in den Regierungsrat traten Inge Schmid, Bühler, Paul Signer, Herisau, und Samuel Büechi, Trogen, an. Im 1. Wahlgang (Wahlbeteiligung 47,7 %) hatte keiner der Kandidierenden das absolute Mehr erreicht. Christian Wild, Speicher, und Heinz Zingg, Rehetobel, wurden in das Obergericht gewählt. Christian Wild erhielt 10'110 Stimmen, Heinz Zingg 10'914. Das absolute Mehr betrug 6'416 Stimmen, die Wahlbeteiligung 41 %.

Am 7. April fand der 2. Wahlgang der Ergänzungswahl in den Regierungsrat statt. Zur Wahl stellten sich Inge Schmid, Bühler, und Paul Signer, Herisau. Gewählt wurde mit 8'085 Stimmen Paul Signer. Inge Schmid verzeichnete 5'628 Stimmen (Wahlbeteiligung 38,6 %).

3. KANTONSRAT

3.1 Allgemeines

Aufgrund einer deutlich geringeren Geschäftslast (lediglich 44 Geschäfte, die es zu behandeln galt, darunter drei parlamentarische Vorstösse) traf der Kantonsrat ausnahmsweise nur zu sechs Sitzungen zusammen. Das Büro des Kantonsrates strich die Oktober-Sitzung von der Geschäftsplanung. Auch die Zahl der Vorstösse hat gegenüber dem letzten Jahr markant abgenommen (eine Motion, ein Postulat, drei Interpellationen und zwei Schriftliche Anfragen).

3.2 Wichtige Geschäfte

Grosse Gesetzgebungsvorhaben haben die Arbeit des Kantonsrates geprägt. Dazu zählte insbesondere die erste Lesung zu einer Teilrevision der Kantonsverfassung (Reform der Staatsleitung). Der Kantonsrat behandelte zudem das neue Gesetz über die Mittel- und Hochschulen in zweiter Lesung und verabschiedete das neue Pensionskassengesetz, das die Pensionskasse AR in eine weitgehende Unabhängigkeit entlässt. Auch die Teilrevision des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen (sog. Hooligan-Konkordat) hiess der Kantonsrat gut. Schliesslich stimmte der Rat der Volksinitiative «Mehr Mitsprache bei der öV-Finanzierung» in erster Lesung zu.

Am 7. Mai wählte der Kantonsrat im Hinblick auf das Inkrafttreten des neuen Finanzhaushaltsgesetzes Anfang 2014 Rudolf Ramsauer zum Leiter der neuen verwaltungsunabhängigen Finanzkontrolle.

3.3 Aussenbeziehungen

Vom 17. - 19. April wurde das erweiterte Büro vom oberösterreichischen Landtag zum Gegenbesuch in Linz empfangen. Im Zentrum der Gespräche standen Fragen der parlamentarischen Demokratie sowie des Föderalismus, insbesondere des Finanzföderalismus. Im Rahmen des Jubiläums zum 500. Jahrestages des Beitritts von Appenzell zur Eidgenossenschaft traf das erweiterte Büro den Grossen Rat des Kantons Appenzell Innerrhoden zu Besuch und Gegenbesuch. Am 13. und 14. September empfing Appenzell Ausserrhoden die Schweizerische Gesellschaft für Parlamentsfragen zu ihrer Jahresversammlung. Nach einem Vorabendprogramm im Vordergrund traf sich die Gesellschaft im Kantonsratssaal in Herisau zur Jahresversammlung und zu einer Fachtagung, um über die Herausforderungen des Milizsystems für die Parlamente zu diskutieren.

Am 23. und 24. August fand in Heiden die 28. Austragung des Eidgenössischen Parlamentarier-Fussballturniers statt. Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Kantonsrat Max Frischknecht organisierte diesen Grossanlass mit rund 250 Wettkämpferinnen und Wettkämpfern. Nach einem attraktiven Vorabendprogramm im Kursaal Heiden kämpften dann 17 Mannschaften aus der ganzen Schweiz um den Meistertitel. Der Grosse Rat des Kantons Wallis liess sich als Siegerteam feiern.

4. KANZLEIDIENSTE

Bei den Kanzleidiesten laufen alle Geschäfte der kantonalen Verwaltung zusammen und die Ergebnisse werden sichtbar. Die Hauptaufgabe liegt darin, für den Kantonsrat, den Regierungsrat sowie die Departemente ein zuverlässiger und vertrauenswürdiger Partner zu sein und einen reibungslosen Arbeitsablauf zu gewährleisten. Im Berichtsjahr war aber zu beobachten, dass die originä-

ren Aufgaben mit stets neuen Aufgaben ergänzt wurden. Herausfordernd für die Kanzleidieste war, den stetig wachsenden Bedürfnissen aller Anspruchsgruppen gerecht zu werden und gleichzeitig den Qualitätsstandard zu halten.

Im Berichtsjahr waren die Mitarbeitenden der Kanzleidieste in mehreren Projekten stark engagiert. Das Sekretariat begleitete die vorbereitende parlamentarische Kommission zur Reform der Staatsleitung administrativ. Weiter wurde - federführend - das Vorgehenskonzept für die politische Planung und Steuerung der Regierungspolitik initiiert. Mit der Neukonzeption des kommenden Regierungsprogramms sowie der Einführung eines Aufgaben- und Finanzplans soll die Planungssicherheit erhöht und die Basis gelegt werden, um die Staatsaufgaben zielorientiert und nachhaltig zu erfüllen. Insbesondere in Zeiten knapper Mittel können diese Planungs- und Steuerungsinstrumente mithelfen, die strategischen Ziele und damit die Prioritäten des Regierungsrates zu setzen.

Am 1. Januar übernahm Jürg Weder die Leitung der Kanzleidieste von seinem Vorgänger Roger Nobs, der Mitte 2012 zum Ratschreiber gewählt wurde. Roger Nobs leitete das Amt seit 2011 und prägte dieses wesentlich.

Seit August sind die Kantonsratsgeschäfte auf der Homepage des Kantons zugänglich und abrufbar. Damit ist es für die Mitglieder des Kantonsrates, für Medienvertretende und für die Öffentlichkeit möglich, sämtliche Kantonsratsunterlagen jederzeit einzusehen. Mit dem neuen Vorgehen leistet die Kantonskanzlei einen Beitrag zur Zielerreichung der Informatikstrategie, indem die Möglichkeiten der Informatik- und Kommunikationstechnologien genutzt werden. Für die Öffentlichkeit rückt der Ausserrhoder Kantonsrat dank der transparenten Online-Schaltung etwas näher.

4.1 Passbüro

Das Passbüro hat gegenüber dem Vorjahr rund 30 % mehr Reisepässe ausgestellt. Insgesamt wurden 3'387 Reisepässe ausgestellt. Diese Zunahme war zu erwarten, da die Reisepässe des Modells 03 (Gültigkeit 10 Jahre),



die ab Januar 2003 ausgestellt worden sind, nun ablaufen. Für das Jahr 2014 wird nochmals mit einer Zunahme von ca. 20 % gerechnet (Statistik S. 66f).

Im Berichtsjahr erhöhte sich auch die Anzahl Erfassungen der biometrischen Daten für die Ausländerausweise deutlich. Vor allem die Ausweise von niedergelassenen Drittstaatsangehörigen laufen zunehmend ab.

Zum Aufgabenbereich des Passbüros gehört auch die Ausstellung von Legalisationen und Apostillen. Im Berichtsjahr wurden Beglaubigungen für 559 Aktenstücke ausgestellt.

Im März führte das Passbüro eine Kundenzufriedenheitsumfrage mit sehr gutem Resultat durch. Die Qualität der Dienstleistung wurde als ausgezeichnet beurteilt. Dies zeigt: Das Passbüro wird von den Kunden als kompetenter Dienstleistungsbetrieb wahrgenommen.

Im Herbst organisierte das Passbüro zusammen mit der AR Informatik AG eine Informationsveranstaltung für die Gemeinden zum Projekt NAVIG. Mit diesem neuen Antragsverfahren wird das heutige, auf Papier basierende ID-Antragsverfahren durch ein elektronisches Verfahren abgelöst. Ziel der Veranstaltung war, die Gemeinden über das neue Antragsverfahren frühzeitig zu informieren und in die Planung miteinzubeziehen.

4.2 Dienstleistungs- und Materialzentrale

Die Dienstleistungs- und Materialzentrale (DMZ) organisierte die Materialverteilung für das Jubiläumsjahr AR·AI 500 – und war stark gefordert. Sie verwaltete 40'000 Becher, 4'500 Laufmeter Tischtücher, 220 Fahnen in vier verschiedenen Formaten sowie 50 Fahnenstangen. Auch war die DMZ mit der Bewirtschaftung neuer Jubiläumspublikationen besorgt. Rechtzeitig auf den Jubiläumsbeginn wurde das Buch «Zeitzeugnisse: Appenzeller Geschichten in Wort und Bild» lanciert. Im Herbst erschien das dreibändige Werk «Appenzeller Namenbuch: Die Orts- und Flurnamen des Landes Appenzell» von Prof. Dr. Stefan Sonderegger. Die Bücher stehen weiterhin bei der DMZ zum Verkauf.

4.3 Telefonzentrale

Im Berichtsjahr wurden sämtliche Departemente mit Microsoft Lync als Telefonlösung ausgerüstet. Damit die Vorteile des Systems vollständig zum Tragen kommen, wurde auch die Telefonzentrale mit einer geeigneten Softwarelösung ausgerüstet. Die Telefonzentrale koordiniert Telefonate, welche nicht direkt zu den Ämtern, Fachstellen oder Mitarbeitenden gehen. Die Mitarbeitenden der Telefonzentrale sind auch erste Anlaufstelle für Besuchende der kantonalen Verwaltung.

5. RECHTSDIENST

Der Rechtsdienst bietet seit 2002 interessierten Hochschulabgänger/innen die Möglichkeit zu einem einjährigen juristischen Praktikum. Voraussetzung für eine Bewerbung sind ein abgeschlossenes juristisches Studium auf Stufe Master oder Lizentiat und Interesse am öffentlichen Recht. Mit den bisherigen Praktikantinnen und Praktikanten wurden sehr gute Erfahrungen gemacht. Die Rückmeldungen über die Ausgestaltung des Praktikums sind durchwegs positiv ausgefallen, die Vielfalt an Aufgaben und die Förderung zu selbständigem Arbeiten in einem kleinen Team werden geschätzt. Dennoch ist es dem Rechtsdienst im Berichtsjahr – auch nach mehrfach wiederholter Ausschreibung – nicht gelungen, die auf Ende August frei gewordene Praktikumsstelle wieder zu besetzen. Wie eine Nachfrage ergab, hatten auch andere Verwaltungsstellen erhebliche Mühe bei der Wiederbesetzung ihrer juristischen Praktikumsstellen. Die Gründe dafür sind unklar und werden weiter untersucht.

Trotz der beschränkten personellen Ressourcen konnte ein Ansteigen der Pendenzen vermieden werden. Im Rekurswesen auf Stufe Regierungsrat wurden vor allem Eingänge zu Ortsplanungsrevisionen registriert. Weiter hatte sich der Regierungsrat mit Stimmrechtsbeschwerden sowie Beschwerden im Bereich des bäuerlichen Bodenrechts und des Quellwasserschutzes auseinanderzusetzen. Bei den departementalen Verfahren nahm insbesondere ein grösserer Tierschutzfall juristische Kapazitäten in Anspruch. Zum zweiten Mal in Folge nahm die Belastung durch Gerichtsverfahren deutlich zu.

Im Rahmen kantonalen Rechtsetzungsverfahrens wurden dem Rechtsdienst rund 30 Erlassentwürfe zur Vorprüfung überwiesen. Dank guter Zusammenarbeit mit den Departementen konnten diese jeweils ohne grösseren Aufwand bereinigt werden (Statistik S. 67).

6. INFORMATION UND KOMMUNIKATION

Die Arbeit von Information und Kommunikation gestaltete sich im Berichtsjahr wiederum breitgefächert. Appenzell Ausserrhodens war dank guten Kontakten sowie schlüssiger und rascher Medienarbeit und Informations-tätigkeit in den lokalen und regionalen Medien präsent. Information und Kommunikation publizierte rund 160 Medienmitteilungen zu allen öffentlichkeitsrelevanten Geschäften und Themen des Regierungsrates und der Departemente. Auf grosses Interesse stiessen Themen im Zusammenhang mit der Finanzlage des Kantons (Aufgabenüberprüfung, Entlastungsprogramm, Staatsrechnung und Voranschlag). Dazu führte Information und Kommunikation verschiedene Medienkonferenzen durch.

Das Jubiläum AR·AI 500 forderte über das ganze Berichtsjahr hinweg intensive Medien- und Kommunikationsarbeit. Die einzelnen Projekte kommunizierten zwar weitgehend eigenständig; doch die Durchführung der Dachkommunikation und die Verantwortung für die Gesamtkommunikation nahm viel Zeit in Anspruch (Koordination zwischen Projekten, Betreuung Webaustritt, Aushandeln Medienpartnerschaftsverträge, Erstellung Mediabudgets/Mediaplanung, Erarbeitung Newsletters, Ausgabe Festzeitung – gemeinsam mit Redaktor Hanspeter Spörri, Betreuung regionaler und überregionaler Medien bei verschiedensten Anlässen sowie unterm Jahr).

Neben den planbaren Angelegenheiten bestimmten tägliche unerwartete Ereignisse die Arbeit von Information und Kommunikation. Ein Beispiel: Bei der Fleischkontrolle einer geschlachteten Kuh aus einem Ausserrhoder Landwirtschaftsbetrieb wurde am 11. September Tuberkulose diagnostiziert. Seitens der Medien bestand ein grosser Informationsbedarf. Information und Kommunikation unterstützte in der Folge den Kantonstierarzt bei

der kommunikativen Bewältigung des Vorfalles. Schwerwiegende Krisenereignisse fanden im Berichtsjahr aber nicht statt.

Die Überarbeitung des CD/CI-Manuals wurde Ende März abgeschlossen und durch den Regierungsrat verabschiedet. Im Rahmen von «office at work» der AR Informatik AG erfolgten verschiedene Anpassungen in der Gestaltung der kantonalen Dokumentvorlagen. Auch stellte Information und Kommunikation dem Regierungsrat ein Konzept für den Einsatz von social media vor. Wie und ob social media in Zukunft bei der kantonalen Verwaltung eingesetzt werden, ist noch nicht entschieden. Die Vorarbeiten für ein Redesign des Internetauftritts wurden aus Kostengründen verschoben; ein Redesign des Intranets wurde aus demselben Grund nicht in Angriff genommen.

Im April, August und Dezember wurde unter Verantwortung von Information und Kommunikation die Personalzeitschrift 'Bärentatze' herausgegeben. Die Ausgaben haben wiederum viel Lob geerntet. Die noch junge Personalzeitschrift ist breit abgestützt und bei den Mitarbeitenden bestens verankert. Per Ausgabe August übernahm Detlev Eberhard zusätzlich zum Redaktorenposten auch die Redaktionsleitung der Bärentatze. Die Neubesetzung der Redaktionsleitung wurde nach dem Rückzug von Willi Moesch nötig.

7. STAATSARCHIV

7.1 Neuausrichtung dank ECM-Projekt

In Kooperation mit allen kantonalen Organisationseinheiten erarbeitete die Projektleiterin e-Archiv ein umfangreiches Leistungsverzeichnis. Mit den an Outputs orientierten Einzelpositionen lassen sich Entscheidraster zu Archivierung, Aufbewahrungsfristen oder Dateiformaten verknüpfen. Damit verbunden ist der Wechsel von retrospektiven Beurteilungen hin zu prospektiven Bewertungsentscheidungen. Am Beispiel Veterinäramt ist diese strategische Neuausrichtung erstmals vollzogen worden. Um die Abwicklung von Akquisitionen, Aktenbewertungen, Einsichtsgesuchen, Projekten und Teamsitzungen zu



verbessern sowie das Rechnungswesen zu professionalisieren, führte das Staatsarchiv die Instrumente GEVER/KONSUL und NSP/FIBU ein.

7.2 Archivstatistik

Das Staatsarchiv erteilte 543 Auskünfte an Private und erbrachte 261 Dienstleistungen für Behörden. Im Lesesaal wurden 135 Personen mit 290 Besuchstagen erfasst und 1'470 Archiveinheiten vorgelegt. Registriert wurden 33 Ablieferungen von staatlichen Stellen und 55 Neuzugänge privater Herkunft. Archivmitarbeitende richteten 23 Vorträge aus und wirkten an sechs Publikationen mit.

7.3 Bestandeserhaltung und Erschliessung

Im Kulturgüterschutzmagazin erforderten Garantiearbeiten, Nachträge und Endreinigung grosse Sorgfalt. Nach Abschluss der Entsäuerung aller Regierungsratsakten (1848-1920) besorgten drei Zivildienstleistende die Umlagerung und Verzeichnung der Dokumente. Die durch das örtliche Atelier Büchi+Schum vorgenommenen konservatorischen Massnahmen betrafen Amtsbücher, Plakate und Urkunden. Bearbeitet wurden im Bestand Gemeindedirektion die Dossiers zu Fürsorgeleistungen nach Konkordat und Zuständigkeitsgesetz (1962-1995) sowie der Bestand Berufsbildungsamt (1888-2005).

7.4 Anlässe und Sonderaufgaben

Das auf grosses Publikumsinteresse gestossene Eröffnungsfest vom 5. Januar leitete das erste Betriebsjahr am neuen Standort Zeughaus Ebnet ein. Es folgten über das Jahr zwei Dutzend meist in Verbindung zum Jubiläum AR·AI 500 ausgerichtete Führungen für Vereine, Parteien, Amtsstellen und Schulklassen. Am Herisauer Viehschautag vom 17. September fand der Bodensee-archivtag zum Thema «Viehzucht und grenzüberschreitender Viehhandel» statt. Als Anlaufstelle für Betroffene von administrativer Versorgung und fürsorglicher Fremdplatzierung war das Staatsarchiv mit einigen Anfragen konfrontiert, die in Koordination mit involvierten Gemeinden zu bearbeiten waren.

7.5 Sicherung bedeutender Firmenarchive

Im Bestreben, das regionale Wirtschaftsleben nachhaltig zu dokumentieren, konnten zu mehreren traditionsreichen Firmen Vereinbarungen abgeschlossen werden. So gelang es, das Archivgut der von 1821 bis 2012 bestehenden Sparkasse Trogen zu sichern. In Kooperation mit dem Appenzeller Medienhaus wurde der Bestand Buchdruckerei und Zeitungsverlag Schläpfer & Co AG Herisau (1844-1998) übernommen. Durch Vereinbarung mit der Direktion der Appenzeller Bahnen AG erhielten die appenzellischen Eisenbahnarchive eine langfristig tragfähige Basis. Als Vorleistung verzeichnete Gerda Leipold den Bestand zur Rorschach-Heiden-Bergbahn (1874-2005).

7.6 Rettungen von Film- und Fotonachlässen

In Absprache mit Produzenten und Familienangehörigen konnten wertvolle Kollektionen übernommen werden. Dazu zählen historische Fotodaten zu Schwellbrunn, Schmalfilme von Ernst Brunner zum Speicherer Dorfleben (1967-1975), Fotoalben von Otto A. Schläpfer in Herisau, der Bildnachlass der Familien Schiess / Zwicky Herisau, die Dokumentation des Eisenbahnhistorikers Hans Waldburger in Zürich, der digitale Fotonachlass von Hans Sonderegger in Teufen sowie 16mm-Filme zu Militärgebirgskursen (1975/1978) aus dem Nachlass von Dr. Otto Schoch.

8. AUSSENBEZIEHUNGEN

Ratschreiber Roger Nobs durfte am 25. und 26. April die Schweizerische Staatsschreiberkonferenz zu ihrer Frühjahrskonferenz in Heiden empfangen. Im Zentrum der Sitzungen standen die Herausforderungen und Chancen von social media für die Kommunikation der Kantone. Die Herbstkonferenz vom 20. und 21. September in Montreux stand im Zeichen von vote électronique.



Departement Finanzen

Direktor: Regierungsrat Köbi Frei

Der Rechnungsabschlusses 2012 mit einem Defizit von beinahe 22 Mio. Franken zeigte, dass dringend politisch gehandelt werden muss. Dies umso mehr, weil der Aufwandüberschuss um fast 9 Mio. Franken schlechter ausfiel als budgetiert. Die verschiedenen Steuerertragspositionen in der Rechnung 2012 waren geringer als vorgesehen. Somit mussten in der Planung bereits im Frühjahr 2013 die Ertragsaussichten für das Jahr 2013 um 8 Mio. Franken reduziert werden. Nebst dieser Korrektur musste im Sommer zur Kenntnis genommen werden, dass die Zahlungen aus dem NFA Ressourcenausgleich, basierend auf einer markant gesteigerten Ressourcenkraft, überdurchschnittlich abnehmen werden. Um das zu erwartende strukturelle Defizit von 28 Mio. Franken aufzufangen, beschloss der Regierungsrat Mitte Jahr verschiedene Entlastungsmassnahmen. Diese wurden im Rahmen der Vernehmlassung aber von den Gemeinden kritisiert, welche einen Finanzierungsanteil von 7 Mio. Franken übernehmen sollten.

Das im Herbst vom Regierungsrat verabschiedete Gesamtpaket sieht drei Wirkungsbereiche vor. Mit dem Entlastungsprogramm 15 (Paket 1 «Politik») wird dem Kantonsrat vorgeschlagen, den Kantonshaushalt jährlich um 14 bis 15 Mio. Franken nachhaltig zu entlasten. Die Entlastung beim Kanton sieht auch eine abgestufte Überwälzung von 3 Mio. (2015), 4 Mio. (2016) und 5 Mio. Franken ab 2017 vor. Mittels einer Aufgabenüberprüfung 15/16 sollen in der kantonalen Verwaltung weitere 7 Mio. Franken eingespart werden (Paket 2 «Verwaltung»). Die entsprechenden internen Projekte (Benchmarking und Effizienzüberprüfung) wurden im Berichtsjahr in Angriff genommen. In einem 3. Paket «NFA/Steuerfuss» wurde dem Kantonsrat beantragt, den Steuerfuss um 0,2 Einheiten (6 Prozent, rund 7 Mio. Franken) zu erhöhen. Diesem Antrag stimmte der Kantonsrat im Dezember mit knapper Mehrheit zu.

Neben der Sanierung des Finanzhaushaltes stand die Umsetzung des neuen Finanzhaushaltsgesetzes (nFHG) in Kombination mit der Einführung des harmonisierten Rechnungslegungsmodells (HRM2) sowie die Anwendung des neuen Gesetzes über eGovernment und Informatik (eGovG) im Fokus der Arbeiten. Im Juni wurde das Gesetz über die Pensionskasse AR mit grossem Mehr durch den Kantonsrat verabschiedet. Die umfangreichen Arbeiten wurden zeitgerecht umgesetzt, sodass das Gesetz ab dem 1. Januar 2014 seine Wirkung entfalten kann.

1. DEPARTEMENTSSEKRETARIAT

Das Sekretariat war neben der Geschäftsführung intensiv mit dem Entlastungsprogramm 2015, dem Benchmarking von BAKBASEL und der Aufgabenüberprüfung 2015/2016 beschäftigt. Im Weiteren arbeitete das Sekretariat in den übergeordneten Projekten «Enterprise Content Management» (ECM) und Datenschutz betreffend das kantonale Einwohnerregister mit. Zudem wurde eine neue Informatikweisung für den Kanton und als Muster für die Gemeinden erarbeitet. Zwei Rekursverfahren aufgrund von Grundstückschätzungen wurden durch das Sekretariat instruiert. Infolge des neuen Finanzhaushaltsgesetzes wurden die Finanzkompetenzen in der kantonalen Verwaltung geregelt.

2. LOTTERIEFONDS

Der Kantonsanteil aus dem SWISSLOS-Gewinn 2012 betrug Fr. 2,556 Mio. und wurde dem Lotteriefonds gutgeschrieben. Daraus erhielten der Kulturfonds den budgetierten Beitrag von Fr. 1,1 Mio. und der Sportfonds von Fr. 0,6 Mio. Die Verwendung der Fondsgelder für kulturelle, sportliche und gemeinnützige Zwecke ist detailliert nach Projekten im Anhang zur Staatsrechnung aufgeführt.



3. PERSONALAMT

3.1 Allgemeines

Die Dienstleistungen des Personalamtes in den Bereichen Veränderungsprozesse, Organisationsentwicklung sowie individuelles Coaching und allgemeine Beratungsgespräche wurden im Vergleich zum Vorjahr vermehrt beansprucht.

Mit 80 rekrutierten Personen waren die Rekrutierungsaktivitäten gegenüber dem Vorjahr (86 Personen) geringer. Die Lernenden der kantonalen Verwaltung schlossen ihre Ausbildungen wiederum sehr erfolgreich ab. Die Nachfolge für die Stelle «Fachperson Personalprozesse» konnte intern besetzt werden. Die Kündigung der Case Managerin stellte das Personalamt vor eine herausfordernde Situation. Bis seitens des externen Anbieters die Nachfolge gelöst wurde, musste diese Dienstleistung während sechs Monaten durch das Personalamt sichergestellt werden.

3.2 Umsetzung Projekte

Die Umsetzung des Personalleitbildes wurde fortgesetzt. Die Projekte für 2013 und 2014 wurden im April durch den Regierungsrat freigegeben. Das Kaderseminar des Regierungsrates beinhaltete die nachhaltige Anwendung von Lerninhalten und Methodenkenntnisse, die in den Führungstrainings vermittelt worden sind. Themen wie die persönliche «Worklife-Situation» sowie die Methoden «Kollegiale Fallberatung» und «Gewaltfreie Kommunikation» konnten am Kaderseminar vertieft werden.

Erstmals wurden zwei Gipfeltreffen (Frühstück) durchgeführt, an welchen sich Mitarbeitende offen mit dem Regierungsrat austauschen konnten. Im Ausbildungsprogramm wurden auch Vertiefungskurse «Selbstmanagement/Umgang mit Druck» und «Kommunikation/Heikle Gespräche meistern» angeboten.

Dank der erfolgreichen Umsetzung des neuen Inseratekonzepts lagen 2013 die Gesamtkosten für die Personalsuche bei Fr. 92'000. Im Vergleich zum Vorjahr (gleiches Ausschreibungsvolumen) konnten Fr. 150'000 eingespart werden (-62%). Massgebende Fortschritte konnten bei

den Personalprozessen und der Stammdatenverwaltung samt den dazugehörigen Auswertungen erzielt werden.

3.3 Entwicklung Personalbestand

Ende 2013 betrug der Personalbestand in der kantonalen Verwaltung (ohne Spitalverbund und Kantonsschule Trogen) 891 Angestellte. Im Berichtsjahr waren 51 Austritte zu verzeichnen. Diese setzen sich zusammen aus 37 Kündigungen durch Angestellte, eine Kündigung durch den Arbeitgeber sowie 13 Pensionierungen (7 ordentlich und 6 vorzeitig). Dies ergibt eine Fluktuationsrate von 5,72 % (Vorjahr: 5,82 %). Eingetreten sind im vergangenen Jahr 50 Personen (34 Frauen und 16 Männer), wovon sechs auf Kaderstufe (zwei Frauen und vier Männer).

Die Tabellen im Anhang (S. 69 f) zeigen die Veränderungen des Personalbestandes, die Fluktuationsrate sowie den Absenzenanteil (Krankheit, Mutterschaft und Unfall) für die kantonale Verwaltung und die Kantonsschule Trogen.

3.4 Lehrlingswesen

Letzten Sommer feierten acht Lernende ihren erfolgreichen Lehrabschluss. Die Abschlussnoten der Kaufleute lagen zwischen 4,5 und 5,3. Tamara Aemisegger erreichte dabei mit 5,3 das beste Resultat und den eidgenössischen Rang. Nicole Ruggle, Fachfrau Information und Dokumentation, erreichte mit der Note 5,2 ebenfalls ein ausgezeichnetes Resultat.

Im August begannen sieben neue Lernende Kaufleute sowie eine Fachfrau Betriebsunterhalt die Berufsausbildung. Von sieben offenen Lehrstellen für den Sommer 2014 konnten bereits fünf besetzt werden. Die restlichen zwei werden bis Anfang 2014 in Reserve behalten. Das Ausbildungskonzept für Kaufleute mit Ausbildungsgruppen bewährt sich weiterhin. Dank der bestehenden Struktur in der beruflichen Grundbildung können die Anforderungen gemäss der Bildungsverordnung 2012 erfüllt werden.

3.5 Interne Fort- und Weiterbildung

In Zusammenarbeit mit dem Personalamt des Kantons St. Gallen wurde ein Fortbildungsprogramm mit 47 Kursen in den Bereichen Führung, Fach-, Sozial- und Selbstkompetenz sowie Gesundheit angeboten. Unsere Mitarbeitenden haben 28 verschiedene Kurse besucht. Das Personalamt erhält jeweils die Rückmeldungen der Teilnehmenden und kann daraus auf eine gute Qualität der Kurse schliessen.

Der Kurs «Vorbereitung auf die Pensionierung» wurde auch 2013 von der Pro Senectute organisiert. Unsere Mitarbeitenden im entsprechenden Alterssegment wurden persönlich angeschrieben und eingeladen. Acht Angestellte haben den Kurs besucht. Den eigenen Kurs «Mit 50 an die Zukunft denken!» haben zehn Mitarbeitende und vier Partner/-innen besucht.

Der Einführungstag für neue Mitarbeitende fand wiederum viermal statt. Pro Veranstaltung nahmen zwischen 34 und 40 Personen teil, insgesamt 152 Teilnehmende. Die Anpassungen im Programm wurden positiv aufgenommen; neue Referenten konnten sich etablieren und wurden seitens der Teilnehmenden als gut qualifiziert.

4. INFORMATIK UND TELEKOMMUNIKATION

4.1 Zusammenarbeit mit ARI

Auf Basis des per 1. Januar in Kraft getretenen eGovG wurde das Informatikamt zusammen mit weiteren Informatikanbietern in die neu gegründete Firma AR Informatik AG (ARI) ausgegliedert. Der Übergang erfolgte planmässig und erfolgreich. Alle Mitarbeitenden fanden in der ARI ein neues Wirkungsfeld. Die Übertragung aller Aktiven und Passiven vom Kanton an die ARI erfolgte als Sacheinlage im Umfang von Fr. 1,961 Mio. Der Einkauf aller Leistungen für die kantonale Verwaltung erfolgt über eine Leistungsbestellung gemäss dem Servicekatalog der ARI. Der Kanton kaufte Leistungen von rund Fr. 7 Mio. bei der ARI ein.

4.2 Projekt «Enterprise Content Management ECM»

Das vielschichtige Projekt mit verschiedenen Teilprojekten und einem Gesamtbudget von Fr. 2,6 Mio. verläuft planmässig. Der Hauptfokus liegt in den Bereichen GEVER, Archivierung sowie E-Mail-Management. Es wurden eine neue Informatikweisung sowie eine E-Mail-Policy erarbeitet und eingeführt. Per Ende Jahr war etwa der halbe Kredit beansprucht.

4.3 Strategiekommission

Die neu zusammengesetzte Strategiekommission gemäss eGovG erarbeitete eine eigene Geschäftsordnung. Zudem sind Vorarbeiten zur Überarbeitung der Informatik-Strategie sowie der darauf basierenden Sach- und Terminplanung zusammen mit den Gemeinden in Angriff genommen worden.

5. STEUERVERWALTUNG

5.1 Allgemeines

Im Gegensatz zu den letzten Jahren waren 2013 nur wenige vorbereitende Arbeiten für die Gesetzgebung zu erledigen. Bei der Quellensteuer erfolgten wesentliche Anpassungen und Neuerungen; erstmals seit der Einführung des heutigen Regimes im Jahre 1995. Diese wurden durch das gestiegene Bedürfnis der grösseren Unternehmen im grenznahen Bereich zur elektronischen Einreichung der Quellensteuerabrechnungen initiiert. Für die Umsetzung mussten schweizweit die Tarifstrukturen – jedoch nicht die kantonalen Tarife – harmonisiert werden.

5.2 Steuerertrag

Wie bereits im Vorjahr wurde der budgetierte Ertrag bei den natürlichen Personen nicht erreicht. Grund ist, dass der im Vorjahr festgestellte Rückgang – und die damit verbundene tiefere Ausgangsbasis – für die Budgetierung des Steuerertrags 2013 nicht mehr in genügendem Ausmass berücksichtigt werden konnte. Die mit der



Unternehmenssteuerreform II eingeführte und ab 2008 wirksame Teilsatzbesteuerung bei Dividendenausschüttungen an die privaten Aktionäre war auch 2013 nochmals rückläufig. Die bereits im Vorjahrsbericht geäusserte Vermutung, dass nach der Einführung dieser Neuerung in den ersten Jahren Mehrerträge mit einmaligem Charakter erzielt wurden, bestätigte sich. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die Erträge aus diesem Segment mittlerweile ein Niveau erreicht haben, das auch längerfristig bestehen bleiben könnte. Das wesentlich tiefere Bevölkerungswachstums (gemessen am schweizerischen Durchschnitt) spiegelt sich auch in der geringen Erhöhung des Steuerertrags.

Bei den juristischen Personen erfolgte hingegen eine markante Ertragssteigerung. Angesichts des weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Umfelds in den europäischen Ländern und der hohen Exportquote der heimischen Industrie ist dieses Ergebnis beachtenswert. Wesentlich dazu beigetragen hat eine Vielzahl der seit 2008 neu gegründeten Gesellschaften. Der Ertrag übersteigt den durchschnittlichen Ertrag der Fünfjahresperiode 2003-2007 vor der Einführung der Steuerstrategie 2008. Die wichtigsten Eckdaten des Steuerertrags 2013 sind im Anhang aufgeführt (S. 71 ff).

5.3 Veranlagungsstand per 31. Dezember

Der Veranlagungsstand für die Steuerperiode 2012 – wie auch für die früheren Perioden – lag per Ende Dezember in etwa auf Vorjahresniveau. Bei den unselbständig erwerbenden Personen, einschliesslich der Rentner und Aktionäre, sind insgesamt 79 % (Vorjahr: 80 %), im Segment der selbständig erwerbenden Personen einschliesslich der Landwirte 59 % (Vorjahr: 62 %) und bei den juristischen Personen 38 % (Vorjahr: 31 %) veranlagt. Die leicht tieferen Werte erklären sich durch die im Vorjahr vorgenommene Verschiebung einer Veranlagungsstelle aus dem Segment der unselbständig erwerbenden Personen ins Segment der juristischen Personen und der starken Zunahme der Anzahl juristischer Gesellschaften.

5.4 Aufgaben und Projekte

Mit dem Projekt «Integrierte Steuerlösung Appenzell Ausserrhoden» (ISAR) soll die Vielzahl der eingesetzten Software-Lösungen verringert und gleichzeitig eine effizientere Unterstützung der einzelnen Aufgaben und Arbeitsschritte erreicht werden. Zudem soll die Basis geschaffen werden, damit die Steuererklärung über das Internet eingereicht werden kann. Weil Beschwerden gegen den Zuschlagsentscheid für die Beschaffung von ISAR vorliegen, konnte das Submissionsverfahren noch nicht abgeschlossen werden. Die Umsetzung verzögert sich daher.

Die im Vorjahr eingeführte kantonale Personendatenplattform GERES unterstützt den Datentransfer von den Einwohnerkontrollen der Gemeinden ins Steuerregister der natürlichen Personen. Die Einführung der Registermutationen über eine Schnittstelle im Buchhaltungsprogramm newsystem@public (nsp) des Kantons verursachte einen erheblichen Zusatzaufwand. Problemlos und für die Abteilung Rechnungswesen sehr erfreulich verlief die Umstellung auf das nsp-Buchhaltungsmodul.

5.5 Personelles

Im Berichtsjahr waren fünf Austritte zu verzeichnen, davon zwei Pensionierungen von langjährigen Mitarbeitenden (Hans Bänziger nach 34 und Doris Burger nach 19 Dienstjahren). Nebst vier Neueintritten wechselte eine Person intern ihren Arbeitsplatz.

6. FINANZAMT

6.1 Allgemeines

Das Finanzamt hatte im letzten Jahr wesentliche organisatorische Änderungen zu bewältigen. Im Januar zügelte die Gerichtskasse von Trogen nach Herisau und wurde damit räumlich und administrativ ins Finanzamt integriert. Im Zusammenhang mit dem nFHG hat der Regierungsrat Ende 2012 entschieden, dass die Aufga-

ben «Finanzausgleich Kanton /Gemeinden» und «Finanzaufsicht über die Gemeinden», welche die Stabsstelle Controlling bis anhin erfüllt hatte, neu durch das Finanzamt wahrgenommen werden. Der Aufgabenwechsel erfolgt nach der Berichterstattung über das Jahr 2012 per 1. August. Wegen der anspruchsvollen Zusatzaufgaben sowie infolge Pensionierung von Sigi Forster wurden die internen Strukturen des Finanzamtes angepasst. Mit dem Ziel, einerseits die zu grosse Führungsspanne des Amtsleiters zu verkürzen und andererseits eine sinnvolle Aufgabenteilung möglich zu machen, wurde die neue Fachstelle «Finanzbuchhaltung und Rechnungswesen» geschaffen.

Eine grosse Herausforderung stellte die Ablösung der Software für die Buchführung und das Rechnungswesen dar. Nachdem bereits im Herbst 2012 der Voranschlag 2013 mit dem neuen System nsp erstellt wurde, konnte im vergangenen Jahr die Finanz-, Kreditoren- und Debitorenbuchhaltung ohne grössere Komplikationen in Betrieb genommen werden. Dank den neuen Möglichkeiten können die Amtsstellen mit aktuellen Online-Daten bedient und somit besser in ihrer Finanzverantwortung unterstützt werden. Bereits die Eingaben zum Voranschlag 2014 wurden online und dezentral durch die Ämter, Fachstellen und Betriebe erfasst. Mit nsp wurde es auch möglich, Redundanzen bei der Debitorenverarbeitung zu verringern. Grössere Ämter oder Fachstellen können ihre Rechnungen nun selber im nsp erstellen. Obwohl die neue Software seit einem Jahr im Einsatz ist, sind die vielen Möglichkeiten des Systems noch lange nicht ausgereizt. Der Ausbau von nsp wird das Finanzamt deshalb in den kommenden Jahren weiterhin stark beanspruchen.

Die Ausgliederung des Informatikamtes und die Überführung in die ARI forderte auch das Finanzamt. Einerseits galt es, die Informatik-Sachwerte buchhalterisch in die neue Firma zu überführen und andererseits entstand ein zusätzlicher Koordinationsaufwand, da bei der Budgetierung oder Abrechnung der Informatikkosten im Vergleich zu früheren Jahren mehr Abklärungen notwendig waren.

6.2 Projekte

Besonders aufwendig war die Buchführung für die Jubiläumsfeierlichkeiten AR:AI 500. Die Abrechnung aller Festanlässe mit Buchhaltung, Lohn und Mehrwertsteuer umfasste über tausend Belege und erreichte die Komplexität eines KMU.

Die Arbeiten in der Projektleitung sowohl zur Einführung von HRM2 für Kanton und Gemeinden als auch zur Einführung des nFHG waren auch im letzten Jahr wieder sehr zeitintensiv. Zudem fanden wieder zahlreiche Schulungen für Behördenmitglieder und Verwaltungsangestellte von Kanton und Gemeinden statt. Dann hat die Projektleitung auch einen erläuternden Kommentar zum nFHG erstellt. Mit dem ersten Voranschlag 2014 gemäss HRM2 konnte in den Gemeinden wie auch beim Kanton erfolgreich ein erstes wichtiges Zwischenziel in der Umsetzung vom nFHG und HRM2 erreicht werden.

Bei der Konzipierung des Entlastungsprogramms 2015 und der Aufgabenüberprüfung 2015/2016 arbeitete das Finanzamt begleitend mit.

6.3 Ausserordentliche Ausgaben oder Erträge

Im Gegensatz zu früheren Jahren flossen dem Kanton im Berichtsjahr keine Mittel aus Nachlässen zu. Weitere ausserordentliche Ausgaben oder Erträge sind nicht angefallen.

7. GRUNDSTÜCKSCHÄTZUNGSBEHÖRDE

7.1 Allgemeines

Die Behörde hat das Schätzungswesen um mehrere Bewertungsinstrumente erweitert, wertbildende Faktoren vereinheitlicht sowie die kantonalen Schätzer entsprechend geschult. Die Neuerungen werden erfolgreich angewendet. Zudem wurden sämtliche vermieteten Liegenschaften der letzten drei Jahre erfasst. Daraus resultiert jeweils die Mietwert-Statistik.



7.2 Grundstückschätzungen

Geschätzt wurden 2'827 Grundstücke (Vorjahr: 3'021). Es sind 62 Einsprachen eingegangen (2,2 %, Vorjahr: ebenfalls 2,2 %). Davon mussten zwei Rekurse durch das Departement Finanzen behandelt werden. Es wurden weniger landwirtschaftliche Schätzungen als im Vorjahr vorgenommen. Zurückgestellt wurden in etwa gleich viele Schätzungen wie im Vorjahr. Der Gesamtaufwand betrug rund 280 Stellenprozente.

7.3 Referenzschätzung

Zur Überprüfung eines einheitlichen Schätzungswesens nach gleichen Wertfaktoren wurde im Oktober wiederum eine Referenzschätzung durchgeführt. Alle Schätzer haben vier Grundstücke besichtigt und anschliessend unabhängig voneinander bewertet. Ziel war, dass die Abweichungen der einzeln geschätzten Verkehrswerte innerhalb des Durchschnittswerts liegen (+/- 10 %). Von 16 Schätzungen wichen 15 nur mit 0 bis 3.9 % vom Durchschnitt ab. Eine Schätzung wich 4 % ab. Das Ergebnis ist sehr gut.

7.4 Öffentliche Grundstücke im Finanzvermögen schätzen

Das Schätzen aller öffentlichen Grundstücke (Kanton und Gemeinden), welche im Finanzvermögen sind, wurde wegen der Einführung von HRM2 ins Jahr 2014 verschoben.

7.5 Personelles

Die gründliche Einarbeitung des neuen landwirtschaftlichen Schätzers ist weitgehend abgeschlossen. Er übernimmt neu auch die Leitung der landwirtschaftlichen Schätzungen. Der bisherige Stelleninhaber wurde für weitere zwei Jahre angestellt. Das Pensum teilen sich beide Schätzer.

8. FINANZAUSGLEICH

8.1 Finanzausgleich zwischen Kanton und Gemeinden

Mit dem Bericht über die Wirksamkeit des kantonalen Finanzausgleichs wurde auch dessen Entwicklung aufgezeigt. Das wichtigste Element im Finanzausgleich, die Mindestausstattung für die Gemeinden, wurde näher untersucht und mögliche Handlungsoptionen für die Zukunft aufgezeigt.

8.2 Finanzaufsicht über die Gemeinden

Alle Gemeinden haben im Rechnungsjahr 2012 die Anforderungen gemäss Finanzhaushaltsgesetz erfüllt.

Departement Bildung

Direktor: Regierungsrat Rolf Degen

Der Kantonsrat behandelte im September das neue Gesetz über die Mittel- und Hochschulen in zweiter Lesung. Nach der ersten Lesung wurden vor allem in begrifflicher Hinsicht Verbesserungen gewünscht. Dies wurde in der Vorbereitung der zweiten und dritten Lesung entsprechend beachtet.

Im März genehmigte der Kantonsrat die Interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen (Stipendien-Konkordat) in zweiter Lesung. Die Ausserrhoder Stipendiengesetzgebung ist nun an das Konkordat anzupassen.

Die Konzept- und Grundlagenarbeit zu einem angepassten Berufsauftrag der Lehrpersonen der Volksschule wurden abgeschlossen. Angesichts der angespannten finanziellen Situation und der Kostenfolgen der Vorlage beschloss der Regierungsrat, derzeit keine Vernehmlassung durchzuführen und das Projekt zu sistieren.

Die Deutschschweizer Kantone erarbeiten derzeit einen gemeinsamen Lehrplan 21. Damit setzen sie den Auftrag der Bundesverfassung zur Harmonisierung der Ziele der Volksschule um. Zum Entwurf des Lehrplans 21 wurde eine kantonsinterne Konsultation durchgeführt. Dass ein einheitlicher Lehrplan für die gesamte Deutschschweiz erarbeitet wird und die Ziele der Volksschule neu in Form von Kompetenzen beschrieben werden, wurde dabei mehrheitlich begrüsst. Kritisiert wurde aber, dass der Lehrplan überfüllt und stellenweise zu detailliert formuliert ist.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt betraf die Schulinformatik. Mit dem Gesetz über eGovernment und Informatik werden die Informatikdienstleistungen für Kanton und Gemeinden neu geordnet. Eine Projektgruppe unter externer Leitung erarbeitete Entscheidungsgrundlagen für eine künftige Strategie. Im Kern geht es einerseits um die Einführung einer Schulverwaltungssoftware für alle Ausserrhoder Schulen und andererseits um den künftigen Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik im Unterricht. Erste Entscheide werden 2014 gefällt.

1. INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT / ERZIEHUNGSDIREKTORENKONFERENZ

Mitarbeitende nahmen Einsitz in verschiedene Gremien der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) sowie der Erziehungsdirektorenkonferenz der Ostschweizer Kantone und des Fürstentum Liechtenstein (EDK-Ost) und wirkten auch in deren interkantonalen Arbeits- und Projektgruppen mit. Das Departement stellte zudem eine Vertretung in der Kommission für Bildung, Wissenschaft und Forschung der Internationalen Bodenseekonferenz, der Höheren Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik Zürich und im Fachhochschulrat sowie im Beirat des Fachbereichs Wirtschaft der Fachhochschule St. Gallen.

2. DEPARTEMENTSSEKRETARIAT

Das Departementssekretariat wirkte bei 23 Regierungsratsgeschäften mit Bezug zur Bildung mit (Vorjahr: 25). Es wurden 12 Vernehmlassungs- und Mitberichtsverfahren bearbeitet (Vorjahr: 20) und 13 Rechtsmittelverfahren abgeschlossen (Vorjahr: 6). Das Departementssekretariat arbeitete meist federführend an den laufenden Gesetzgebungsarbeiten mit und war beratend tätig.

3. AMT FÜR VOLKSSCHULE UND SPORT

3.1 Allgemeines

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an der Ausserrhoder Volksschule ging im Berichtsjahr von 5'884 (Jahr 2012) auf 5'689 zurück (-3,3%, Vorjahr ebenfalls -3,3%).



Auf der Primarstufe waren 4,3 % weniger Kinder zu verzeichnen als im Vorjahr. Auf der Sekundarstufe I betrug der Rückgang 5,1 %. Der Schülerrückgang wird in den nächsten vier Jahren die Sekundarstufe I verstärkt treffen. Im Kindergarten hingegen hat sich die Zahl der Lernenden von 968 auf 983 erhöht (+ 1,5 %). In den kommenden Jahren kann mit rund 500 Lernenden pro Jahrgang gerechnet werden (Statistik S. 76).

Vor dem Hintergrund abnehmender Schülerzahlen wurde vor einigen Jahren im Rahmen einer Konsultation eine markante Reduktion der Anzahl Sekundarschulen mehrheitlich abgelehnt. So können Optimierungspotentiale zwar nicht ausgeschöpft werden; die Standortattraktivität der Gemeinden bleibt dafür erhalten. Im Berichtsjahr hat sich bestätigt, dass die Schulträger an den Sekundarschulstandorten festhalten. Einzig die beiden Sekundarschulen in Bühler und Gais haben sich - unter Beibehaltung beider Standorte - zusammengeschlossen. Die Umsetzung der 2012 eingeleiteten Massnahmen zur Sicherung der Qualität bei abnehmenden Schülerzahlen wurde weiter vorangetrieben. Acht der 12 Ausserrhoder Sekundarschulen haben das Schulmodell bereits gewechselt oder bereiten diesen Schritt vor.

Die interdepartementale Zusammenarbeit konzentrierte sich auf Fragen der Gesundheitsförderung und Prävention, auf Themen und Aktivitäten in der Frühförderung, der Elternbildung und den Betreuungsangeboten sowie auf eine Zusammenarbeit mit der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (primär durch den Schulpsychologischen Dienst). Eltern, Lehrpersonen, Schulleitungen und Schulbehörden wurden mit einem Newsletter und dem Schulaktiv (kantonales Schulblatt) über aktuelle Geschäfte und Entwicklungen informiert. Themenschwerpunkte waren die Leseförderung, der Umgang mit Medien und die Kinderbetreuung.

3.2 Pädagogische Fachstellen

Ein Tätigkeitsschwerpunkt der Pädagogischen Fachstellen lag in der Beratung und Unterstützung der Schulleitungen, Schulbehörden und Lehrpersonen. Handreichungen und Merkblätter wurden aktualisiert, z.B. zum Umgang mit individuellen Lernzielen, den Dispensationen

oder dem Einsatz von Praktikanten und Assistenzpersonen. Das Konzept «Umgang mit schwierigen Situationen» wurde gemeinsam mit den Schulträgern evaluiert und angepasst.

Im Bereich der Weiterbildungsangebote wurden für Lehrende der Sekundarstufe I an vier Tagen Kurse zum didaktischen und pädagogischen Umgang mit heterogenen Lerngruppen angeboten, welche von rund 80 Lehrpersonen besucht wurden. Auch wurden Weiterbildungen zu Lehrmitteln, eine Berufseinführung für neue Lehrpersonen und Weiterbildungsmodule für Schulbehördenmitglieder durchgeführt.

Die auf gesetzlichem oder politischem Auftrag basierenden Entwicklungsaufgaben wurden fortgesetzt. Im Spätherbst begann die zweite Evaluationsperiode der Volksschulen in den Gemeinden. Prioritär im Fokus stehen dabei die Bereiche «Lehren und Lernen», «Schulmanagement» und «Zusammenarbeit». Neu erfolgen schriftliche Vorbefragungen bei Eltern, Lehrpersonen, Schulleitungen und -behörden in allen Schulen mit einheitlichen Instrumenten.

Die Vorarbeiten zur Einführung des Lehrplans 21 in Appenzell Ausserrhoden erfolgten planmässig. Die Volksschulämter der Kantone St. Gallen und Appenzell Ausserrhoden haben auf der Basis einer Vereinbarung gemeinsam ein Einführungskonzept erarbeitet.

Die Verschiedenartigkeit der Kinder, unterschiedliche gesellschaftliche und politische Erwartungen sowie die Vielfalt von Ansprüchen der Eltern stellen Lehrpersonen wie auch die Volksschule als Organisation immer wieder vor Herausforderungen. Die pädagogischen Fachstellen unterstützen Lehrpersonen, Schulleitungen und Schulbehörden in diesem Spannungsfeld kompetent.

Im Schuljahr 2013/14 besuchen 107 Lernende eine Sonderschule (Vorjahr: 115). Nach vielen Jahren mit zunehmenden Lernendenzahlen erfolgte 2013 eine Trendwende. Dies ist einerseits auf die Massnahmen zur Stabilisierung der Anzahl der Sonderschulungen zurückzuführen und andererseits auf die generell rückläufigen Schülerzahlen. 38 Lernende mit verstärkten Massnahmen werden integrativ in den Regelklassen

der Volksschule unterrichtet (Vorjahr: 38). Die integrativ in Regelklassen durchgeführten Sonderschulungen wurden im Herbst extern evaluiert, ein Bericht dazu wird im Frühling 2014 vorliegen.

Die Anzahl Kinder, welche die Volksschule in Form des häuslichen Unterrichtes besuchen, war mit 40 Lernenden gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig.

3.3 Fachstelle Sport

Die Fachstelle Sport führte 18 Kurse in der regionalen Leiteraus- und -fortbildung von Jugend+Sport mit rund 450 Teilnehmenden sowie ein Schneesport-Camp durch. Weiter wurden die kantonalen J+S-Coachs in den Vereinen in fachlichen und administrativen Belangen beraten.

Die Sportvereine stehen heute in einem veränderten gesellschaftlichen Umfeld. Am gut besuchten Sportforum standen Fragen zu tragfähigen Vereinsstrukturen im Zentrum. Es sind Anstrengungen von vielen Seiten notwendig, um das quantitative und qualitative Niveau des Sporttreibens im Kanton beizubehalten. Dabei sind die Breitensportlichen Angebote ebenso wichtig wie die Förderung der auf Leistungssportliche Erfolge ausgerichteten Aktivitäten.

An der kantonalen Sportlerehrung wurden 30 Sportlerinnen und Sportler und 10 Teams für 58 Medaillen aus nationalen und internationalen Meisterschaften, inkl. Europa- und Weltmeisterschaften, geehrt.

Das Angebot der Sportschule Appenzellerland mit seinen Partnerschulen nutzten 56 talentierte Sportschüler aus acht Kantonen und in vierzehn Sportarten. 26 Jugendliche kommen aus Appenzell Ausserrhoden. Davon besuchen 19 die Volksschule in Trogen, Teufen oder Herisau; vier ein Angebot auf der Sekundarstufe II an der Kantonsschule Trogen und drei absolvieren eine Lehre oder ein Praktikum. 10 Sporttalente aus Appenzell Ausserrhoden, davon sechs auf der Sekundarstufe I, besuchen eine ausserkantonale Sportschule.

Dem Sportfonds flossen im Berichtsjahr aus dem Kantonsanteil am Gewinn von Swisslos Fr. 600'000 zu.

Rund 40 % dieses Betrages konnte an die kantonalen und regionalen Sportverbände zur Förderung des Breitensports ausbezahlt werden. Die anderen Mittel verteilten sich auf Beiträge an Sportmaterial, an Sportanlagen und an die allgemeine Sportförderung.

Die Fachstelle Sport trug als Organisator wesentlich zum guten Gelingen des eidgenössischen Parlamentarier-Fussballturniers in Heiden bei.

3.4 Zentrum für Schulpsychologie und pädagogisch-therapeutische Dienste (ZEPT)

Das Team des Schulpsychologischen Dienstes hat im Berichtsjahr 486 Kinder abgeklärt (Vorjahr: 521). Lernstörungen und familiäre oder psychosoziale Probleme waren die häufigsten Hintergründe. Neu wird bei Abklärungen hinsichtlich von Sonderschulungen das standardisierte Abklärungsverfahren nach dem Konkordat Sonderpädagogik angewendet.

Der Schulpsychologische Dienst unterstützt die Schulen in Krisensituationen und in schwierigen Notfallsituationen. Die Integration der Fachstelle Kinderschutz mit einer interdisziplinären Kinderschutzgruppe ist erfolgreich verlaufen. Die Ausstellung «Mein Körper gehört mir» stiess auf grosses Interesse.

Die Fachstelle Kinderschutz hat im Berichtsjahr in 30 Fällen Ratsuchende beraten, und die Kinderschutzgruppe hat sich zu sechs Sitzungen getroffen. Im Auftrag der Polizei und Staatsanwaltschaft nahmen Schulpsychologinnen und -psychologen mit Expertenfunktion an 14 Videobefragungen teil, an denen Kinder oder Jugendliche als Opfer befragt wurden.

Die pädagogisch-therapeutischen Dienste sind mit Abklärungen, Beratungen und Therapien in den Bereichen Logopädie, Psychomotorik und Heilpädagogische Früherziehung tätig. In der Logopädie wurden 201 Abklärungen durchgeführt (Vorjahr: 172). Insgesamt besuchten 432 Kinder eine logopädische Therapie (Vorjahr: 403). In der Psychomotorik wurden 54 Kinder abgeklärt (Vorjahr: 54) und insgesamt 90 Kinder therapeutisch unterstützt (Vorjahr: 94).



Im Rahmen der Heilpädagogischen Früherziehung wurden im Berichtsjahr 53 Kinder und deren Eltern begleitet und beraten (Vorjahr: 50). Davon wohnten 17 Kinder im Kanton Appenzell Innerrhoden (Vorjahr: 18), mit dem eine Zusammenarbeitsvereinbarung besteht. Die meisten Kinder wurden von Ärzten oder ärztlichen Diensten angemeldet.

4. AMT FÜR MITTEL- UND HOCHSCHULEN UND BERUFSBILDUNG

4.1 Allgemeines

Vor dem Hintergrund abnehmender Lernendenzahlen wurden in einem Bericht Entwicklungsoptionen für die Mittelschule aufgezeigt. Der Regierungsrat nahm den Bericht zur Kenntnis, bewertete und priorisierte die Optionen. In einer ersten Phase werden die Teilprojekte «Zusammenarbeit mit dem Gymnasium Appenzell», «Profilschärfung Gymnasium» und eine «Machbarkeitsstudie FMS Technik» bearbeitet.

Erstmals wurde ein «Spitzentreffen Bildung AR» durchgeführt. Die Teilnehmenden stammten aus der Wirtschaft, den Vorständen des Industrievereins AR, des Gewerbeverbandes AR und der Organisation der Arbeitswelt für Gesundheits- und Sozialberufe sowie aus Politik und Verwaltung. Mit dem Spitzentreffen soll die Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten verstärkt sowie die konsequente Überprüfung und gemeinsame Weiterentwicklung der vereinbarten Massnahmen angegangen werden.

Als eines der Ergebnisse des ersten Treffens wurde eine gemeinsame Trägerschaft für die Plattform Berufsbildung beschlossen. In diesem Rahmen treffen sich Personen aus Lehrbetrieben, Berufsbildung, Lehrstellenförderung und Sekundarschulen zu einem Austausch zu ausgewählten Berufsbildungsthemen. An der ersten Durchführung zum Thema «Wie positioniere ich mich als Lehrbetrieb bei der Rekrutierung von Lernenden» nahmen über 110 Personen teil.

Die Lernendenzahlen im schulischen Brückenangebot (10. Schuljahr) waren in den vergangenen Jahren stark rückläufig. Diese Entwicklung führte dazu, dass das Angebot der Kantonsschule Trogen nicht mehr wirtschaftlich geführt werden kann. Der Kantonsrat beschloss im Dezember mit der Verabschiedung des Leistungsauftrags der Kantonsschule, ab Sommer 2014 auf das Angebot zu verzichten. Lernende können auf Gesuch hin weiterhin in schulische Brückenangebote bei anderen Anbietern (z.B. SBW Herisau oder GBS St. Gallen) zugewiesen werden.

4.2 Fachstelle Mittel- und Hochschulen

Der Kantonsrat genehmigte für die Kantonsschule Trogen im Dezember erstmals einen Globalkredit mit Leistungsauftrag nach den Regeln des neuen Finanzhaushaltsgesetzes. Im Leistungsauftrag sind die Ziele, die Angebote und die Grundlagen für die Berechnung des Globalkredits festgelegt. Auf der Grundlage des Leistungsauftrags wird zwischen dem Departement Bildung und der Kantonsschule eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen, welche den Leistungsauftrag konkretisiert. Die Fachstelle Mittel- und Hochschulen war federführend an der Erarbeitung der neuen Instrumente beteiligt.

4.3 Fachstelle Berufsbildung

Die Anzahl neuer Lehrverträge blieb auf hohem Niveau stabil (Statistik S. 76). 2013 wurden 566 neue Lehrverträge (Vorjahr: 558) genehmigt. Der Gesamtbestand an Lehrverträgen betrug 1'423 (Vorjahr: 1'390). Davon entfielen 1'326 auf die berufliche Grundbildung mit eidg. Fähigkeitszeugnis (Vorjahr: 1'306) und 97 auf das eidg. Berufsattest (Vorjahr: 84).

Bei den Qualifikationsverfahren ergaben sich kaum Veränderungen (Statistik S. 76). Insgesamt wurden 468 Qualifikationsverfahren durchgeführt (Vorjahr: 470). Davon bestanden 450 Lernende die Prüfungen (Vorjahr: 445). Dies ergibt eine Misserfolgsquote von 3,8 % (Vorjahr: 5,4 %).

Eine Auswertung der Jahre 2012 und 2013 ergab, dass die Zahl der Lernenden mit Wohnsitz in Appenzell

Ausserrhoden, die ihre Lehre in einem ausserkantonalen Lehrbetrieb absolvieren, zugenommen hat. Im Sommer waren dies 374 Lernende (Vorjahr: 337). Demgegenüber absolvieren 216 Lernende mit Wohnsitz in einem anderen Kanton eine Lehre in einem Ausserrhoder Lehrbetrieb (Vorjahr: 194).

4.4 Fachstelle Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

Die Anzahl der Ratsuchenden hat gegenüber dem Vorjahr leicht abgenommen, entspricht aber dem langjährigen Durchschnitt. Die Anzahl Beratungssitzungen pro ratsuchende Person ist über die Jahre stabil geblieben (1,5 Beratungssitzungen/Person).

Verschoben hat sich die Nachfrage der verschiedenen Anspruchsgruppen. Die Anzahl jugendlicher Ratsuchender war erwartungsgemäss tiefer als in den letzten Jahren. Das hängt einerseits mit den rückläufigen Lernendenzahlen auf der Sekundarstufe I zusammen; aber auch mit den verstärkten Bemühungen der Beratungspersonen, Anliegen der Lernenden direkt in den Schulhaussprechstunden vor Ort zu klären. Dieser Trend erklärt auch die Abnahme der Besuche im Berufsinformationszentrum. Zugenommen hat die Zahl der Ratsuchenden am Übergang von der Sekundarstufe II zur Tertiärstufe.

Im Rahmen einer Masterarbeit wurde eine Kundenzufriedenheitserhebung durchgeführt. Deren Resultate sind aus Sicht der Fachstelle sehr gut ausgefallen: 91,7 % der Jugendlichen und 93,4 % der Erwachsenen waren zufrieden oder sehr zufrieden.

4.5 Fachstelle Ausbildungs- und Studienbeiträge

Stipendien und Ausbildungs-/Studiendarlehen

Im Berichtsjahr wurden 302 Gesuche um Stipendien (Vorjahr: 304) sowie 17 Gesuche um Ausbildungs- und Studiendarlehen (Vorjahr: 8) bearbeitet und verfügt. Bei 256 Gesuchen war ein Leistungsanspruch ausgewiesen (Vorjahr: 264 / - 3 %), was einem Anteil aller Gesuche von 85 % entspricht (Vorjahr: 87 %). In 100 Fällen (Vorjahr: 105 / - 4,8 %) kam es auf der Tertiärstufe zum

maximalen Beitragsanspruch von Fr. 10'000 pro Ausbildungsjahr für ledige gesuchstellende Personen ohne Kinder.

Ausbezahlt wurden Stipendien von rund Fr. 1,66 Mio. (Vorjahr: Fr. 1,71 Mio. / - 3 %). Die Aufwandminderung ist teilweise auf eine Anpassung der Berechnungsrichtlinien zurückzuführen. Dabei wurden die anrechenbaren Lebenshaltungs- und Ausbildungskosten teilweise reduziert und das Stipendienmaximum für Ausbildungen der Sekundarstufe II unter bestimmten Voraussetzungen limitiert. Weiter wurden einheitliche Pauschalen eingeführt, was eine raschere Bearbeitung der Gesuche ermöglicht. Im Gegensatz zu den Stipendiengewährungen erhöhte sich der zugesprochene Betrag an rückzahlungspflichtigen Ausbildungs- und Studiendarlehen auf Fr. 113'000 (Vorjahr: Fr. 53'250 / + 112 %). Die Rückzahlungen von Darlehen beliefen sich auf Fr. 209'000, die Darlehenszinsen auf rund Fr. 7'650 (Statistiken S. 78).

Schulgelder an ausserkantonale allgemeinbildende Schulen der Sekundarstufe II sowie Studiengelder an Hochschulen

HRM2 verlangt eine periodengerechte Buchführung ab 2014. Dies führte dazu, dass bei den Schulgeldern erstmals entsprechende Rechnungsabgrenzungen vorgenommen wurden, welche im Rechnungsjahr 2013 zu Minder aufwendungen führten und im Rechnungsjahr 2014 zu Mehraufwendungen führen werden.

Der Aufwand für ausserkantonale allgemeinbildende Schulen der Sekundarstufe II betrug vor der Rechnungsabgrenzung rund Fr. 2,97 Mio. (Vorjahr: Fr. 2,84 Mio. / + 4,4 %), nach der Rechnungsabgrenzung rund Fr. 2,78 Mio. (Statistik S. 78).

Der Aufwand für Studierende an Hochschulen (Fachhochschulen, Pädagogische Hochschulen und universitäre Hochschulen) lag vor der Rechnungsabgrenzung mit Fr. 16,59 Mio. im Vergleich zum Vorjahr (Fr. 16,45 Mio.) um 0,8 % höher. Nach der Rechnungsabgrenzung vermindert sich der Betrag zu Lasten des Rechnungsjahres 2014 um Fr. 1,28 Mio. Die Anzahl der Studierenden nahm auf 962 zu (Vorjahr: 916 / + 5 %) (Statistik S. 79).



5. KANTONSSCHULE TROGEN

Auf Beginn des Schuljahres 2013/14 trat Michael Zurwerra die Nachfolge von Dr. Willi Eugster als Rektor der Kantonsschule Trogen an.

Am Ende des Schuljahres 2012/13 haben 90 Maturandinnen und Maturanden den gymnasialen Maturitätsausweis erhalten. Ein Kandidat erfüllte die Anforderungen nicht. Aus der Berufsfachschule Wirtschaft waren sechs Lernende zur Prüfung angetreten; alle durften das Handelsdiplom entgegennehmen. Das Berufsmaturitätszeugnis, welches nach einem erfolgreich abgeschlossenen Praxisjahr erworben werden kann, konnte an elf Kandidatinnen und Kandidaten ausgehändigt werden. Zwölf Kandidatinnen und Kandidaten legten die Abschlussprüfung zur Erlangung des Fachmittelschulausweises erfolgreich ab. Die Schule händigte zudem je sechs Fachmaturitätsausweise Gesundheit und Soziale Arbeit sowie vier Fachmaturitätsausweise Pädagogik aus.

Beim Start zum Schuljahr 2013/14 waren an der Kantonsschule insgesamt 680 Lernende eingeschrieben (Gymnasium 389; Berufsfachschule Wirtschaft und Berufsmaturität 37; Fachmittelschule und Fachmaturität 87; Sekundarschule 155; Freiwilliges 10. Schuljahr 12); (Statistik S. 77).

Im Rahmen des Jahresziels stand bei den Lehrpersonen die Transparenz in der Leistungsbeurteilung im Fokus. Daneben wurden auch die Förderung des Selbstorganisierten Lernens und die Stärkung der Sozialkompetenz weiter vertieft. Mit Blick auf die Laufbahnberatung am Gymnasium wurde zusammen mit der kantonalen Fachstelle Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung ein Konzept für ein Portfolio erarbeitet. Das Instrument wird im Verlauf des Schuljahres 2013/14 eingeführt.

Mit Schuljahresbeginn 2013/14 ist in der Berufsfachschule Wirtschaft die Ablösung des Handelsdiploms durch das Eidgenössische Fähigkeitszeugnis abgeschlossen worden. Als nächste Arbeit steht die Erstellung des Schullehrplans an, der sich auf den Ende 2014 vorliegenden Bildungsplan stützen muss. Die Zahl der Lernenden in der Fachmittelschule ist markant angestiegen.

Die Kantonsschule führt im Auftrag der Gemeinden Trogen, Wald und Rehetobel eine Sekundarschule. Vor dem Hintergrund der rückläufigen Lernendenzahlen wurden für die Schuljahre 2014/15 und 2015/16 neue kostendeckende Schulgelder ausgehandelt und beschlossen.

Das Jahr wurde mit einem positiven Gesamtergebnis abgeschlossen. Das neu eingeführte Druck- und Kopierkonzept ermöglichte eine bessere Kostentransparenz und - damit verbunden - eine höhere Weiterverrechnung an die Nutzenden. Die Mensa konnte die Umsatzzahlen bei den Mittagessen steigern. Die Schulleitung führt diesen Trend auf die neue Mensa-Infrastruktur und die hohe Qualität der zubereiteten Speisen zurück. Im Bereich Netzwerk-Infrastruktur wurden konzeptionelle Arbeiten für den Ausbau und die Weiterentwicklung initialisiert.

6. BERUFSBILDUNGSZENTRUM HERISAU

Die Zahl der Lernenden am Berufsbildungszentrum wurde auf hohem Niveau gehalten (Schuljahr 2013/14: 1'046; Schuljahr 2012/13: 1'045, Schuljahr 2011/12: 1'033; Schuljahr 2010/11: 990) (Statistik S. 77).

Das Qualitätsmanagementsystems ISO9001:2008 wurde weiter konsolidiert und teilweise weiter entwickelt. Das Aufrechterhaltungsaudit durch die Firma SQS war erfolgreich. Die strategischen Ziele des Berufsbildungszentrums wurden weitgehend erreicht. Die Einführung neuer Lehrender sowie die Laufbahnqualifikation wurden verbessert. Auch wurde die Beurteilung der Lehrenden durch Lernende und der vereinfachte Beobachtungsbogen für den Unterrichtsbesuch überarbeitet.

Die neue berufliche Grundbildung mit Berufsattest Holzpraktiker/-in EBA konnte im Sommer mit einer Klasse für beide Lehrjahre gestartet werden. Diese Ausbildung ergänzt das bestehende Angebot der Zimmerleute sehr gut. Die einjährige kantonale Ausbildung «Hauswirtschaftsjahr» schloss im Sommer letztmals ab. Die Themen des hauswirtschaftlichen Unterrichts sind neu in die «Brücke AR» integriert, die mit einer vollen Klasse startete.



Der Internetauftritt wurde neu gestaltet. Über die bisherigen Funktionalitäten hinaus wurde mit dem Bereich «MyBBZ» eine interaktive Plattform für den Austausch von Unterrichtsmaterialien und -inhalten zwischen Lernenden und Lehrpersonen geschaffen. Eine weitere Innovation ist die elektronische Ablage der Personaldaten der Mitarbeitenden. Der direkte Zugriff für alle Berechtigten vereinfacht die Abläufe sehr.

Das BBZ Herisau ist Partnerschule von Schweizer Jugend forscht und konnte an der internen Prämierung der Projektarbeiten fünf Nominationen für den nationalen Wettbewerb feiern. Fast gleichzeitig feierten die drei im 2012 nominierten Lernenden am Wettbewerb grosse Erfolge mit guten Zertifikaten und einem Sonderpreis. Zwei Kandidatinnen wurden gar zur Wahl der «Appenzelerin oder Appenzeller des Jahres» vorgeschlagen.

Zwölf Lehrpersonen durchliefen die Laufbahnqualifikation; bis auf eine Person erfüllten alle die Anforderung. Alle Lehrpersonen wurden im Laufe des Jahres von mindestens einer Klasse beurteilt. Der Schnitt der Beurteilung lag bei guten 3,3 von 4 möglichen Punkten.

In der «Brücke AR» konnten mehr als 90% der Jugendlichen bis zum Abschluss des Schuljahres eine Anschlusslösung finden. Damit wurde das Ziel übertroffen. Einer der Erfolgsfaktoren war das persönliche Coaching der Lernenden durch Lehrpersonen der «Brücke AR» und das grosse Netzwerk des Lehrpersonenteams in Wirtschaft und Gewerbe.



Departement Gesundheit

Direktor: Regierungsrat Dr. Matthias Weishaupt

Die enorme Aufgabenfülle im Departement Gesundheit und die grosse Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden prägten das Berichtsjahr. Erschwert wurde die Aufgabenerfüllung durch eine überdurchschnittliche Personalfluktuation: zwei Amtsleiter (Spitalamt und Amt für Soziale Einrichtungen) und der kantonale Lebensmittelinspektor wurden pensioniert, drei Leitende von Fachstellen (Beratungsstelle für Suchtfragen, Heimaufsicht und -beratung und Spitexaufsicht und -beratung) sowie drei administrative Mitarbeitende haben gekündigt. Zwar konnten alle Stellen fristgerecht mit gut qualifizierten Mitarbeitenden besetzt werden. Die Herausforderung des «Wechsels der Räder am fahrenden Zug» konnte aber allein dank eines ausserordentlichen Einsatzes aller verbleibenden und der neuen Mitarbeitenden bewältigt werden.

Die Gesundheitsversorgung der Ausserrhoder Bevölkerung war wiederum fast durchgehend sichergestellt. Eine erhebliche Unterversorgung besteht allerdings – und zwar in der ganzen Ostschweiz – in der stationären Kinder- und Jugendpsychiatrie. Zudem muss – aufgrund der Altersstruktur der Ärztinnen und Ärzte – weiterhin einer mittelfristigen Unterversorgung in der Hausarztmedizin entgegengewirkt werden. Die Umsetzung der neuen Spitalfinanzierung wurde mit dem Erlass der Spitalliste im Bereich der Psychiatrie fortgesetzt. Die Aufsicht- und Controllingaufgaben im Spitalbereich konnten wegen knapper personeller Ressourcen zwar noch nicht erledigt werden. Zudem ist der administrative Aufwand beim Vollzug der Neuerungen im Krankenversicherungsgesetz ungebrochen hoch. Trotzdem ist die neue Spitalfinanzierung in Appenzell Ausserrhoden auf gutem Weg.

Stark belastet wird die Verwaltung durch die langwierigen Verfahren der Tarifgenehmigungen und Tariffestsetzungen, und zwar sowohl im stationären wie auch im ambulanten Bereich der medizinischen Versorgung (Spittarife für DRG und Ambulatorien, Tarife für Hebammen und Physiotherapeuten). Insbesondere das Departementssekretariat hatte zusätzliche Aufgaben mit dem Vorsitz in der Gesundheitsdirektorenkonferenz der Ostschweizer Kantone (GDK Ost) zu erfüllen. Daher mussten die Gesetzgebungsarbeiten erneut zurückgestellt werden.

Das Projekt «Spitexentwicklung und -regionalisierung» wurde erfolgreich abgeschlossen. Erfreulich ist auch die Unterzeichnung einer Leistungsvereinbarung mit allen anerkannten Trägerschaften und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung. Damit konnten vor Ende Jahr die Vorbereitungen für die Umsetzung des neuen Finanzierungsmodells abgeschlossen werden.

1. DEPARTEMENTSSEKRETARIAT

Appenzell Ausserrhoden sass im Berichtsjahr der GDK Ost vor. Dem Departementssekretariat oblag die Organisation, Durchführung und Nachbereitung von insgesamt fünf Sitzungen. Zwei Direktorenkonferenzen und drei Sitzungen der Sekretärinnen und Sekretäre fanden in Appenzell Ausserrhoden statt, eine Sekretärenkonferenz wurde zusammen mit den Vertretungen der Zentralschweizer Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz Ende November im Raum Zürich durchgeführt.

Erneut wurden die Bestimmungen der Ostschweizer Spitalvereinbarung, die eine interkantonale Abgeltung der Kosten für universitäre Lehre und Forschung vorsehen, unter Halbierung der Beiträge um ein Jahr bis Ende

2014 verlängert. Die Ausarbeitung des Nachtrags der Spitalvereinbarung oblag dem Vorsitzkanton Appenzell Ausserrhoden.

Die Zunahme der elektronisch eingereichten und bearbeiteten Kostengutsprache gesuche für stationäre Spitalbehandlungen sowie der Ausbau der elektronischen Health-Government Plattform (eHGP) erfordert mehr Koordination als vorgesehen. Die Direktorinnen und Direktoren der GDK Ost stimmten daher einer Erhöhung der Grundgebühr für Projektleiterleistungen per 1. Januar 2014 zu. Den Nachtrag zum entsprechenden Rahmenvertrag hat Appenzell Ausserrhoden ausgearbeitet. Der plötzliche Tod des im Gesundheitsdepartement des Kantons St. Gallen tätigen Koordinators des Projekts

eHGP verlangte vom Lenkungsausschuss, in welchem die Ausserrhoder Departementssekretärin vertreten ist, ein sofortiges Handeln betreffend Übernahme von Aufgaben.

Aufgrund der Pensionierung des bisherigen Amtsleiters und der grossen Arbeitslast wurde das Spitalamt im Berichtsjahr erheblich unterstützt. So übernahm das Departementsskretariat u.a. die Arbeiten fürs Grossprojekt eines gemeinsamen Spitalverbunds Appenzellerland (SVAL). In den Aufgabenbereich der Departementssekretärin gehörten dabei die Ausarbeitung eines ersten Entwurfs zur interkantonalen Vereinbarung über einen gemeinsamen Spitalverbund, die Mitarbeit in der interkantonalen Arbeitsgruppe, die Begleitung des Verfahrens der Ausschreibung für eine Projektleitung für die betriebliche Zusammenführung zum SVAL sowie die Teilnahme an den Sitzungen des Lenkungsausschusses und weiterer Arbeitsgruppen.

Der Regierungsrat beauftragte das Departement Gesundheit, vom Verwaltungsrat des Spitalverbunds Appenzell Ausserrhodens (SVAR) eine Analyse seines beträchtlichen Mehraufwands einzufordern und allfällige Rückzahlungen von Entschädigungen abzuklären. Die Ausarbeitung der entsprechenden Regierungsanträge und letztlich der neuen Rechtsgrundlage zur Entschädigung des Verwaltungsrates des SVAR war Aufgabe des Departementsskretariats.

Das Departementsskretariat arbeitete im Berichtsjahr zudem die interkantonale Vereinbarung zur Übertragung von Aufgaben an die Ethikkommission des Kantons St. Gallen aus (Rechtswirkung ab 1. Januar 2014). Wie schon in den Vorjahren wurden unter Beizug der Ausgleichskasse Appenzell Ausserrhodens die Grundlagen zur Höhe des Selbstbehalts bei der Prämienverbilligung zusammengestellt und der Regierungsratsantrag ausgearbeitet. Ausserdem führte das Departementsskretariat innerdepartemental das ECM-Projekt und koordinierte die Aufgabenerfüllung im Rahmen der vom Regierungsrat angeordneten Aufgabenüberprüfung.

Das Departementsskretariat klärte für die Ämter des Departements viele Rechtsfragen, unterstützte in zahlreichen Tarifverfahren und übernahm vielfach die Ausarbeitung von Regierungsratsanträgen. Auch wurden zahlrei-

che Mitberichte und Vernehmlassungen zuhanden von Bund und Kanton beantwortet. Im Laufe des Berichtsjahrs mussten zudem viele Rekurse, komplexe Verfahren im Bereich der IVSE, Stellungnahmen in Beschwerdeverfahren sowie komplexe Schweigepflichtentbindungen bearbeitet werden.

Diverse Gesetzesprojekte konnten, wie bereits im Vorjahr, aufgrund der hohen Arbeitsbelastung nicht wie geplant angegangen werden.

2. SPITALAMT

2.1 Personelle Wechsel

Der bisherige Amtsleiter, Rolf Arnold, liess sich per Ende März frühzeitig pensionieren. Seine Nachfolge trat am 1. Februar Anna Eichenberger an.

2.2 Spitalplanung und «Spitallisten Appenzell Ausserrhodens 2013 Akutsomatik und Rehabilitation»

Mit Einführung der neuen Spitalfinanzierung am 1. Januar 2012 genehmigte der Regierungsrat – befristet für ein Jahr – auch die «Spitallisten Appenzell Ausserrhodens 2013 Akutsomatik und Rehabilitation». Das Departement Gesundheit erarbeitete im Berichtsjahr deshalb für die Akutsomatik und die Rehabilitation neue Spitallisten, welche der Regierungsrat per 1. Januar 2013 für die Jahre 2013 und 2014 in Kraft setzte.

2.3 Grundlagenpapier Psychiatrieversorgung, Spitalplanung und «Spitalliste Appenzell Ausserrhodens 2014 Psychiatrie»

Im Juni nahm der Regierungsrat vom Grundlagenpapier Psychiatrieversorgung, das auf einen Entwurf aus dem Jahr 2009 zurückgeht, Kenntnis. Neben der Sicherstellung der Versorgung mit stationären psychiatrischen Leistungen soll für die Bevölkerung von Appenzell Ausserrhodens auch eine ambulante psychiatrische Versorgung auf- und ausgebaut werden. Zur Klärung



offener Fragen bei der Umsetzung des Grundlagenpapiers hat der Regierungsrat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, in der die Departementssekretärin Gesundheit sowie die Leitungen des Spitalamts und des Amts für Gesundheit vertreten sind. Seit der Erstellung des ersten Entwurfs im 2009 haben sich verschiedene Rahmenbedingungen geändert, so u.a. die Spitalfinanzierung, die Rechtsnatur des SVAR und die finanzielle Situation von Appenzell Ausserrhodon.

Im Bereich der stationären Psychiatrie zeigte die Analyse, dass mit der geltenden Spitalliste von 1997 die Versorgung der Personen mit Wohnsitz in Appenzell Ausserrhodon mit psychiatrischen Leistungen nicht vollumfänglich sichergestellt wurde. Das Departement Gesundheit führte deshalb auf Basis der im Bundesgesetz über die Krankenversicherung verankerten Kriterien ein Bewerbungs- und Evaluationsverfahren durch und legte dem Regierungsrat für die Jahre 2014 und 2015 eine Spitalliste für stationäre psychiatrische Leistungen vor (Inkraftsetzung 1. Januar 2014). Die Spitalliste führt alle Spitäler auf, mit denen der Kanton im Bereich der Psychiatrie Leistungsaufträge abgeschlossen hat. Dazu gehören Spitäler für die Erwachsenenpsychiatrie, die Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie die forensische Psychiatrie.

2.4 Spitäler

Die Aufsicht über die Spitäler mit Standort in Appenzell Ausserrhodon obliegt dem Regierungsrat bzw. dem Departement Gesundheit. Das Gesetz gibt Leitplanken vor, wie diese Aufsicht auszugestalten ist. Aufgrund der hohen Arbeitsbelastung im Spitalamt erfolgten im Berichtsjahr lediglich erste grundlegende Überlegungen zur Ausgestaltung der Spitalaufsicht. Vertreterinnen und Vertreter der Ausserrhodon Spitäler und Kliniken (Verwaltungsräte, Direktoren) wurden im Frühjahr zu einem Treffen für einen Erfahrungsaustausch zum ersten Jahr im Zeichen der neuen Spitalfinanzierung eingeladen. Allgemein wird der gestiegene administrative Aufwand aufgrund der neuen bundesrechtlichen Vorgaben beklagt. Der Vollzug der Rechnungskontrolle für die stationären Spitalrechnungen wurde durch die zentralen Dienste im Departement wahrgenommen.

2.5 Verschiedene Projekte und Aufgaben

Im Berichtsjahr beschäftigten das Spitalamt zudem Vernehmlassungen zu einer geplanten Strukturreform der Stiftung Ostschweizerisches Säuglings- und Kinderspital (SOKS). Appenzell Ausserrhodon gehört neben den Kantonen Appenzell Innerrhodon, St. Gallen und Thurgau sowie dem Fürstentum Liechtenstein zu den Trägern der SOKS. Die neuen Strukturen wurden vom Stiftungsrat verabschiedet und müssen nun durch die beteiligten Regierungen genehmigt werden, bevor sie der Aufsichtsbehörde zur Zustimmung unterbreitet werden.

Im Weiteren prüfte eine Arbeitsgruppe die Zusammenlegung der Rettungsdienste von Appenzell Ausserrhodon und Appenzell Innerrhodon. Sie erarbeitete ein Konzept, welches 2014 zuhanden der beiden Regierungen fertiggestellt werden soll.

3. AMT FÜR GESUNDHEIT

3.1 Allgemeines

Die Umsetzung der im Gesundheitsbericht 2012 aufgeführten Projekte wurde angegangen. Mit den beiden Monitoring-Projekten «Ambulante Versorgung» und «Gesundheitsfachpersonen in Ausbildung» wird die personelle Entwicklung im Gesundheitswesen von Appenzell Ausserrhodon genau beobachtet. Die Zahl der Grundversorgerinnen und Grundversorger blieb 2013 konstant, während die Zahl der ambulant tätigen Psychiaterinnen und Psychiater abnahm. Daher stiegen die Wartezeiten der Patientinnen und Patienten auf einen Behandlungsplatz in der ambulanten Psychiatrie. Diese Tatsache zeigt Handlungsbedarf; Massnahmen werden nun diskutiert und vorbereitet.

Das Projekt «Praxisassistenz» dient dazu, junge Ärztinnen und Ärzte an den Beruf des Hausarztes oder der Hausärztin heranzuführen. 2013 konnte eine weitere Praxisassistenzstelle mit einer Ärztin besetzt werden. Das Programm ist bis 2017 verlängert worden, wobei anstatt zwei nur noch ein Ausbildungsplatz finanziert werden kann.

Im Bereich «Gesundheitsförderung und Prävention» ist weiterhin das kantonale Aktionsprogramm «Gesundes Körpergewicht» prägend. Verschiedene Teilprojekte wurden erfolgreich durchgeführt. Gemeinsam mit der Schweizerischen Stiftung zur Förderung des Stillens wurde eine nationale Fachtagung in Teufen organisiert. Rund 100 Fachpersonen haben daran teilgenommen. Die beiden «Guet druf Tage» in Trogen und Heiden zu Bewegung, Ernährung und Erleben waren erfolgreich. Das Projekt «Open Sunday», welches Kindern von sechs bis zwölf Jahren kostenlose betreute Bewegungsmöglichkeiten in einer am Sonntagnachmittag ungenutzten Turnhalle bot, wurde in Teufen erneut durchgeführt. In der Berufsschule wurde das Thema «Bewegung und Ernährung» mit dem Theater «Voll Fett» sowie in der Kantonschule mit den Projekten «Let's moove» und in der «Gesundheitswoche» vorgestellt. In den Kindergärten und Volksschulen wird das Thema ebenfalls angegangen. Für Migrantinnen und Migranten stellen interkulturelle Vermittlerinnen der Mütter- und Väterberatung der Pro Juventute den Zugang zum Thema her (Projekt «Miges Balú»). Die halbjährlich durchgeführten Netzwerktreffen förderten den Austausch zwischen den verschiedenen Projekten. Dadurch konnten Synergien genutzt werden. Auch wird durch die Treffen die Zusammenarbeit vereinfacht.

Der Verein «Ostschweizer Forum für psychische Gesundheit», Ende 2012 von Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden und dem Kanton St.Gallen gegründet, hat seinen Internetauftritt fertiggestellt und den Flyer «Alles im grünen Bereich - 10 Impulse für psychische Gesundheit» publiziert. Im November konnte das Fürstentum Liechtenstein als viertes Vereinsmitglied aufgenommen werden. Die Informationen, welche im Rahmen der «Bündnisse gegen Depression» erarbeitet worden sind, wurden in den neuen Webauftritt integriert.

Die Frühlingsausgabe des Gesundheitsmagazins, das in alle Haushalte im Kanton verteilt wird, widmete sich dem Schwerpunkt «Luft zum Leben - 100 Jahre Lungenliga». In der Herbstausgabe war die «Freiwilligenarbeit im Gesundheitswesen» Thema.

3.2 Gesundheitsrat

Der Gesundheitsrat hat sich im Berichtsjahr zu vier Sitzungen getroffen. Er befasste sich mit den Vorbereitungsarbeiten für den Zwischenbericht zum Gesundheitsbericht, dem Rettungsdienstkonzept AR/AI, dem Grundlagenpapier Psychiatrieversorgung, der geriatrischen Versorgung, der Pflegeheimliste sowie mit allgemeinen Fragen zur Gesundheitspolitik und Gesundheitsversorgung.

3.3 Kantonsärztlicher Dienst

Die Zahl der ausserkantonalen Hospitalisationen ist weiterhin hoch (Statistik S. 80). Die Software für die elektronische Einreichung von Kostengutsprachege-suchen (E-KoGu) wird mittlerweile von 13 Kantonen verwendet. Der Ausbau der Software in den Bereichen «automatische Wohnsitzprüfung» und «Rechnungskontrolle» ist nach wie vor pendent und wurde aufgrund des bereits erwähnten Todesfalls in der Projektleitung weiter verzögert.

Der Kantonsarzt war für die Erstellung der neuen «Spitalliste Appenzell Ausserrhoden 2014 Psychiatrie» viel im Einsatz: Denn sämtliche Kliniken, welche sich auf einen Listenplatz beworben haben, wurden im Auftrag des Spitalamts auf ihre medizinischen Fähigkeiten hin beurteilt.

Im Berichtsjahr sind keine aussergewöhnlichen Häufungen von Infektionskrankheiten aufgetreten. Chronische Infektionskrankheiten wie Hepatitis-C werden regelmässig gemeldet. 2013 wurde unter anderem ein neuer HIV-Fall registriert. Zudem treten immer wieder einzelne Fälle von sexuell übertragbaren Krankheiten wie Chlamydiose, Gonorrhoe und Syphilis auf. Dies zeigt, dass die Kampagnen des Bundes im Bereich der Geschlechtskrankheiten immer noch wichtig sind.

Die Drucksachen/Hilfsmittel für die schulärztlichen Untersuchungen wurden überarbeitet und den Schulleiterinnen und Schulleitern vorgestellt. Sie können beim Departement Gesundheit bestellt werden.



3.4 Kantonszahnärztlicher Dienst

Zu den wichtigsten Aufgaben des Kantonszahnarztes zählten die Information und Beratung von Behörden, Schulen sowie Einwohnerinnen und Einwohnern. Alle Zahnärztinnen und Zahnärzte im Kanton sowie die Schulleitungen und die Sekretariate der Schulgemeinden wurden über das neue Zahnbefundheft informiert.

In Zusammenarbeit mit dem Berufsverband wurde der zahnärztliche Notfalldienst überwacht. Die bisher für die Notfallorganisation zuständige Gesellschaft der Zahnärzte von Appenzell hat sich 2013 aufgelöst und wird neu von der Zahnärzte-Gesellschaft des Kantons St. Gallen, Sektion Appenzellerland, organisiert und betrieben.

In einigen Fällen der Honorarprüfungskommission führte der Kantonszahnarzt Vorabklärungen zugunsten der Kommission durch. Ebenso unterstützte der Kantonszahnarzt in diversen zahnärztlichen Fürsorgefällen den Vertrauenszahnarzt der Gemeinden in der Therapieplanung.

3.5 Fachstelle Gesundheitsfachpersonen und Heilmittelkontrolle

Im November wurden die kantonalen Prüfungen für Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker durchgeführt. Es meldete sich nur ein Teilnehmer an, welcher die Prüfung erfolgreich ablegte.

Im Rahmen des Revisionspaketes 2 zum eidgenössischen Heilmittelgesetz, das im Laufe des Jahres den eidgenössischen Räten unterbreitet wurde, beantragte der Bundesrat eine zeitlich unbegrenzte Verlängerung der Übergangsfrist für sich bereits im Handel befindliche kantonal zugelassene Arzneimittel. Da sich die Debatten dazu über das Ende des Jahres 2013 erstrecken und mit einer Inkraftsetzung des revidierten Heilmittelgesetzes voraussichtlich erst Anfang 2016 gerechnet werden kann, genehmigte das eidgenössische Parlament und der Bundesrat vorerst eine Verlängerung der Übergangsfrist bis Ende 2017. Die kantonal zugelassenen Arzneimittel (AR-Registrierungen) kommen damit in den Genuss dieser Zulassungsverlängerung.

Im Berichtsjahr wurden 76 Betriebe des Gesundheitswesens inspiziert; vorab heilpraktische, ärztliche, zahnärztliche Praxen sowie Praxen weiterer Gesundheitsfachberufe wie Physiotherapie, medizinische Massage und Teilbereiche von Kliniken, Apotheken und Drogerien (Statistik S. 81f). Die im Vergleich zum Vorjahr tiefe Zahl der Inspektionen ist direkte Folge von gesundheitsbedingten Personalausfällen im Amt für Gesundheit. Die Mitarbeitenden mussten vermehrt administrative Aufgaben übernehmen.

3.6 Beratungsstelle für Suchtfragen

Der Leiter der Beratungsstelle für Suchtfragen, Damian Caluori, hatte seine Anstellung per Ende September gekündigt. Seine Nachfolge übernahm am 1. Oktober die bisherige Stellvertreterin Andrea Heeb.

Im Berichtsjahr waren 41% der Ratsuchenden zwischen 30 und 50 Jahre und 25% über 50 Jahre alt (Statistik S. 83). Die Beratungsstelle für Suchtfragen bot neben ihrem Beratungsangebot verschiedene Präventionsprojekte an. Unterschiedliche Personengruppen wurden mit diesen Angeboten (BRILLANT, Projekt KENNIDI, Filmprojekt Sehnsucht, CHECK - Materialien für Jugendschutz Alkohol/Tabak, Bücherkoffer für die Oberstufe, Projekt rauchfreie Lehre, Märchen - Schlüssel zum Leben, usw.) angesprochen.

Auch wurden erneut Alkohol- und Tabaktestkäufe in Zusammenarbeit mit dem Blauen Kreuz St. Gallen-Appenzell durchgeführt. Lediglich 63% der Verkaufsstellen beachteten die rechtlichen Vorschriften für den Alkohol- und Tabakverkauf.

Auf Ende Jahr lief die Leistungsvereinbarung mit der Lungenliga Appenzell Ausserrhodens aus und wurde nicht mehr erneuert.

3.7 Honorarprüfungs- und Schlichtungskommission

Es wurden zwei Gesuche um Überprüfung von Zahnarztrechnungen gestellt. Nachdem schriftliche Stellungnahmen eingeholt wurden, fand jeweils eine Besprechung mit einem Ausschuss der Honorarprüfungskommission, dem

Patienten und dem Zahnarzt statt. Dabei wurden die rechtlichen und medizinischen Aspekte diskutiert. In beiden Verfahren einigten sich die Parteien auf einen Vergleich; es sind keine Pendenzen hängig.

4. AMT FÜR LEBENSMITTELKONTROLLE (INTERKANTONALES LABOR AR, AI, GL, SH)

4.1 Personeller Wechsel

Lebensmittelinspektor Hans-René Moosberger wurde auf Ende Juni pensioniert. Seine Nachfolge trat am 1. April Christian Wagner an.

4.2 Betriebskontrollen und Probeuntersuchungen

Die routinemässigen Betriebskontrollen und Probeuntersuchungen wurden nach einem risikobasierten System abgewickelt. Ein Betrieb musste wegen schwerwiegender Hygienemängel vorübergehend geschlossen werden. Die Beanstandungsquote lag auf dem Niveau der Vorjahre. Auch die Zahl der bearbeiteten Baugesuche blieb konstant.

Ein Käsereibetrieb in Appenzell Ausserrhoden hatte mit Listerien zu kämpfen. Listerien sind Bakterien, die beim Menschen die Infektionskrankheit Listeriose verursachen können. Der Betrieb informierte und handelte sehr rasch, was eine Verschleppung der Keime verhinderte und für Konsumentinnen und Konsumenten keine Gesundheitsgefährdung bestand. In solchen Fällen zeigt sich, dass ein betriebsangepasstes Selbstkontrollkonzept (Qualitätsmanagement) nicht nur bürokratischer Mehraufwand bedeutet, sondern im Ernstfall eine unersetzliche Hilfe für den Betrieb ist.

5. AMT FÜR SOZIALE EINRICHTUNGEN

5.1 Personelle Wechsel

Auch im Amt für Soziale Einrichtungen kam es im Berichtsjahr zu personellen Veränderungen: Amtsleiter

Hansruedi Elmer wurde per Ende Juni pensioniert. Sein Nachfolger, Andreas Tinner, hat die Nachfolge am 1. Juni angetreten. Per Ende November kündigten der Stelleninhaber der Heimaufsicht und -beratung, Hansruedi Keller, und die Stelleninhaberin der Spitexaufsicht und -beratung, Monika Müller-Hutter. Um den Veränderungen und Anforderungen in den Aufgabenfeldern der Alters- und Pflegeheime sowie der Organisationen der Spitex besser gerecht zu werden, wurden die beiden Teilzeitstellen neu in einer Funktion gebündelt und als Vollzeitstelle ausgestaltet. Damit konnte auch die bis anhin fehlende Stellvertretung der Amtsleitung gesichert werden. Für die Leitung der neuen Fachstelle Alter und Spitex hat der Regierungsrat Astrid Bergundthal gewählt.

5.2 Bereich Alter und Spitex

Von den 32 im Kanton bewilligten Alters- und Pflegeheimen stand im September das Altersheim «ob dem Holz» in Rehetobel im medialen Blickfeld. Mitarbeitende haben einem Bewohner mit Inkontinenz zur Mahnung und aus Sanktionsgründen für einen kurzen Zeitraum Frauenkleider angezogen. Das Vorkommnis wurde durch die Verantwortlichen der Trägerschaft mit Verspätung dem Amt gemeldet. Dennoch konnte das Amt in guter Zusammenarbeit mit der Leitung und den Verantwortlichen der Trägerschaft die Bearbeitung begleiten und deren Angemessenheit überwachen. Das Amt nahm sich zudem vielen Medienanfragen an.

Im Berichtsjahr wurde die Projektarbeit zur Schaffung eines Ausbildungsverbundes im Langzeitpflegebereich aufgenommen. Der Langzeitpflege stehen zu wenig Fachkräfte auf Stufe «höhere Fachschule» zur Verfügung. Die Alters- und Pflegeheime können die Kompetenzen gemäss den Vorgaben des Rahmenlehrplanes für das Berufsprofil «dipl. Pflegefachfrau HF / dipl. Pflegefachmann HF» vielfach nicht selber sicherstellen. Daher - und auch aus Kostengründen - bietet sich eine Ausbildung im Verbund an. In Zusammenarbeit mit dem Branchenverband Curaviva Appenzellerland soll bis im Herbst 2014 ein Ausbildungsverbund mit entsprechender Ausbildungsorganisation aufgebaut und das Anerkennungsverfahren am Bildungszentrum für Gesundheit und Soziales eingereicht werden.



Für die Umsetzung des Projektes «Zwäg ins Alter» wurde mit der Pro Senectute eine Leistungsvereinbarung zur Umsetzung verschiedener Massnahmen abgeschlossen. Ziel ist, die selbständige Lebensführung älterer Menschen in der vertrauten Umgebung zu erhalten, ihre Gesundheit und Lebensqualität zu fördern und das Risiko einer Pflegebedürftigkeit zu verringern.

Im Bereich Spitex - Organisationen der Hilfe und Pflege zu Hause - konnte das Projekt Spitexentwicklung und -regionalisierung Mitte Jahr erfolgreich abgeschlossen werden. In Appenzell Ausserrhoden sind seither drei grössere Spitex-Organisationen im Leistungsauftrag tätig; anstelle der früheren zwölf kleinen Organisationen. Die Spitex Appenzellerland arbeitet im Leistungsauftrag der Gemeinden Herisau, Hundwil, Schwellbrunn, Speicher, Stein, Trogen, Wald, Urnäsch und Waldstatt; die Spitex Rotbachtal arbeitet im Leistungsauftrag der Gemeinden Bühler, Gais und Teufen und die Spitex Vorderland arbeitet im Leistungsauftrag der Gemeinden Grub, Heiden, Rehetobel, Reute, Walzenhausen und Wolfhalden. Schönengrund und Lutzenberg sind aufgrund ihrer geografischen Lage in Spitex-Organisationen des Kantons St. Gallen integriert.

5.3 Bereich Behinderung

Im Bereich der anerkannten Einrichtungen für Menschen mit Behinderung standen im Berichtsjahr vor allem die Vorbereitungen für die Umsetzung des neuen Finanzierungsmodells der Konferenz der Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren der Ostschweizer Kantone sowie des Kantons Zürich im Zentrum. Mit dem neuen Modell erfolgt die Finanzierung nicht mehr defizitorientiert, sondern leistungsbezogen und pauschaliert: Der Kanton bezahlt der Einrichtung ab 1. Januar 2014 die individuell ermittelte Betreuungsleistung als Pauschale. Bei der Leistungsabgeltung für die anerkannten Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderung in Appenzell Ausserrhoden wird damit auf die von der Interkantonalen Vereinbarung für Soziale Einrichtungen verlangte Methode der Pauschale umgestellt. Diese Umstellung steht in Übereinstimmung mit dem am 30. März 2010 vom Regierungsrat verabschiedeten Konzept zur Förderung der Eingliederung invalider Personen.

An einer Informationsveranstaltung am 13. Juni wurden die Einrichtungen über die Planung der Einführung informiert. Vorbereitend zu einer weiteren Vertiefungsveranstaltung am 6. September wurde allen anerkannten Einrichtungen der Entwurf der Muster-Leistungsvereinbarung und der Entwurf des Finanzierungskonzepts 2014 zugestellt. An der Veranstaltung konnten die Grundlagen und die Planung erläutert und besprochen werden. In einer Arbeitsgruppe brachte der Branchenverband INSOS seine Anliegen zur Anpassungen der Entwürfe und der Berechnung der Pauschalen ein. Nachdem sich im November alle Trägerschaften und Einrichtungen wohlwollend zur Leistungsvereinbarung 2014 geäussert haben, wurde diese mit allen anerkannten Einrichtungen und Leistungserbringern gültig ab 1. Januar 2014 abgeschlossen.

6. ETHIKKOMMISSION

6.1 Personeller Wechsel

Rechtsanwalt Dr.iur. Jörg Schoch hat Ende Mai das Präsidentenamt abgelegt. Im Juni trat Axel Weiss, Chefarzt des Psychiatrischen Zentrums Appenzell Ausserrhoden, seine Nachfolge an.

6.2 Aufgabenerfüllung

Die Ethikkommission tagte im Berichtsjahr zwei Mal. Da per 1. Januar 2014 die Aufgaben im Rahmen der Beurteilung von Forschungsvorhaben durch die Ethikkommission des Kantons St. Gallen wahrgenommen werden, diskutierte die Ethikkommission an beiden Sitzungen ihre künftigen Aufgaben. Einig waren sich die Mitglieder der Ethikkommission darin, dass ein Mitglied mit juristischem Hintergrund in der Kommission Einsitz nehmen muss. Denn bei nahezu allen ethischen Fragen muss schon im Beratungsprozess immer wieder zwischen ethischen Fragestellungen und gegebenen rechtlichen Rahmenbedingungen unterschieden werden. Die Ethikkommission beabsichtigt, dem Regierungsrat die Aufnahme eines Juristen als neues Mitglied per 2014 zu beantragen.

Departement Bau und Umwelt

Direktor: Regierungsrat Jakob Brunnschweiler

Mit dem Regierungsprogramm 2012 - 2015 setzt der Regierungsrat den Fokus auf zwei Zielsetzungen: Mehr Arbeitsplätze und ein Anstieg der Wohnbevölkerung in Appenzel Ausserrhoden. Im Projekt «Bauen & Wohnen», welches dem Departement Bau und Umwelt zugeordnet ist, konnten die Baubewilligungen für die drei Mehrfamilienhäuser «Mattenbach» in Grub, die Wohnüberbauung «Hinter der Kirche» in Schwellbrunn sowie die Wohnüberbauung «Zentrum» in Bühler erwirkt werden. Die Baubewilligungen für die Wohnüberbauungen «Leuwies» Waldstatt und «Rosenau Hemetli» in Herisau werden im 2014 erwartet. Im Weiteren wurde der Neubau «Käserei Schwellbrunn» umgesetzt und realisiert. Die Realisierungsquote bei den bisher durchgeführten ca. 60 Haus-Analysen beträgt über 40 % und liegt damit deutlich über der Zielsetzung. Einzelne Projekte wurden bereits im letzten Regierungsprogramm initiiert und unterstützt, was aufzeigt, wie aufwändig und langfristig Bauprojektentwicklungen sind. Diese Resultate sind höchst erfreulich und unterstreichen, dass dank dem Regierungsprogramm auch Fortschritte bei Projekten in anspruchsvollen Zentrumsanlagen erzielt werden können.

Die Bundesversammlung hat am 10. Dezember 2012 den Bundesbeschluss über das Nationalstrassennetz (NEB) gefällt und das Netz um rund 380 km Nationalstrassen erweitert. Darin enthalten ist als neue Nationalstrasse A25 der Strassenzug Winkeln - Herisau - Appenzel. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, die verkehrstechnische Lage der beiden Appenzeller Kantone zu verbessern und einerseits die Umfahrung Herisau zu realisieren, andererseits die Verbindung nach Appenzel auszubauen. Vorgesehen war ein Inkrafttreten des NEB mit der Übertragung des Strassenzuges per 1. Januar 2014. Das ganze Jahr arbeitete das Tiefbauamt intensiv an den Vorbereitungen und der Übergabe der Akten. Der Netzbeschluss war allerdings an eine Finanzierungsvorlage verknüpft, nämlich die Erhöhung des Abgabepreises der Autobahnvignette von Fr. 40 auf Fr. 100. Gegen diese Preiserhöhung wurde das Referendum ergriffen, und das Schweizer Stimmvolk lehnte am 24. November die Finanzierungsvorlage ab. Der Ausserrhoder Nationalrat Dr. Andrea Caroni reichte nach der Volksabstimmung mit 60 Mitunterzeichnenden im Nationalrat umgehend die Motion «Zukunft des Netzbeschlusses» ein, in der er den Bundesrat auffordert, den Netzbeschluss möglichst bald in Kraft zu setzen und andere Finanzierungsformen aufzuzeigen. Zurzeit ist nicht klar, ob und wann der Netzbeschluss in Kraft tritt.

1. DEPARTEMENTSSEKRETARIAT

Der Rechtsdienst befasste sich hauptsächlich mit der Teilrevision des Baugesetzes und der Ausarbeitung des Gesetzes über die Mehrwertabgabe.

82 Rekurse zu Entscheiden von Gemeindebehörden, Planungsamt sowie Amt für Umwelt sind eingegangen; entschieden wurden 60, darunter auch Rekurse aus den Vorjahren (Statistik S. 84). Die Bearbeitung von Rechtsanfragen von Privaten, Gemeinden und Ämtern sowie die Vorprüfungen von Gemeindereglementen forderten den Rechtsdienst stark. Beim Baukoordinationsdienst gingen 922 Baugesuche ein (Vorjahr: 956, Durchschnitt der letzten zehn Jahre 843), womit zum ersten Mal seit

Jahren die Anzahl der Gesuche zurückging (um ca. 3,5 % gegenüber dem Vorjahr). Fast 70 % der Gesuche wurden durch die kantonalen Stellen innert vier Wochen beurteilt; die durchschnittliche Bearbeitungsdauer betrug 3,81 Wochen (Vorjahr: 3,7). Gegen 8,8 % der Bauvorhaben wurde Einsprache erhoben.

Im Frühjahr hat der Baukoordinationsdienst in Zusammenarbeit mit den am Baubewilligungsverfahren beteiligten Stellen alle Baugesuchsformulare überarbeitet und für die Benutzung freigegeben. Neu können alle Formulare am Bildschirm ausgefüllt, gespeichert und ausgedruckt werden.



2. PLANUNGSAMT

2.1 Ortsplanungen

Die Zonenpläne der Gemeinden wurden regelmässig aktualisiert. Das kantonale Planungsamt überprüfte dabei deren Recht- und Zweckmässigkeit und bereitete die kantonale Genehmigung vor. So wurden 17 Teilzonenpläne vorgeprüft und 14 genehmigt. Bei den Sondernutzungsplänen wurden 26 vorgeprüft und 13 genehmigt. Die Ortsplanungsrevision der Gemeinde Bühler und der kommunale Richtplan der Gemeinde Lutzenberg wurden genehmigt. Vorgeprüft wurde auch die Teilrevision des Zonenplanes von Gais. Der Abschluss der Zonenplanrevision Herisau wurde durch eine Volksabstimmung verhindert.

Die Statistik auf S. 85 über die Bauzonengrösse und deren Erschliessung zeigt, dass im Berichtsjahr über den ganzen Kanton gesehen eine Fläche von rund 14,8 ha neu in die Kategorie «überbaut bzw. weitgehend überbaut» kam (Vorjahr rund 8,6 ha). 177,8 ha sind nicht überbaut. Aufgrund einer erstmalig angewendeten neuen Berechnungsmethode lassen sich die Werte aber nicht vorbehaltlos mit den Werten der letzten Jahre vergleichen.

Artikel 56 des kantonalen Baugesetzes hält fest, dass nicht überbaute Bauzonen nach 10 Jahren entschädigungslos als ausgezont gelten. Die erstmals am 1. Januar 2014 zur Anwendung kommende Bestimmung hat im Vorfeld viele Reaktionen ausgelöst. Der Sinn der Bestimmung ist, Bauland zu aktivieren und die Gemeindeentwicklung voranzutreiben. Viele Gemeinden haben diese Chance erkannt und die betroffenen Grundeigentümer rechtzeitig informiert. Der erwünschte Effekt ist eingetreten: Um der Auszonung zu entgehen, haben viele Grundeigentümer ein Baugesuch eingereicht oder Projekte erarbeitet. Beim Planungsamt sind 150 Gesuche um Fristverlängerung eingegangen. Mit dem Gesetzesartikel wird juristisches Neuland betreten.

2.2 Kantonalplanungen

Aufgrund der Revision des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes muss der kantonale Richtplan an die neu formulierten Mindestanforderungen im Bereich Siedlung angepasst werden. Die Arbeiten, die durch einen Len-

kungsausschuss begleitet werden, wurden in Angriff genommen.

2.3 Zusammenarbeit und übergeordnete Raumplanung

Der Bund beurteilte das Agglomerationsprogramm St. Gallen / Arbon-Rorschach der zweiten Generation. Das Programm wurde als gut eingestuft. Dank gutem Kosten/Nutzen-Verhältnis soll der hohe Beitragssatz von 40 % gewährt werden, was für die Gesamttagglomeration Fr. 82 Mio. für die Jahre 2015 – 2018 ausmacht. Das Planungsamt setzte sich dafür ein, dass die durch den Bund zeitlich hinausgeschobenen Projekte von kantonomer Bedeutung um den Bahnhof Herisau wieder als erste Priorität aufgeführt werden. Die definitiven politischen Bundesbeschlüsse sind ausstehend.

Nach der Annahme der Zweitwohnungsinitiative setzte der Bund auf den 1. Januar eine Übergangsverordnung in Kraft. Darin wurden für Appenzell Ausserrhoden acht Gemeinden aufgeführt, die möglicherweise einen zu hohen Zweitwohnungsanteil aufweisen und in denen der Neubau von Zweitwohnungen oder die Erweiterung bestehender Zweitwohnungen bis auf weiteres nicht mehr möglich ist. Im Laufe des Jahres konnten vier Gemeinden nachweisen, dass ihr Zweitwohnungsanteil unter 20 % liegt; sie unterliegen keinen Einschränkungen mehr.

2.4 Baubewilligungen und Stellungnahmen

Die Anzahl der behandelten Baugesuche ausserhalb Bauzonen und in nationalen Ortsbildschutzzonen lag mit 563 über dem Mittel der letzten drei Jahre (543). Es sind – wie im letzten Jahr – 15 Einsprachen zu Baugesuchen eingegangen. 72 schriftliche Stellungnahmen zu Strassenbauprojekten, Wasserbauprojekten und anderen raumplanerischen Voranfragen wurden ausgefertigt. Zusätzlich wurden erstmals 61 raumplanerische Verfügungen zu Bodenrechtsgesuchen erstellt. Diese wurden nötig wegen Obergerichtsentscheiden, die auf der aktuellen landwirtschaftlichen Bundesgesetzgebung basieren. Aufgrund fehlender Kapazitäten wurde für diesen Zusatzaufwand externe Unterstützung beansprucht.

2.5 Natur- und Landschaftsschutz

Gestützt auf die NFA-Programmvereinbarung 2012 - 2015 im Umweltbereich konnten im Berichtsjahr einige Biotop-aufwertungen und Artenförderungsmassnahmen reali-siert werden. Das Amphibienlaichgebiet von nationaler Bedeutung «Dorfweiher Grub» und der kantonal geschütz-te Weiher «Büelachen» in Lutzenberg wurden saniert und aufgewertet. In enger Zusammenarbeit mit dem Hoch-und Tiefbauamt fanden Massnahmen zugunsten gefährde-ter Tierarten statt: An der sanierten Gmündertobelbrücke wurden Fledermauskästen montiert; im Rahmen der Gebäudesanierungen Zeughaus Herisau, Kaserne Herisau und Rathaus Trogen wurden neue Nistmöglichkeiten für Mauersegler geschaffen.

Im Jubiläumsjahr AR:AI 500 pflanzten 150 Bauern und Obstbaumfreunde 1'600 Bäume. Seit Beginn der Baum-pflanzaktionen im Jahr 2000 sind in Appenzell Ausser-rhoden 9'000 Bäume gesetzt worden.

2.6 Fuss- und Wanderwege, Radwander- und Bike-Routen

Gais wurde gesamtschweizerisch zum Austragungsort des 6. Nationalen Wandertages gewählt. Am 14. September besuchten 2'500 Teilnehmende den Anlass und bestätig-ten den Wert von Appenzell Ausserrhoden als Wander-und Erholungsgebiet.

In Zusammenarbeit mit SchweizMobil und Appenzell Innerrhoden entsteht zwischen dem Scheidweg und St. Anton der erste «Hindernisfreie Weg» im Appenzellerland für Personen mit eingeschränkter Mobilität. Die Signalisa-tion erfolgt bis Frühjahr 2014.

3. HOCHBAU

3.1 Kantonale Hochbauten

Erneuerung und Optimierung Mensa, Kantonsschule Trogen

In der Mensa herrscht seit der Eröffnung ein intensiver Betrieb. Während den Sommerferien konnten die Garan-

tiemängel am Bodenbelag der Mensa mit einem zementö-sen Spachtelüberzug behoben worden. In den Herbstferi-en wurde die Zuluftfassung für den Küchenbereich neu über Dach geführt. Das Projekt ist im bewilligten und indexierten Kredit abgerechnet.

Umnutzung Zeughaus Herisau

Mit dem Bezug des Zeughauses und der Migration der Kantonalen Notrufzentrale erfolgten die technischen Abnahmen mit den nötigen Anpassungen. Die Umgebung und die Deckbeläge der Parkplätze sind fertiggestellt, die provisorische Bauabrechnung liegt im Kostenrahmen.

Strafanstalt Gmünden, Niederteufen

Im Dachgeschoss des Hauptgebäudes wurden die Fenster ersetzt. Zur Verbesserung des Heizbetriebs musste die Energiespeicherung angepasst werden.

Neubau und Sanierung Werkhof Bissau, Heiden

Nach dem Bezug des neuen Werkhofgebäudes im Winter wurde die Umgebung auf den Frühling termingerecht fertiggestellt. Die Bauabrechnung liegt im Kostenrahmen.

Psychiatrisches Zentrum Appenzell Ausserrhoden (PZA), Herisau

Nach Erhalt der Baubewilligung für das Verwaltungsge-bäude wurde bis Ende Dezember der grösste Teil der Innenausbauarbeiten ausgeführt. Auf Antrag und zu Lasten des Mieters konnten im Dachgeschoss zusätzlich zwei Sitzungszimmer ausgebaut werden. Die gleichzeitig beantragte Aussenwärmedämmung wurde von der Gemeinde vorerst nicht bewilligt. Dank reduziertem Wärmedämmputz wurde die Bewilligung schliesslich erteilt. Der Bezug wird im Mai 2014 möglich sein.

Spital Heiden

Die Leistung des Fernwärmeanschlusses wurde überprüft und abgenommen. Die Verbesserung des Ambulatoriums ist termingerecht realisiert und im Kreditrahmen abge-rechnet worden.

Spital Herisau

Das Konzept für die Massnahmen zur Verbesserung der Erdbebensicherheit ist fertiggestellt; damit sind alle Arbeiten des Kantons für beide Spitäler abgeschlossen und abgerechnet.



Optimierung und Erneuerung Rathaus Trogen

Nach dem Auszug der Polizei wurden die Bauarbeiten umgesetzt. Termingerecht konnte das Rathaus vom Kantonsgericht Ende Jahr bezogen werden.

Berufsbildungszentrum (BBZ), Herisau

Für den langgehegten Wunsch der Schule nach einem Raucherunterstand wurde ein Projekt erarbeitet. Der Kredit wurde nicht genehmigt und die Arbeiten nicht ausgeführt.

Herisau, Raumbelegung Gutenberg

Mit dem Auszug der AHV/IV aus dem Gutenberg-Zentrum wurde die neue Belegung für das Departement Inneres und Kultur und die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde mit verschiedenen Varianten vorbereitet und der nötige Kredit eingeholt.

Stiftung Pro Appenzell; Neubau Alpstall Grossbalmen, Hundwil

Im Auftrag der Stiftung hat das Hochbauamt die Projektleitung für die Realisierung des Alpstalls wahrgenommen. Da der Stall nur zu Fuss erreichbar ist, bedingte der Materialtransport etliche Helikopterflüge. Die vorgegebenen Termine und Kosten wurden eingehalten.

3.2 Liegenschaften

Unterhalt und Verwaltung

Die Liegenschaften des Verwaltungsvermögens in Trogen konnten an das Netz des Wärmeverbunds Speicher-Trogen angeschlossen werden. Im Sitzungszimmer der Kantonsbibliothek wurde eine Multimedia-Anlage installiert. Für den Neubezug des Rathauses sind die Zutrittskontrollen in Betrieb genommen worden. In der Kantonsschule Trogen wurde die Fassade des alten Schulhauses neu gestrichen. Im alten Konvikt ist ein Pausenraum eingebaut worden. In der Sternwarte wurde die Mechanik der Kuppel repariert. Der Jagdschiessstand Hintere Au, Schwellbrunn, ist technisch saniert und mit zwei elektronischen Trefferanzeigen ausgestattet. Im BBZ Herisau wurden die WC-Anlagen in der Turnhalle erneuert und diverse Schulzimmer aufgefrischt. In der Cafeteria wurde ein grosser Beamer mit Leinwand eingebaut. An der Kasernenstrasse 17, Herisau,

wurden verschiedene Büros des Departementes Gesundheit erneuert.

Die Liegenschaften des Finanzvermögens Dorf 66, Bühler, sowie Kirchplatz 4, Heiden, sind an das örtliche Fernwärmenetz angeschlossen. Im Zuge der Bankfilialen-Erneuerungen durch die UBS in Teufen und Speicher sind die Fenster saniert worden. Bei diversen Liegenschaften wurden kleinere Sanierungen nach Mieterwechseln ausgeführt.

Für die Pensionskasse wurde im MFH Weiherwies 412, Grub, eine Küche und eine 4½-Zimmer-Wohnung saniert. In der Überbauung Bleichstrasse 6 + 8, Herisau, sind die Wasserleitungen erneuert worden. An der Rietwisstrasse 32/34, Herisau, ist die Fassadensanierung mit Balkonerweiterung planmässig umgesetzt. Die Umgebung wurde angepasst und sechs neue Aussenparkplätze erstellt. In Rehetobel, an der St.Gallerstrasse 53 + 55, wurden die Ölkessel durch Gasheizungen ersetzt und die Tankräume zu Veloräumen umgenutzt. Im Neubau an der St.Gallerstrasse 57, Rehetobel, fand die Bauabnahme statt, und auf dem Metaldach wurde durch den Verein «Solardorf Rehetobel» eine Photovoltaikanlage installiert. Für einen Neubau der Pensionskasse wurden Vorabklärungen getätigt und ein Totalunternehmer-Werkvertrag ausgearbeitet.

Neben kleineren Unterhaltsarbeiten an den Alpgebäuden der Stiftung Pro Appenzell in Urnäsch wurde auf der Alp Böheli ein neuer Geräteunterstand erstellt. Auf der Alp Hölzli konnten im Herbst die neuen Mistplatten ausgeführt sowie die Dachrinnen saniert werden.

Immobilienwesen (Kauf / Verkauf)

Für diverse Grundstücke und Liegenschaften wurden Ausschreibungen sowie spezielle Studien und Schätzungen für deren Verkaufsbereitschaft erarbeitet. Speziell zu erwähnen sind die Objekte Bauland Rüti, Herisau, Landparzellen des PZA, Krombach, Herisau, ein Wohn- und Geschäftshaus in Speicher sowie ein Mehrfamilienhaus in Herisau. Das Wohnrecht zu Gunsten der Familie Zapasnik-Zellweger im Fünfeck-Palast wurde ausgelöst; gleichzeitig konnten das gesamte Mobiliar sowie die Kunstgegenstände erworben werden.

3.3 Beratungen, Subventionen an Bauten

Die Aufgaben des Kantons im Bereich der Bundesgesetze über die Wohnraumförderung wurden zuhanden des zuständigen Bundesamtes bearbeitet.

Der bauliche Zivilschutz hat 142 Verfügungen erlassen, davon fünf Schutzraum-Bewilligungen mit total 154 Schutzplätzen sowie 137 Dispensationen vom Schutzraumbau. Zehn Schutzräume mit insgesamt 231 Schutzplätzen wurden abgenommen. Acht Schutzräume mit total 395 Schutzplätzen wurden aufgehoben. Das Bundesamt hat den Regierungs-Stützpunkt sowie den Kulturgüterschutzraum in Herisau abgenommen. Die periodische Anlagekontrolle wurde in drei Anlagen durchgeführt.

Im Auftrag des Departements Gesundheit wurden die Pflegeheim-Bauten in den Gemeinden Bühler, Urnäsch, Waldstatt und Schönengrund begleitet. Für die Pflegeheime Urnäsch und Bühler wurde auf Wunsch der Bauherrschaften die Projektbegleitung mit Einsitz in der Baukommission sichergestellt.

Zu Gunsten von öffentlichen Trägerschaften wurden verschiedene Entwicklungsprojekte wie Bahnhof Trogen, Gemeindezentrum Speicher usw. begleitet. Im Rahmen der interkantonalen Arbeitsgruppen zur Erneuerung des Ostschweizerischen Kinderspitals in St.Gallen und der Umsetzung der Fachhochschule St.Gallen wurde die Planung resp. die Ausführung begleitet.

Die Statistiken sind auf S. 86 ff ersichtlich.

4. TIEFBAUAMT

4.1 Allgemeines

Das Jahr war von zwei Ereignissen geprägt: Das Unwetter Anfang Juni, das vor allem im Vorderland grosse Schäden anrichtete, und das Referendum gegen die Erhöhung des Preises der Autobahnvignette, das die geplante Nationalstrasse im Appenzellerland vorerst verhindert.

Gestartet ist das Jahr mit intensiven Wintermonaten, die den Strassenunterhalt forderten. Alle drei Rekorde im Winterdienst wurden gebrochen: Schneefallmenge, Anzahl Einsatztage und Streusalzverbrauch. Damit waren die Voranschlagskredite aufgebraucht. Für die finanzielle Sicherstellung des Winterdienstes für die Monate Oktober bis Dezember musste ein Nachtragskredit von Fr. 500'000 bereitgestellt werden. Zur Kompensation der Mehrkosten wurden kleinere Belagsarbeiten um ein Jahr zurückgestellt (Statistiken S. 90).

Die grossen Schmelzwassermengen, verbunden mit verregneten Monaten April und Mai, führten zum zweiten ausserordentlichen Einsatz des Strassenunterhaltes: Zwischen dem 31. Mai und dem 2. Juni ging ein intensiver Dauerregen nieder. Die gesättigten Böden vermochten nicht mehr Stand zu halten. Viele Erdrutsche führten im Vorderland zu erheblichen Schäden. An rund 40 Orten mussten die Kantonsstrassen von Rutschmassen gesäubert, Böschungen geflickt und Entwässerungsleitungen gereinigt werden. An sechs Stellen rutschte der Strassenrand ab. Hier wurden Stützmauern gebaut. Verkehrlich einschneidend war die wochenlange Sperrung der Umfahrung Teufen, weil auf dem Abschnitt «im Holz» die Steilböschung unmittelbar neben der im Jahre 2011 sanierten Partie abrutschte. In den Tobelabhängen der Bäche wurden durch Rutsche teilweise grosse Mengen an Fallholz mobilisiert, die bei einem neuerlichen Ereignis zu Verklausungen führen können. Insgesamt entstanden dem Tiefbauamt unwetterbedingte Aufwendungen von rund Fr. 2,5 Mio. in der Strassenrechnung und rund Fr. 500'000 im Wasserbau.

Im September gab der Regierungsrat das 2. Kantonale Strassenbau- und Investitionsprogramm 2015 - 2018 in die Vernehmlassung. Die aufgeführten Strassenbauvorhaben wurden mehrheitlich gut aufgenommen. Auch wurde die geplante Grossinvestition für den Umbau des Bahnhofareals in Herisau zur multimodalen Verkehrsdrehscheibe begrüsst. Heftig und einstimmig war der Widerstand der Gemeinden gegen die regierungsrätliche Absicht, das Kantonsstrassennetz um rund 10 % zu verringern und untergeordnete Strassen an die Standortgemeinden abzutreten.



Intern konnte eine halbjährige Vakanz in der Strassenbaupolizei überbrückt werden, wozu jedoch andere Aufgaben und Projekte verschoben werden mussten. Die Sanierung des Werkhofes Heiden wurde am 22. Juni mit einem gut besuchten Tag der offenen Tür abgeschlossen. Im Verlauf des Jahres gingen mit Hans Peter Rohrer (35 Jahre Verkehrsingenieur) und Kurt Schläpfer (34 Jahre Strassenkreisinspektor Vorderland und Leiter Werkhof Heiden) zwei Mitarbeiter mit grossen Verdiensten um das Ausserrhoder Strassenwesen in Pension.

4.2 Strassenbau

Die geplanten Investitionsprojekte im Strassenbau konnten realisiert werden. Einzig bei der Sanierung des Dorfkerns von Trogen mit dem Landsgemeindeplatz verhinderte der Weiterzug von Einsprachen ans Obergericht eine Fortsetzung der Bauarbeiten. Die Einsprecher fürchten mehr Lärm wegen der geplanten Pflasterung. Im September wurde die Gmündertobelbrücke nach dreijähriger Sanierungszeit mit der Enthüllung einer Gedenktafel eingeweiht. Alle Kredite wurden eingehalten. Weniger erfreulich ist der Stand bei den Planungen. Die schwierige Finanzlage einzelner Gemeinden führt dazu, dass fast abgeschlossene Planungen wieder in Frage gestellt werden.

Im Spätsommer rückte die ungelöste Frage der Führung der Bahn und der Sanierung der Ortsdurchfahrt Teufen wieder in den Fokus. Die Tunnelvariante kostet mit Fr. 65 Mio. rund Fr. 45 Mio. mehr als die Variante Doppelspur. Der Bund erklärte Ende 2011, dass diese Mehrkosten als Zusatzfinanzierung von der Gemeinde, dem Kanton oder Dritten getragen werden müssen. Eine neu formierte Gruppierung «IG Dorfgestaltung» forderte den Gemeinderat Teufen auf, Stellung zu nehmen, ob sich die Gemeinde einen Bahntunnel und damit eine Entlastung des Dorfkernes aus eigener Kraft leisten könne. Der Gemeinderat legte im Spätherbst dar, dass die Gemeindefinanzen erlaubten, rund Fr. 30 Mio. an die benötigten Fr. 45 Mio. beizutragen. Damit fehlen Fr. 15 Mio. Der Regierungsrat (mit Federführung DVL) ist bereit, über einen Kantonsanteil zu diskutieren.

4.3 Wasserbau

Beim Wasserbau führte das Unwetter zu Verschiebungen bei den Prioritäten und dem Mitteleinsatz. Erfreulich ist der gute Fortschritt bei der Revitalisierung von Bächen: Im Berichtsjahr wurden rund 760 Meter offen gelegt. Damit hat der Kanton die mit dem Bund für die Jahre 2012 - 2015 vereinbarte Menge bereits übertroffen. Grossen Aufwand verursachen die vielen neuen bundesseitigen Anforderungen aus der geänderten Gewässerschutzgesetzgebung. Bis Ende Jahr waren die Zwischenberichte zu den Planungen Restwassermenge, Fischgängigkeit, Schwall/Sunk, Geschiebehauhalt und Revitalisierung fällig. Auch musste per 1. Januar die Aufsicht über die zwei grösseren Stauanlagen im Kanton übernommen werden. Hier fehlen personelle Ressourcen, um die Aufgaben zu erfüllen.

4.4 Amtliche Vermessung und Geoinformation

In der amtlichen Vermessung wurde intensiv an der ersten periodischen Nachführung (PNF) und an der Einführung des neuen Koordinatennetzes LV 95 gearbeitet. Bei der PNF, die dazu da ist, natürliche Prozesse wie Waldrandverschiebungen, geänderte Bachläufe, abgerutschte Böschungen etc. nachzutragen, kommen auch eine ganze Reihe halb- und illegaler Bauten zum Vorschein. Diese Fälle werden einzeln mit den Gemeinden behandelt, um sie in einen legalen Zustand zu überführen.

5. AMT FÜR UMWELT

5.1 Gewässerschutz, Abfälle und umweltgefährdende Stoffe

Mehrere Grundwasserschutzzonenausscheidungen konnten abgeschlossen und genehmigt werden. Zudem wurde die Erarbeitung der neuen kantonalen Erdwärmesondenkarte abgeschlossen. Die Aufschaltung der Karte im Internet zielt auf eine Entlastung der amtlichen Vorabklärungen zur Zulässigkeit von Bohrungen.

In der periodischen fünfjährlichen Fliessgewässerüberwachung wurden wiederum alle wichtigen Ausserrhoder Gewässer hinsichtlich chemischer, physikalischer und biologischer Qualitätskriterien untersucht. Zudem wurden zum zweiten Mal gleichzeitig Fischuntersuchungen vorgenommen, um die fischereiliche Qualität der Gewässer abschätzen zu können. Als Resultat der Fliessgewässeruntersuchung 2013 ist festzustellen, dass einerseits die chemischen Anforderungen an die Wasserqualität mehrheitlich erfüllt sind und die biologischen Parameter (Fischnährtiere, Kieselalgen) gute Bewertungen ergeben. Andererseits sind aber äussere Aspekte wie z.B. Schaum und Durchlässigkeit der Gewässersohle nach wie vor unbefriedigend. Die Untersuchung der Fischpopulationen zeigte vor allem in den Restwasserstrecken sowie in der Glatt mässige bis unbefriedigende Resultate.

Als wichtige Einzelmassnahme zur Verbesserung der Wasserqualität wurde von der Gemeinde Herisau der Bau einer zusätzlichen Verfahrensstufe mit Pulveraktivkohle auf der ARA Bachwis begonnen. Für den Anschluss der Gemeinden Rehetobel und Speicher an den Abwasserverband Altenrhein AVA wurde das Bauprojekt erarbeitet. Die überarbeitete Studie hinsichtlich eines Anschlusses der Gemeinden Teufen, Stein, Bühler und Gais an die ARA St.Gallen-Au konnte fertiggestellt und zuhänden der politischen Gremien verabschiedet werden.

Im Zusammenhang mit dem bereits begonnenen Ausbau der ARA Bachwis (Herisau) resp. dem geplanten Ausbau der ARA Furt (Urnäsch) wurden bei einzelnen wichtigen Industriebetrieben Verbesserungen der Verstetigung resp. Verringerung der Abwasserfrachten weiter verfolgt.

Im Bereich des landwirtschaftlichen Gewässerschutzes wurde die Umsetzung des gemeinsam mit Bauernverband und Landwirtschaftsamt erarbeiteten Projekts für die periodische Kontrolle der Jauchegruben angegangen und die erste Tranche der Kontrollaufforderungen versandt. Diese betrifft schwergewichtig Anlagen mit Grundwassergefährdung. Ab 2014 werden die Hofdüngerabgaben und -annahmen durch das neue gesamtschweizerische Programm HODUFLU elektronisch erfasst. Dadurch kann die Vertragspflicht für Hofdüngerverschiebungen aufgehoben werden.

Der Kataster der belasteten Standorte (KbS, «Altlastenkataster») konnte als Teil des ÖREB (Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen) im Dezember im Internet freigeschaltet werden. Wichtiger Schwerpunkt im Sachbereich Altlasten sind die Sanierungen der Schiessanlagen. Die Gemeinden haben die Untersuchung der Anlagen veranlasst resp. abgeschlossen. Damit soll möglichst rasch ein Überblick über die gesamten notwendigen Mittel aus dem Abfallfonds für die Sanierungen geschaffen werden.

Bei 17 ehemaligen kommunalen Kehrichtdeponien mit Volumen über 10'000m³ wurden die im Rahmen der Altlastenverordnung notwendigen Kontrollen (Sickerwasser und Schlamm) durchgeführt. Gemäss den Resultaten sind zwei der Deponien überwachungsbedürftig, und bei einer ist eine nochmalige Untersuchungen notwendig.

Der Einsatz des Pikettdienstes bewegte sich mit 21 gemeldeten Schadenfällen und 19 Einsätzen ungefähr auf Vorjahresniveau. In zwei Fällen handelte es sich um Schadenfälle, die grössere negative Auswirkungen auf die Umwelt zur Folge hatten; ein Fischsterben gab es nicht.

5.2 Luft

Brennholz ist ein wichtiger lokaler und erneuerbarer Energieträger. Holzfeuerungen haben aber auch ein hohes Emissionspotential. Langzeitmessungen an drei grossen Holzfeuerungen mit Abluftfiltern haben ergeben, dass die vorsorglichen Emissionsgrenzwerte der Luftreinhalte-Verordnung in der Brandphase eingehalten werden. Während des Glutbettunterhaltes kann es aber zu erheblichen Geruchs- und Schadstoffemissionen kommen. Dies kann nur durch modernste Anlagensteuerungen in Kombination mit optimalen Holzbrennstoffen vermieden werden.

5.3 Mobilfunk

Beim Mobilfunk erfolgt die Einführung der vierten Mobilfunkgeneration Long Term Evolution (LTE). Der Bund hat die Vollzugsempfehlungen angepasst. So können bestehende Mobilfunkstandorte unter bestimmten Vorausset-



zungen ohne Bewilligungs- und Baugesuchsverfahren mit LTE aufgerüstet werden. Dies bedingt jeweils einen erhöhten Aufwand für die Kontrolle der Mobilfunkanlagen, um die tatsächlichen Situationen beurteilen zu können. Die bisherigen Kontrollen haben ergeben, dass die bestehenden Belastungen durch nichtionisierende Strahlungen deutlich unter den Grenzwerten liegen.

5.4 Energie

Per 1. August wurde das kantonale Förderprogramm mit dem Ziel angepasst, den übermässig stark beanspruchten Energiefonds zu entlasten. Förderbeiträge an Photovoltaik-Anlagen, Minergie-Neubauten und der Bonus zum Gebäudeprogramm wurden gestrichen. Begründet wird dies mit den Anpassungen der Förderinstrumente des Bundes und mit der Entwicklung der energetischen Vorschriften für Gebäudeneubauten. Die Anpassungen des Förderprogramms führen zu einer zeitlich verzögerten Entlastung des Energiefonds. Die volle Entlastungswirkung der Förderbeiträge wird auf Fr. 960'000 pro Jahr geschätzt und entfaltet sich ab 2015 (Statistiken S. 91).

Die Wärmeverbunde Heiden und Bühler haben wesentliche Meilensteine bezüglich Erweiterung resp. Entwicklung erreicht. An Massnahmen zur Nutzung der Holzenergie hat der Kanton Förderbeiträge von insgesamt rund Fr. 500'000 geleistet.

Zur Abklärung der tatsächlichen Windverhältnisse auf der Hochalp wurde mit der Durchführung einer Jahresmessung gestartet. Die Messwerte von September bis Dezember übertreffen die Erwartungen, wobei der November der bisher windreichste Monat war. Verlässliche Aussagen können erst nach Abschluss der Windmessungen im September 2014 gemacht werden.

Departement Volks- und Landwirtschaft

Direktorin: Landammann Marianne Koller-Bohl

Trotz günstiger konjunktureller Entwicklung und einer tiefen Unternehmenssteuer sind Unternehmensansiedlungen schwieriger geworden. Nebst attraktiven Steuern oder der Verfügbarkeit von Industrie- und Gewerbeland sind für die Unternehmen auch qualifizierte Fach- und Führungskräfte wichtig. Appenzell Ausserrhoden leidet im schweizweiten Vergleich stark unter der niedrigsten Rückkehrquote von Hochschulabsolventinnen und -absolventen. Das Departement hat daher verschiedene Projekte angestossen, um Fachkräfte für die hiesigen Unternehmen zu gewinnen.

An der Immo Messe in St. Gallen präsentierten sich Kanton und Gemeinden mit dem neuen Auftritt «wo-ich-bin» als moderner und ländlicher Wohnkanton. Einerseits ist ein aktives Wohnortmarketing für ein nachhaltiges Bevölkerungswachstum wichtig. Andererseits sind auch Faktoren wie zeitgemässer Wohnraum, gute Verkehrsanbindung oder intakter Erholungsraum ausschlaggebend. Zusammen mit den Projektleitenden des Regierungsprogramms (z.B. für die Arealentwicklung Bahnhof Herisau) und mit der Organisation von Investorenanlässen sowie dem punktuellen Ausbau des öffentlichen Verkehrs (DML, S-Bahn St. Gallen) trug das Departement dazu bei, den Kanton als Wohnort einen Schritt vorwärts zu bringen.

Umfangreiche Vorarbeiten zur Umsetzung der Agrarpolitik 2014-2017 (AP 14-17) prägten das Berichtsjahr im Landwirtschaftsamt. Im Rahmen der Reform AP 14-17 werden auf den 1. Januar 2014 die Direktzahlungen für die Landwirtschaft umstrukturiert. Neu werden die Tierbeiträge umgelagert in Flächenbeiträge. Für die Tierhaltungsbetriebe im Kanton werden dadurch die Zahlungen sinken. Damit sich ihre Einkommenssituation nicht wesentlich verschlechtert, müssen die Landwirte Direktzahlungsinstrumente, welche Landschaftsvielfalt und Biodiversität fördern, vermehrt nutzen. Unter Beizug einer breit abgestützten Arbeitsgruppe hat das Departement ein geeignetes Landschaftsqualitätsprojekt zur Förderung der vielfältigen Kulturlandschaft ausgearbeitet. Die Genehmigung der kantonalen Finanzierung der Beiträge (10 % Kanton, 90 % Bund) obliegt dem Kantonsrat.

Gemeinsam mit den Kantonen Thurgau und St. Gallen wurde ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zu einer EXPO 2027 im Raum Bodensee erreicht. Die Regierungen haben im September die Leitideen mit Masterplan verabschiedet. Als nächster Schritt werden die inhaltlichen und geografischen Eckpunkte einer Landesausstellung in der Ostschweiz festgelegt (Konzeptwettbewerb). Eine Landesausstellung bietet der Ostschweiz die Chance, sich dem Publikum als fortschrittliche Region mit nachhaltigem Entwicklungspotential, einer reichen Kulturgeschichte und einer hohen Lebens- und Landschaftsqualität zu präsentieren.

1. DEPARTEMENTSSEKRETARIAT

1.1 Tourismusförderung

Das Departement hat im Berichtsjahr die Arbeiten für eine Totalrevision des 40 Jahre alten Gesetzes über die Förderung des Tourismus aufgenommen. Im Hinblick darauf hat der Regierungsrat im Mai eine tourismuspolitische Strategie für Appenzell Ausserrhoden erlassen. Sie zeigt, wie die zukünftige Tourismuspolitik - vor allem aus Fördersicht - gestaltet werden soll. Das Departementssekretariat hat gestützt darauf ein Normenkonzept erarbeitet, das der Regierungsrat im Herbst genehmigt hat. Im 2014 soll das Vernehmlassungsverfahren, im 2015 die zwei Lesungen im Kantonsrat folgen.

Im Berichtsjahr sind keine Gesuche um kantonale Förderbeiträge für bauliche Massnahmen an Gastgewerbebetrieben eingegangen. Die dafür reservierten Voranschlagsmittel über Fr. 100'000 blieben ungenutzt. Es ist vorgesehen, im Rahmen des Entlastungsprogramms 2015 (EP 15) auf diese Fördermassnahme zu verzichten. Verschiedene Hotelprojekte im Kanton entwickeln sich gut: Die Grundsteinlegung für den Hotelneubau auf der Schwägalp erfolgte im September. Bund und Kanton unterstützen das Projekt im Rahmen der Neuen Regionalpolitik mit Darlehen über



Fr. 2,2 Mio. sowie à-fonds-perdu-Beiträgen von Fr. 300'000.

An die kantonale Tourismusmarketingorganisation Appenzellerland Tourismus AG (ATAG) wurde im Berichtsjahr – wie in den Jahren zuvor – ein Förderbeitrag von Fr. 990'000 ausgerichtet. Der kantonale Förderbeitrag bildet mit den Gemeindebeiträgen (Fr. 200'000), den Beiträgen der touristischen Leistungsträgern sowie den eigenerwirtschafteten Mitteln die finanzielle Basis für die Vermarktung der Tourismusdestination Appenzell Ausserrhoden. Im Rahmen des EP 15 sollen die kantonalen Förderbeiträge jährlich um Fr. 50'000 reduziert werden. Der Kantonsanteil deckt knapp die Hälfte des Aufwands der ATAG. Für die Förderbeiträge für die Jahre 2014 und 2015 ist ein Verpflichtungskredit erforderlich. Die Vorlage soll im März 2014 dem Kantonsrat vorgelegt werden.

1.2 Öffentlicher Verkehr

Das Infrastrukturprojekt Durchmesserlinie Appenzell-St.Gallen-Trogen (DML) wurde im April auch von der Landsgemeinde von Appenzell Innerrhoden gutgeheissen. Die Parlamente von Appenzell Ausserrhoden und St.Gallen haben ihren Kostenanteilen bereits im November 2012 klar zugestimmt. Damit ist der Weg frei für die Umsetzung des Projekts. Die DML ermöglicht den Appenzeller Bahnen ab 2017 auf der Strecke Appenzell-St.Gallen deutliche Verbesserungen im Angebot und einen wirtschaftlicheren Bahnbetrieb ohne Zahnrad. Das Plangenehmigungsverfahren beim Bundesamt für Verkehr für die einzelnen Teilprojekte ist sehr aufwändig. Wegen zusätzlichen Planungsarbeiten in der Ruckhalde musste eine nochmalige öffentliche Teilaufgabe durchgeführt werden. Dies führt zu einer zeitlich längeren Planungsphase. Der Baubeginn ist auf Herbst 2014 vorgesehen. Die Inbetriebnahme der DML ist auf Dezember 2017 terminiert.

Am 23. September hat der Kantonsrat der Volksinitiative der SVP «Für mehr Mitsprache bei der ÖV-Finanzierung» in erster Lesung zugestimmt – und damit einer Änderung des Gesetzes über die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Damit wird zum einen die Finanzkompetenz des Kantonsrats bei neuen einmaligen Ausgaben auf Fr. 5 Mio.

beschränkt. Zum anderen werden die Kriterien für die Verteilung der auf die Gemeinden fallenden Kosten des öffentlichen Verkehrs klarer geregelt. Die zweite Lesung im Kantonsrat findet im März 2014 statt. Dabei soll der Kantonsrat gleichzeitig über eine Teilrevision der Verordnung zum Gesetz über die Förderung des öffentlichen Verkehrs befinden. Diese ist erforderlich, um eine vollzugstaugliche Umsetzung der Initiative sicherzustellen. Das Vernehmlassungsverfahren wurde im Dezember durchgeführt.

Auf den Fahrplanwechsel vom 15. Dezember wurde die S-Bahn St.Gallen in Betrieb genommen. Die neue S-Bahn bringt für viele ÖV-Benutzende in der Ostschweiz mehr Angebot, verbesserte Umsteigezeiten und mehr Komfort in den Zügen. Für diese Verbesserungen wurden zahlreiche Infrastrukturausbauten realisiert; so etwa die Doppelspur Schachen West oder ein zusätzliches Perron im Bahnhof St.Gallen. Die neue S-Bahn bringt punktuell aber auch verschlechterte Umsteigezeiten innerhalb des S-Bahn-Netzes sowie an die nationalen Verbindungen.

Die Strecke Herisau-St.Gallen wird neu zur Hauptverkehrszeit (HVZ) mit einem ziemlich sauberen Viertelstundentakt bedient (S3, S4, S8, S81). Weil die S81 nur zur HVZ fährt, besteht während den Nebenverkehrszeiten eine Angebotslücke von einer halben Stunde. Der integrale Viertelstundentakt von/nach St.Gallen ist erst im Rahmen der 1. Teilergänzung der S-Bahn St.Gallen per 2019 möglich.

Das Angebot auf der Linie Gossau-Appenzell-Wasserrauhen (GAW / S23) wurde im Winterhalbjahr zu einem integralen Halbstundentakt ausgebaut. Die neuen Fahrzeiten der S-Bahn-Züge in Herisau und Gossau bei gleichzeitig unveränderter Fahrlage der Fernverkehrszüge der SBB bedingten eine Taktverschiebung der GAW-Linie. Dies führt zu einer Verschlechterung der Umsteigezeiten in Gossau auf den Fernverkehr. Mit der vollständigen Eröffnung der Durchmesserlinie in Zürich (Ende 2015) plant die SBB einen zusätzlichen Fernverkehrszug zwischen Zürich und St.Gallen (3-Zugs-Konzept). Damit können die Umsteigezeiten auf die Appenzeller Bahnen in Gossau wieder verbessert werden.

Auch die Fahrpläne der Regionalbusse mussten auf die neuen Fahrpläne der S-Bahn-Linien abgestimmt werden.

Aufgrund der unterschiedlichsten Bedürfnisse (gute Anschlüsse an den Fernverkehrs-, S-Bahn- und Regionalbusknoten, Pendlerströme, Schulbedürfnisse, effiziente Betriebsumläufe, Kosten etc.) ist es nicht möglich, überall optimale Anschlussverbindungen herzustellen. Allfällige Verbesserungen sind auf den «kleinen Fahrplanwechsel» vom Dezember 2014 hin anzustreben.

Das Departementssekretariat war im Berichtsjahr stark mit Offertverhandlungen mit den Transportunternehmen, Fahrplan- und Angebotsgestaltungen sowie Stellungnahmen im Rahmen des Fahrplanverfahrens beschäftigt. Die umfangreichen Aufgaben im ÖV können mit den bestehenden Ressourcen nur knapp bewältigt werden.

2. AMT FÜR WIRTSCHAFT

2.1 Wirtschaftsförderung

Der globale Standortwettbewerb wird immer intensiver, und die attraktiven Rahmenbedingungen der Schweiz sind in den vergangenen Jahren stark unter Druck geraten. Damit Appenzell Ausserrhoden als Unternehmensstandort gefragt bleibt, sind neben einer aktiven Promotion auch die Bestandespflege und Standortentwicklung von entscheidender Bedeutung.

Bestandespflege / Standortentwicklung

Bei rund 20 Firmenbesuchen zeigte sich im Austausch mit Unternehmerinnen und Unternehmern, dass der Fachkräftemangel auch für Firmen in Appenzell Ausserrhoden herausfordernd ist. Verstärkt wird diese Situation durch eine der niedrigsten Rückkehrquoten von Hochschulabsolventinnen und -absolventen im schweizerweiten Vergleich. Die Wirtschaftsförderung hat deshalb zusammen mit dem Industrieverein AR das Projekt «Brain Gain» lanciert. Im Rahmen von Schnuppertagen und Praktika sollen Studierende von Fachhochschulen und Universitäten angesprochen und auf die Attraktivität des Arbeitsplatzes Appenzell Ausserrhoden sowie die Qualitäten der hiesigen Unternehmen aufmerksam gemacht werden. Weiter initiierte das Amt zusammen mit den Nachbarkantonen die Veranstaltung «ProOst»,

welche jungen Professionals eine Übersicht über ihre Karrierechancen in der Ostschweiz gibt und die hohe Lebensqualität in dieser Region aufzeigen soll.

Zur Netzwerkpflege organisierte die Wirtschaftsförderung verschiedene Veranstaltungen wie z.B. die stets gut besuchten Anlässe «Beste Köpfe».

Standortpromotion / Ansiedlung

Die verstärkte Zusammenarbeit der Kantone St.Gallen, Thurgau, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden in der internationalen Standortpromotion hat sich bewährt, und der einheitliche Auftritt als St. GallenBodenseeArea (SGBA) ist etabliert. Rund 40 Netzwerkpartner haben sich der SGBA angeschlossen. Von der Schweiz. Vereinigung für Standortmanagement wurde die SGBA für den Award 2013 nominiert.

Der intensive globale Standortwettbewerb machte sich auch bei den Ansiedlungen bemerkbar. Grundsätzlich ist das Interesse an Appenzell Ausserrhoden mit der vorteilhaften Unternehmensbesteuerung und der interessanten Lage im Dreiländereck nach wie vor gut. Aufgrund der Situation im Hauptzielmarkt Deutschland sind Ansiedlungen aus diesem Markt aber fast vollständig zurückgegangen und Promotionsaktivitäten mussten äusserst vorsichtig geplant werden. Im Vergleich zum Vorjahr nahm deshalb die Anzahl Unternehmen und Privatpersonen, welche durch die Wirtschaftsförderung beraten und begleitet wurden, leicht ab.

Standortmarketing

Die Wirtschaftsförderung hat in Zusammenarbeit mit den Gemeinden den Auftritt im Wohnortmarketing überarbeitet. Das neue Erscheinungsbild «wo-ich-bin» (www.wo-ich-bin.ch) präsentiert Appenzell Ausserrhoden als modernen und ländlichen Wohnkanton mit Traditionen. Der neue Stand kam an der Immo Messe in St.Gallen im März erstmals zum Einsatz.

Neue Regionalpolitik (NRP)

Auch im 2013 konnten wieder einige interessante Projekte begleitet werden (Wellbeing & Health Resort, Zellweger Führungen Trogen, Enjoy Appenzellerland etc.).



2.2 Arbeitsinspektorat

Dank der Personalaufstockung um 50 % per 1. Januar konnten die Aufgaben im Rahmen des Vollzugs des Arbeits- und Unfallversicherungsgesetzes (ArG/UVG) erstmals wieder in grösserem Umfang wahrgenommen werden. Dies kommt in der Anzahl der Betriebsbesuche deutlich zum Ausdruck. Dabei hat sich gezeigt, dass die Unterstützung der Betriebe in vielen Fällen dringend nötig ist. Im Berichtsjahr ging die Anzahl der zu beurteilenden Baugesuche betreffend ArG/UVG gegenüber dem Vorjahr leicht zurück, lag aber immer noch höher als 2011.

Die Anzahl der Meldungen im Bereich der meldepflichtigen Arbeitseinsätze (flankierende Massnahmen) lag 2013 auf dem hohen Niveau des Vorjahres. Die Anzahl durchgeführter Kontrollen entsprach den Vorgaben der Leistungsvereinbarung mit dem Bund.

Der deutliche Anstieg der Kontrollzahlen im Bereich Schwarzarbeit ist vor allem auf die verstärkte Kontrolle von Selbständigen / Scheinselbständigen zurückzuführen. Dank der erwähnten Personalaufstockung konnten mehr Fälle vorangetrieben und abgeschlossen werden. Die Aufdeckung von Schwarzarbeit führt einerseits zu Nachzahlungen zugunsten der Sozialwerke und Steuerverwaltung, und andererseits werden Einnahmen zugunsten des Staates durch Bussen aus den Strafverfahren generiert. Bei einem Teil der aufgedeckten Fälle profitiert der Schwarzarbeitgeber allerdings trotz Verurteilung und geleisteten Nachzahlungen und Bussen von einem finanziellen Vorteil aus der Schwarzarbeit. Somit fällt die Bilanz nach sechs Jahren Schwarzarbeits-Vollzug eher negativ aus. Der Bundesrat prüft nun Massnahmen zur Verbesserung des Vollzugs des Bundesgesetzes über die Schwarzarbeit sowie die Notwendigkeit einer Gesetzes- oder Verordnungsrevision. Die Statistiken sind auf S. 101 ersichtlich.

2.3 Handelsregisteramt

Die Zahl der eingetragenen Objekte stieg 2013 von 4'652 auf 4'830 Rechtssubjekte (+ 3,8 %), was leicht unter dem Wachstum des Vorjahres von rund 5 % liegt. Dabei wurden sowohl weniger Zugänge als auch mehr

Löschungen von Rechtseinheiten registriert. Mit rund 6,8 Neueintragungen pro 1'000 Einwohner (Einwohnerzahl gemäss Bevölkerungsstatistik BFS per 31. Dezember 2012) liegt Appenzell Ausserrhoden im Kantonsvergleich aber weiterhin im vordersten Drittel. Dies gilt auch für das Verhältnis von aktuell im Handelsregister eingetragenen Rechtssubjekten pro Einwohner, welches in Appenzell Ausserrhoden bei rund 9 % liegt (Statistiken S. 93).

Am 12. November führte das Amt die neue Unternehmens-Identifikationsnummer (UID) erfolgreich ein. Mit der einheitlichen UID wird ein UID-Register geschaffen, das die eindeutige Identifikation der Unternehmen sicherstellen soll. Die UID ermöglicht es den Unternehmen, sich bei allen Behördenkontakten mit derselben Nummer zu identifizieren. Dies vereinfacht die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung. Mit der UID wird die bisherige Firmennummer abgelöst.

3. LANDWIRTSCHAFTSAMT

Das eidgenössische Parlament hat in der Frühjahrssession 2013 die Agrarpolitik 2014-2017 (AP 14-17) verabschiedet. Mit der AP 14-17 will der Bund die Innovation in der Land- und Ernährungswirtschaft stärker unterstützen, die Wettbewerbsfähigkeit weiter verbessern und die gemeinwirtschaftlichen Leistungen gezielter fördern. Kernelement ist die Weiterentwicklung des Direktzahlungssystems. Im neuen Direktzahlungssystem basieren die Beiträge vorwiegend auf der Fläche und nicht wie bisher auf den gehaltenen Grossvieheinheiten.

Der Bund führt neue Förderprogramme wie die Landschaftsqualitätsbeiträge oder die Beiträge für die graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion ein. Zur Förderung der Biodiversität strebt der Bund die qualitative Verbesserung der vorhandenen ökologischen Ausgleichsflächen an. Das Landwirtschaftsamt war stark beschäftigt mit den Vorbereitungsarbeiten für die Umsetzung des weiterentwickelten Direktzahlungssystems. Der Vollzug der Massnahmen wird zusehends komplexer.

3.1 Weiterbildung und Beratung

Im Berichtsjahr besuchten 775 Teilnehmende (TN) Kurse aus dem Weiterbildungsprogramm für Appenzeller Bäuerinnen und Bauern. Zusätzlich haben folgende Informationsanlässe stattgefunden:

- Informationsveranstaltungen für Bauern (184 TN)
- Beratungsabende für Bäuerinnen (109 TN)
- Älplerzusammenkunft (95 TN)
- Informationsveranstaltungen zur Agrarpolitik 2014-17 für Bauern und Bäuerinnen (384 TN)

Einzelberatungen erfolgten zur Berechnung von gesamtbetrieblichen Nährstoffbilanzen und von Betriebsvorschlägen, bei Hofübergaben, Neuorientierungen (Strategieberatungen), überbetrieblicher Zusammenarbeit oder im Zusammenhang mit Naturschutzfragen. Die Nachfrage einzelbetrieblicher Beratung im Bereich Biodiversität blieb auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr, weil verschiedene Label-Produktionen einen Nachweis verlangen.

3.2 Direktzahlungen, ÖQV- und Sömmerungsbeiträge und Ressourcenprogramm (Ammoniakverluste)

Im 2013 haben 644 Betriebe, davon 106 Biobetriebe, den ökologischen Leistungsnachweis erfüllt. Im Vergleich zum Vorjahr reduzierten sich die Betriebe, welche Direktzahlungen erhielten, um 15 Betriebe. Es wurden Fr. 34'256'654 Direktzahlungen ausbezahlt. Infolge Nichteinhaltung von Vorschriften, Bedingungen und Auflagen wurden 29 Landwirte bei den Direktzahlungen mit insgesamt Fr. 55'138 gekürzt.

Aufgrund der Bestimmungen der Ökoqualitätsverordnung erhielten 359 Betriebe Fr. 796'520 Beiträge. Diese teilen sich wie folgt auf: Fr. 438'625 für biologische Qualität und Fr. 357'895 für Vernetzung. An diese Beiträge musste sich der Kanton mit 20 % beteiligen.

112 Sömmerungsbetriebe erhielten insgesamt Fr. 895'597 Sömmerungsbeiträge. Bei fünf Betrieben wurden die Beiträge wegen Verstössen (Aufzeichnungen, Gewässerschutz) um insgesamt Fr. 4'062 gekürzt.

237 Betriebe erhielten Beiträge für Verminderung von Ammoniakverlusten (Ressourcenprogramm) von Fr. 567'494. Mit dem Schleppschlauch wurde eine Fläche von 8'299.86 ha begüllt.

3.3 Investitionshilfen

Kanton und Bund zahlten im Berichtsjahr Fr. 1,9 Mio. à-fonds-perdu-Beiträge für Strukturverbesserungsmassnahmen in der Landwirtschaft. 75 % der Beiträge gingen an Projekte zur Erneuerung landwirtschaftlicher Ökonomiegebäude. Für Tiefbauprojekte (v.a. Erneuerung oder Sanierung von Hofzufahrten) wurden 15 % der Mittel verwendet. Weiter wurden Beiträge an einen gewerblichen Milchverarbeitungsbetrieb sowie an die Verbesserung der Wasserversorgungen auf einer Alp geleistet.

Die Landwirtschaftliche Kreditkasse gewährte Darlehen im Umfang von Fr. 6'354'000. Gefragt waren vorwiegend Kredite für Wohnbauten und Ökonomiegebäude.

3.4 Boden- und Pachtrecht

Die Bodenrechtskommission erteilte an neun Sitzungen 80 Bewilligungen (Erwerb 26, Realteilung 9, Zerstückelung 45) und erliess 13 Feststellungsverfügungen. Bei 114 Gesuchen wurde eine Bewilligung in Aussicht gestellt (Zerstückelung 63, Erwerb 45, Realteilung 6). Ferner wurde ein elektronischer Abgleich mit der Agricola-Datenbank betreffend Überprüfung der Selbstbewirtschaftung erstellt.

Die Pachtkommission hat zehn Gesuche behandelt und 19 Pachtzinsschätzungen vor Ort vorgenommen.

3.5 Pflanzenschutz

Feuerbrand

Der aussergewöhnlich kalte Mai und Junibeginn liessen während der Blüte der Kernobstbäume keine Blüteninfektionen zu. Die darauf folgende Wärme begünstigte Infektionen einzig auf Nachzüglerblüten und Trieben mit



Altbefall. Im Berichtsjahr mussten nur einzelne Bäume zurückgeschnitten oder gerodet werden.

Hochstammersatzpflanzaktion

An der erfolgreichen Aktion, welche die Pflanzenschutzstelle organisierte, beteiligten sich über 200 Landwirte und Private. Diese holten insgesamt 965 Kernobst-, 429 Steinobst-, 118 Nuss-, 26 Linden- und 153 diverse Hochstammbäume zur Pflanzung im Kanton ab. Die Aktion wurde durch Beiträge der Baumbezüger, der Gemeinden, des Bundes und des Kantons finanziert.

Invasive Neophyten

Die Springkraut-, Japanknöterich-, Riesenbärenklau- und Goldrutenbestände wurden wie in den Vorjahren bekämpft. Ein deutlicher Erfolg der Massnahmen ist an den meisten Orten sichtbar. Einige gesäuberte Springkrautstandorte konnten bereits in die Verantwortung der Bewirtschafter/Grundeigentümer übergeben werden; mit dem Auftrag, ein erneutes Aufkommen zu verhindern.

4. VETERINÄRAMT

4.1 Tuberkulose beim Rindvieh

Im September wurde bei einer geschlachteten Kuh aus einem Ausserrhoder Landwirtschaftsbetrieb Tuberkulose festgestellt. Der Betrieb wurde sofort für den Tierverkehr gesperrt. Neben der infizierten Kuh wurden im weiteren Verlauf elf verdächtige Tiere ausgemerzt. Aufgrund der Abklärungen des Tierverkehrs wurde vermutet, dass die Ansteckung der Schweizer Kuh im Rahmen der Sömmerung auf einer Alp im Vorarlberg über das Wild (Rothirsche) stattgefunden hat. Diese Vermutung konnte Ende Jahr durch weiterführende Untersuchungen bestätigt werden. Im Zusammenhang mit weiteren Abklärungen wurden in 14 Rindviehhaltungen in beiden Appenzell rund 150 Tiere auf Tuberkulose untersucht. Dabei mussten drei verdächtige Tiere getötet werden. Tierseuchenbekämpfungsmassnahmen, Untersuchungskosten und Entschädigung von Tierverlusten werden in Appenzell Ausserrhoden durch die kantonale Tierseuchenkasse entschädigt.

4.2 Schweinekrankheit «Porcines reproduktives und respiratorisches Syndrom (PRRS)»

Anfang Jahr konnte die PRRS-Bekämpfung erfolgreich abgeschlossen werden. Sämtliche Nachuntersuchungen in den fünf verdächtigen Betrieben in Appenzell Ausserrhoden verliefen negativ. Der unvorhersehbare Seuchenausbruch hat gezeigt, dass das Veterinäramt beider Appenzell zwar für einen primären Seuchenausbruch gewappnet ist; für eine erfolgreiche und zeitnahe Bekämpfung jedoch sehr rasch an seine Grenzen stösst (limitierte personelle Ressourcen) und auf Unterstützung Dritter angewiesen ist. In diesem Zusammenhang muss auch die Entschädigung solcher Hilfeleistungen überprüft und angepasst werden.

4.3 Inspektionen der Schlacht- und Zerlegebetriebe

Die ausserordentlichen Seuchenfälle sowie die personellen Fluktuationen haben dazu geführt, dass ein weiteres Jahr die gesetzlich geforderte jährliche Inspektionsfrequenz der Schlacht- und Zerlegebetriebe nicht eingehalten werden konnte. Von den elf bewilligten Betrieben wurden lediglich vier kontrolliert. Dieses Vollzugsdefizit wurde anlässlich eines Audits durch die Bundeseinheit für Lebensmittelkette gerügt (Statistiken S. 95 ff).

4.4 Personelle Wechsel im Veterinäramt

Zu Beginn des Jahres verliess der Kantonstierarzt Stellvertreter Dr. Peter Jakob seine kürzlich angetretene Stelle. Die Vakanz konnte erst per 1. Juli durch Dr. Sarah Feurer-Schwizer beendet werden. Im Sommer hat der Regierungsrat im Rahmen des Voranschlags 2014 dem Veterinäramt eine zusätzliche 80 %-Stelle zugestanden. Diese Aufstockung ist dringend notwendig, um der geänderten Verordnung über die Koordination der Kontrollen auf den Landwirtschaftsbetrieben nachzukommen und die anhaltend hohe Arbeitsbelastung (inkl. Seuchenfälle) besser bewältigen zu können. Die Stelle soll Anfang 2014 ausgeschrieben werden.

5. OBERFORSTAMT

5.1 Holznutzung und Holzmarkt

Die Holznutzung war weiterhin rückläufig. In der Holzertesaion 2012/2013 wurden nur noch rund 26'500 m³ Holz (Vorjahr: 42'000 m³) zum Aushieb angezeichnet. Dieser deutliche Rückgang zeigt, dass der Holzmarkt nicht attraktiv war.

5.2 Walderhaltung / Naturgefahren

Das Amt bewilligte im vergangenen Jahr vier Rodungen (Vorjahr: 4) mit einer Rodungsfläche von 44 Aren (Vorjahr: 26,8). Es hat zu 112 Baugesuchen (Vorjahr: 120) am oder im Wald sowie zu 115 Baugesuchen im Naturgefahrenbereich (Vorjahr: 120) Stellung genommen. Im Rahmen der Orts- und Zonenplanung wurden 37 Mitberichte (Vorjahr: 35) zu Händen des Planungsamtes verfasst. Nach einer lang anhaltenden Niederschlagsperiode im Frühsommer mit aussergewöhnlich hohen Regenfällen am Wochenende von 2./3. Juni gerieten im Mittel- und Vorderland viele Hänge ins Rutschen. Die Unwetter verursachten alleine im Bereich der Hangrutschungen 176 Schadenfälle mit einer Gesamtschadensumme von rund Fr. 4,5 Mio. Auffällig viele Rutschungen ereigneten sich im Wald und im Bereich der Bachtobel im Grenzgebiet zum Kanton St.Gallen. Die Bewältigung dieser Ereignisse erforderte vom Oberforstamt viel Koordinationsaufwand, der auch 2014 noch andauern wird. An die Kosten für die Wiederherstellung der Sicherheit und an den Bau von neuen Schutzbauten leisten Bund und Kanton Beiträge. Die Windwurfschäden bewegten sich im Rahmen des üblichen, und die Borkenkäferschäden blieben weiterhin auf sehr tiefem Niveau stabil.

5.3 Programmvereinbarungen

Die erste Hälfte der Programmperiode 2012-2015 ist abgeschlossen. Die vier Programmvereinbarungen Schutzwald, Biodiversität im Wald, Waldwirtschaft und Schutzbauten sind auf Kurs, die mit dem Bundesamt für Umwelt vereinbarten Leistungen konnten weitgehend erbracht werden.

5.4 Forstliche Planung

Die Jahresziele des Oberforstamtes zur Umsetzung des kantonalen Waldplanes wurden erreicht. Auf der Ebene der Forstbetriebe steht die Revision der Betriebsplanung an. Insgesamt 28 abgelaufene Waldwirtschaftspläne werden in den nächsten Jahren in sieben Betriebspläne (je einer pro Forstrevier) zusammengefasst. Das Amt startete dazu zusammen mit dem Forstamt Gais ein Pilotprojekt zur Ausarbeitung eines Musterbetriebsplans. Der Plan steht im Entwurf und kann im Frühjahr 2014 dem Departement zur Genehmigung vorgelegt werden. Als Vorbereitung für die betrieblichen Erschliessungskonzepte wurden in einer GIS-Datenbank der Umfang und der rechtliche Status der Walderschliessung im ganzen Kanton erfasst. Zudem sind im Laufe des Jahres Konzepte zur Bewirtschaftung der Gerinne nahe Wäldern, über Waldreservate und über Weiserflächen zur Schutzwaldbewirtschaftung erarbeitet worden. Intern erliess das Amt Richtlinien über Bauten im und am Wald. Es verfasste ein Kommunikationskonzept und erstellte auf der Grundlage der Standortkarte eine Karte der Bodenbefahrbarkeit im Wald. Ausserdem wurde zusammen mit der Jagdverwaltung und der Fachstelle Natur- und Landschaftsschutz die Richtlinie über Veranstaltungen im Wald revidiert.

6. RAV / ARBEITSVERMITTLUNG / ARBEITSLOSENVERSICHERUNG

Der regionale Arbeitsmarkt erwies sich im Berichtsjahr als stabil. Im Jahresdurchschnitt waren 836 Personen zur Stellensuche eingetragen, sechs weniger als im Vorjahr. Mit 905 Stellensuchenden Ende Dezember (Vorjahresmonat: 958) war gegen Jahresende gar eine leichte Verbesserungstendenz auszumachen. Weniger erfreulich verlief die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit bzw. in der Altersklasse der 15- bis 24-Jährigen. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote in diesem Segment blieb mit 1,6 % zwar unter der Quote über alle Altersklassen (1,7 %). Die Dezemberquote lag mit 2,3 % aber um 0,5 % höher als im Vorjahr. Im Bereich der Kurzarbeit, einem wichtigen Vorindikator zur Arbeitslosigkeit, waren mit durchschnittlich 119 Bezüglern ein Drittel weniger Betroffene zu verzeichnen als im Jahr zuvor (Statistiken S. 98 ff).



Die Kurzarbeit hat nach einer leichten Erhöhung im Jahr 2012 mit durchschnittlich 185 Bezüchern pro Monat im Berichtsjahr mit durchschnittlich 119 Bezüchern pro Monat wieder das Niveau von 2011 erreicht. Das Winterhalbjahr (Oktober bis März) war mit durchschnittlich 203 Bezüchern gegenüber dem Sommerhalbjahr (April bis September) mit durchschnittlich 34 Bezüchern wesentlich stärker von Kurzarbeit betroffen.

Der positive Trend im Arbeitsmarkt wird durch Stellenmeldungen bestätigt, die im Vergleich zum Vorjahr um rund einen Drittel zugenommen haben. Diese wirtschaftlich bedingte Zunahme täuscht etwas darüber hinweg, dass das Interesse der Unternehmen am RAV als Rekrutierungskanal abnimmt; eine Entwicklung, die auch in den andern Kantonen zu beobachten ist. Dies schlägt sich in der Zahl der Vermittlungen nieder. Die direkte Vermittlung von Stellensuchenden wird weiterhin eine Kernaufgabe des RAV bleiben. Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit müssen die Beratungsressourcen aber vermehrt eingesetzt werden, um arbeitslose Personen für den Arbeitsmarkt fit zu machen und für die Stellensuche in Bewegung zu halten. Die Sensibilisierung der RAV-Beraterinnen und eine Ausrichtung der internen Prozesse in diese Richtung wurden in der zweiten Jahreshälfte aufgenommen.

Wie in der ganzen Schweiz nimmt auch in Appenzell Ausserrhoden der Bedarf an Beratungs- und Unterstützungsleistungen für Personen ohne Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung zu. Um diesem gerecht zu werden, wurden die dafür eingesetzten personellen Ressourcen zu Lasten anderer Aufgabenbereiche um einen Viertel erhöht. Diese Verschiebung wird es dem RAV ermöglichen, die bereits gut eingespielte Zusammenarbeit mit den Sozialämtern weiter zu verbessern und sie in ihren Bemühungen um eine Eindämmung der ansteigenden Sozialhilfekosten zu unterstützen. Noch unbefriedigend gelöst ist die Frage der Finanzierung von arbeitsmarktlichen Massnahmen, wenn eine berufliche Eingliederung ohne eine solche nicht bewerkstelligt werden kann und die Kosten nicht von der Arbeitslosenversicherung gedeckt sind.

Das bisher in separaten Räumen an der St. Gallerstrasse 3 in Herisau untergebrachte Bewerbungsbüro (Hilfe bei

der Erstellung von Bewerbungen für Ungeübte) konnte im Mai in die ehemaligen Räume des Staatsarchivs im UBS-Gebäude umziehen. Das RAV, die kantonale Arbeitslosenkasse und das Bewerbungsbüro befinden sich nun am gleichen Ort, was die Zusammenarbeit vereinfacht und den Stellensuchenden bessere Dienstleistungen bringt.

Das RAV und die Arbeitslosenkasse werden zu 100 % vom Bund rückfinanziert und haben sich bei der Aufgabenerledigung nach den Vorgaben des Bundes auszurichten. Diese Konstellation bringt bei kantonalen Grossprojekten mit Einfluss auf die gesamte Verwaltung (z.B. NEW, HRM2, ECM) zusätzliche Probleme mit sich. Deren Lösung beansprucht Personalressourcen, die dann in der Aufgabenerledigung fehlen. Die Kadenz solcher Grossprojekte hat im Berichtsjahr ein problematisches Niveau erreicht.

Departement Sicherheit und Justiz

Direktor: Regierungsrat Paul Signer

Das Berichtsjahr prägte unter anderem die Übergabe des Departements von Alt Landammann Hans Diem an den neu gewählten Regierungsrat Paul Signer, der seit dem 1. Juni für die Departementsführung verantwortlich ist.

Der Leiter des Amts für Bevölkerungsschutz (MBS) musste die Aufgabe als persönlicher Mitarbeiter des Landammanns mit dem Rücktritt von Hans Diem aufgeben. Er führt seit dem 1. Juni das MBS in einem 60 %-Pensum. Zusätzlich führt er die Stabsstelle Controlling (40 Stellenprozente), deren Aufgabenbereich sich mit der Schaffung einer verwaltungsunabhängigen Finanzkontrolle verkleinert hat.

Der Leiter des Strassenverkehrsamts fiel im Berichtsjahr krankheitshalber vielfach aus. Für die Leitungsfunktion muss künftig eine neue Lösung gefunden werden. Geplant ist, die Führung der Ämter in Trogen grundsätzlich zu überprüfen und allenfalls neu zu regeln.

Im November regelte der Regierungsrat die Aufsicht über die Staatsanwaltschaft: Obwohl Tendenzen erkennbar sind, wonach die Staatsanwaltschaft funktionell der Justiz zugeordnet und einer besonderen Aufsicht unterstellt wird, soll bis zur Revision des Justizgesetzes weiterhin der Regierungsrat bzw. der Direktor des Departements Sicherheit und Justiz mit den vorhandenen Mitteln (Quartalsberichte, Protokolle, Jahresberichte, Mitarbeitendengespräche usw.) die Aufsicht über die Staatsanwaltschaft ausüben.

Den Strafvollzugsbereich prägten einen grossen Teil des Jahres die äusserst bedauerlichen Vorfälle in der Roman- die (Mordfälle «Marie» und «Adeline»), welche zu einer grossen Hektik in Politik und Medien führten. In Appenzel Ausserrhoden, das Mitglied des Ostschweizer Strafvollzugskonkordats ist, richtet sich der Vollzug bzw. dessen allfällige Lockerung nach den Empfehlungen des Konkordats. Zudem verfügt das Konkordat über eine unabhängige Fachkommission, die heikle Fälle beurteilt. In allen Diskussionen war daher unbestritten, dass in der Ostschweiz eine überzeugende Regelung umgesetzt wird, die ähnliche Vorfälle – nach menschlichem Ermessen – verhindert.

Dank der Brevetierung von sechs neuen Polizistinnen und Polizisten sowie der Aufnahme von drei Polizeischülern konnte die Kantonspolizei erstmals den Sollbestand erreichen. Dies trägt zur guten Sicherheit in Appenzel Ausserrhoden noch einmal deutlich bei.

1. DEPARTEMENTSSEKRETARIAT

Im Berichtsjahr gingen 26 Rekurse und Aufsichtsbeschwerden ein (Vorjahr: 32), wovon 21 erledigt wurden. Die Zahl der Vernehmlassungen und Anhörungen seitens des Bundes verharrte auf hohem Niveau. Das Sekretariat befasste sich mit Gesetzgebungsarbeiten zum neuen Justizvollzugsgesetz, zur Teilrevision des Gebährentarifs der Kantonspolizei, zur Teilrevision des Kaminfeuertarifs, zur Teilrevision der Verordnung zum Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe und zur Teilrevision der Jagdverordnung.

Zudem wurde die Aktualisierung des Registers der Datensammlungen im üblichen Zweijahres-Rhythmus durchgeführt.

2. STRAFVERFOLGUNG

Die Staatsanwaltschaft hat den Umzug nach Herisau gut bewältigt. Die neuen Räumlichkeiten genügen den Ansprüchen. So verfügen Staatsanwaltschaft und Polizei beispielsweise über moderne Videobefragungsräume, die den Vorschriften der Strafprozessordnung und des Opferhilfegesetzes entsprechen. Die Zusammenarbeit mit der Polizei hat sich gut entwickelt. Da die Staatsanwaltschaft und die Polizei bzw. Kriminalpolizei sehr eng zusammenarbeiten, können Probleme nun rasch und unbürokratisch besprochen, die Fallbearbeitungen optimiert und die technischen Einrichtungen und teilweise Räume gemeinsam genutzt werden.



Die Arbeitsbelastung der Staatsanwaltschaft durch neu eingegangene Verfahren ist im vergangenen Jahr ungefähr gleich geblieben. Die Zahl der neu registrierten «normalen» Strafverfahren ist von 1'299 auf 1'361 Fälle leicht angestiegen; bei den Strassenverkehrsdelikten ist sie von 1'477 auf 1'292 gesunkenen. Allerdings hat sich bestätigt, was bereits im Vorjahr festgestellt worden ist: Einerseits wird der Aufwand in jedem einzelnen Verfahren wegen der formellen Vorgaben der Strafprozessordnung laufend grösser. Andererseits hatte sich die Staatsanwaltschaft mit sehr aufwändigen Verfahren auseinanderzusetzen. Im vergangenen Jahr wurden etwa 10 Verfahren aus dem Bereich Wirtschaftskriminalität bearbeitet, wobei zwei Verfahren mit Deliktssummen von über 50 Millionen Franken an andere Kantone abgetreten werden konnten. Bei einem Verfahren mit rund 100 Millionen Euro Deliktssumme steht eine Abtretung an die deutschen Strafverfolgungsbehörden in Aussicht. In einem weiteren ähnlich gelagerten Verfahren kann stark auf die Untersuchungen der Finanzmarktaufsicht abgestützt werden. Diese Verfahren haben eine Gemeinsamkeit: Die Beschuldigten waren kaum je im Kanton tätig und verfügten nur über eine Ausserrhoder Postadresse. Solche weit reichenden Strafuntersuchungen beanspruchen das Personal von Polizei und Staatsanwaltschaft übermässig.

Appenzell Ausserrhoden ist im vergangenen Jahr von spektakulären Straftaten verschont geblieben. Eine in den Medien verbreitete Strafanzeige gegen den Betreiber einer Internetplattform mit rassistischen Inhalten erwies sich als Sturm im Wasserglas. Beruhigt hat sich auch die Situation rund um die Landegg, das Zentrum für Asylsuchende. Nach wie vor werden dort zwar kleinere Straftaten verübt, doch ist es mit einem raschen Eingreifen gelungen, Anwohner und Gemeinden zu beruhigen. Abgesehen von den erwähnten Wirtschaftskriminalitätsdelikten kann keine einheitliche Tendenz bei den Strafverfahren erkannt werden. Allerdings beunruhigen die zahlreichen Einbruchdiebstähle, die trotz vermehrten präventiven Bemühungen im Berichtsjahr nicht zurückgegangen sind. Im Jugendstrafverfahren ist die Zahl der Neueingänge mit rund 200 Verfahren praktisch gleich geblieben. Der Aufwand im einzelnen Verfahren ist hingegen angestiegen. Das gilt vor allem für Fälle, in denen die Straftäter eine Schutzmassnahme benötigen.

Zurzeit werden vier Täter stationär und rund 20 ambulant betreut. Zudem ist es gelungen, die ambulanten Schutzmassnahmen - dank eigener Sozialarbeiterin in der Jugendanwaltschaft - rascher durchzuführen. So konnte auch der Anstieg der Vollzugskosten gebremst werden. Prüfwert ist die Ausdehnung dieses Betreuungsangebotes auf junge Erwachsene. Denn es liegt im Interesse der Strafverfolgungsbehörden, Straftäter nicht nur zu überführen, sondern auch soweit zu betreuen, dass sie sozial gefestigt und nicht mehr rückfällig werden.

3. STRAF- UND MASSNAHMENVOLLZUG

Die Anzahl von Ersatzfreiheitsstrafen für nicht bezahlte Bussen und Geldstrafen hielt sich mit 372 Fällen auf sehr hohem Niveau. In 35 Fällen musste die Ersatzfreiheitsstrafe vollzogen werden, was zu Kosten von Fr. 62'510 führte. In den restlichen 337 Fällen ging die Busse oder Geldstrafe ein. Das Justizsekretariat hat im Berichtsjahr Fr. 133'951 eingetrieben (Geldstrafen Fr. 42'060, Bussen Fr. 91'891); dies nach Androhung von Ersatzfreiheitsstrafen und von Personen, bei welchen das Betreibungsverfahren nicht erfolgreich war. Hierfür wurden zahlreiche Ratenzahlungsvereinbarungen ausgestellt. Auch wurden 217 Aufgebote zum Strafantritt erlassen, welche in 92 Fällen polizeilich zugestellt werden mussten und zu 86 Haftbefehlen sowie 22 polizeilichen Ausschreibungen führten. Für die Jugendanwaltschaft erledigte das Justizsekretariat den Vollzug von Freiheitsentzügen nach Art. 25 sowie der persönlichen Arbeitsleistungen nach Art. 23 des Jugendstrafgesetzes. Es vollzog 59 Arbeitsleistungen (Vorjahr: 110) und zwei Freiheitsentzüge (Vorjahr: fünf).

Beim Strafregister des Bundesamtes für Justiz wurden im vergangenen Jahr für die kantonalen Behörden 1'228 Strafregistrauszüge eingeholt (Vorjahr: 1'233) und für die Gerichtsinstanzen insgesamt 367 Urteile erfasst (Vorjahr: 405). Die Zahlen haben sich damit auf hohem Niveau stabilisiert.

4. GEFÄNGNISSE

Die Auslastung der Strafanstalt Gmünden im offenen Strafvollzug war mit 95,7 % ein absolutes Rekordjahr. Die Kapazität wurde definitiv von 53 auf 58 Haftplätze erhöht. Mit 20'254 Verpflegungstagen lag die Auslastung um nochmals 3 % höher als im vergangenen Jahr. Im kantonalen Gefängnis wurden ausser Untersuchungshaf-ten und Ausschaffungshaf-ten auch Freiheitsstrafen vollzogen. Die geschlossene Spezialvollzugsabteilung, die als Übergangsstation mit erhöhtem Sicherheitsstandard bestimmt ist, reichte nicht aus. So mussten Strafen auch im kantonalen Gefängnis vollzogen werden, dessen Auslastung eh schon überdurchschnittlich hoch war. Versetzungen von renitenten und schwierigen Insassen waren daher nur selten möglich, da alle Anstalten voll ausgelastet waren.

Die Schäden an Gebäuden und Infrastruktur durch renitente und schwierige Insassen haben einerseits zugenommen; andererseits besteht wegen des Alters der Anlagen hoher Reparaturbedarf. Die nach wie vor hohe Fluktuation ist sehr aufwändig für die Administration und den Sozialdienst. Auch im Vollzugsalltag machte sich der rege Wechsel bemerkbar, da jeder neue Insasse im Wohnbereich und in den Werkstätten eingeführt und angelernt werden muss. Die Auftragslage in den Werkstätten war sehr gut. Die hohen Qualitätsansprüche unserer Kunden brachten die Mitarbeitenden an ihre Belastungsgrenzen.

5. GESCHÄFTSSTELLE BEWÄHRUNGSHILFE

Die Fälle mit Bewährungshilfe wurden gegen Verrechnung durch die Bewährungshilfe des Kantons St. Gallen geführt. Der dafür vorgegebene Budgetrahmen konnte eingehalten werden; die Fallzahlen bewegten sich im Ausmass der Vorjahre. Die Zusammenarbeit ist nach wie vor ausgezeichnet.

6. VERWALTUNGSPOLIZEI

6.1 Gastgewerbe

Im Berichtsjahr wechselten 54 Gastgewerbebetriebe den/ die Bewilligungsinhaber-/in; sechs Gastgewerbebetriebe wurden neu eröffnet. Drei Personen musste das Gesuch um Erteilung einer Betriebsbewilligung wegen Nichterfüllen der persönlichen Voraussetzungen verweigert werden. Gegen drei Personen musste ein administratives Verfahren eingeleitet werden, in sieben Verfahren wurden wegen Auflagen befristete Bewilligungen erteilt.

Die per Ende Jahr registrierten 411 Gastgewerbebetriebe verteilen sich wie folgt auf die Gemeinden: Urnäsch 25, Herisau 115, Schwellbrunn 17, Hundwil 14, Stein 12, Schönengrund 7, Waldstatt 11, Teufen 31, Bühler 15, Gais 25, Speicher 20, Trogen 14, Rehetobel 18, Wald 7, Grub 7, Heiden 33, Wolfhalden 15, Lutzenberg 3, Walzenhausen 14, Reute 8.

6.2 Preisbekanntgabeverordnung (PBV)

Die Kontrollen über die Preisanschrift wurden in Koordination mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft durchgeführt. So wurden in der deutschsprachigen Schweiz die Coiffeur-Geschäfte und die Kosmetik- und Körperpflegeinstitute kontrolliert. Die Verwaltungspolizei informierte 112 kantonale Betriebe über die PBV-Vorschriften und die Kontrollkampagne. 25 Betriebe wurden kontrolliert; in zwei Fällen mussten kleine Beanstandungen angebracht werden.

6.3 Fischerei

Im Herbst wurden die Glatt, die Urnäsch, der Rotbach und der Klusbach fischökologisch untersucht. Dies im Rahmen der alle fünf Jahre stattfindenden Untersuchung der appenzellischen Fliessgewässer. Ein Vergleich mit den Untersuchungen von 2008 zeigte ein ähnliches Bild wie vor fünf Jahren: Der fischökologische Zustand (Fischfauna) der untersuchten Fliessgewässer ist sehr unterschiedlich. Die zur Auswertung gefangenen Fischarten waren Bachforellen, Gropen, Schmerlen, Elritzen, Barben und Alet.



Von den 11 Teststrecken befinden sich fünf in einem fischökologisch guten Zustand; bei weiteren fünf ist er mässig - und eine Teststrecke war unbefriedigend. In vielen Gewässern müssen die Bachforellenpopulationen durch Besatz aufrechterhalten oder gestützt werden. Als langfristig wirkende Massnahme wird für einzelne Gewässerabschnitte ein verbindlicher Gewässerentwicklungsplan vorgeschlagen. Auch wird der Wiederherstellung der Fischgängigkeit der Gewässer für Bachforellen Priorität zugemessen. So ist es nötig, die Restwasserdotierung der Urnäsch im Abschnitt zwischen Wasserfassung und Kubel zu erhöhen. Die Fangerträge an Bachforellen sind auch im Berichtsjahr rückläufig, insbesondere in der Urnäsch.

6.4 Messwesen

Im Handel und Geschäftsverkehr sind die Verkaufsformen Offenverkauf (Messvorgang kann beobachtet werden, z.B. beim Metzger), Fertigpackungen (Waren werden vorverpackt verkauft) und Selbstbedienung (Waren werden selber abgepackt und gewogen) erlaubt.

Auf 1. Januar 2013 trat die neue Mengenangabeverordnung (SR 941.204) sowie die neue Verordnung über die Mengenangabe im Offenverkauf und auf Fertigpackungen (SR 941.204.1) in Kraft. Der Verkauf im Offenverkauf und bei Fertigpackungen erfolgt somit - mit wenigen Ausnahmen - nach dem Nettoprinzip. Bei Fertigpackungen bezog sich die Mengenangabe bereits bei der alten Verordnung auf den Inhalt. Eine Ausnahme von der Nettoregelung gilt für die Selbstbedienung: Dort darf der rund zwei Gramm schwere Schutzsack zur Warenmenge geschlagen werden. Die neuen Verordnungen bedeuten vor allem für das Kleingewerbe Anpassungen, muss doch im Ablauf neu die Verpackung tariert werden.

7. MIGRATIONSAMT

Der Bestand der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung in Appenzell Ausserrhoden belief sich Ende Dezember auf 7'803 Personen (Vorjahr: 7'634). Davon waren 3'697 Personen (47,4%) im Bezirk Hinterland, 2'024 Personen (25,9%) im Bezirk Mittelland und 2'082 Perso-

nen (26,7%) im Bezirk Vorderland wohnhaft. 2'069 Ausländerinnen und Ausländer (26,5%) besaßen eine Aufenthaltsbewilligung und 5'734 Personen (73,5%) eine Niederlassungsbewilligung. Die ständige ausländische Wohnbevölkerung aus den EU- und EFTA-Staaten umfasste 5'570 Personen. Dies entspricht 71,4% des Gesamtbestandes der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung. Den grössten Anteil der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung machten die deutschen Staatsangehörigen mit 31,9% aus, gefolgt von den italienischen Staatsangehörigen (11,6%) und den serbischen Staatsangehörigen (7,6%). Von den 7'803 Ausländerinnen und Ausländern stammten 7'279 Personen (93,3%) aus Europa und 524 Personen (6,7%) aus nicht europäischen Staaten. Die ständige ausländische Wohnbevölkerung setzte sich aus Personen von 99 Staaten zusammen.

Die Zusammensetzung der ausländischen Wohnbevölkerung veränderte sich im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentlich. Beim Bestand der Angehörigen aus den EU-Staaten ist hingegen - wie in den vergangenen Jahren - wiederum ein Anstieg zu verzeichnen (+ 3%), während dem derjenige der Drittstaatsangehörigen unverändert blieb. Die deutschen Staatsangehörigen machten - wie bereits in den vergangenen Jahren - den Hauptanteil der zugewanderten Personen aus. Der im Vergleich zum Vorjahr höhere Anstieg des Bestandes der EU-Angehörigen ist auf den am 1. Juli erfolgten EU-Betritt von Kroatien zurückzuführen. Gesamthaft hat der Ausländerbestand um 169 Personen (+ 2,1%) zugenommen. Mit 14,6% liegt der Ausländeranteil (Überfremdung) in Appenzell Ausserrhoden weiterhin deutlich unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt von knapp 24%.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 38 Personen in ihre Heimatländer oder in Drittstaaten ausgeschafft (Vorjahr: 41). Bei drei Personen erfolgte eine polizeilich begleitete Ausschaffung, davon eine mittels Sonderflug. Insgesamt wurden 35 Ausschaffungshafteten (Vorjahr: 38), fünf kurzfristige Festhaltungen (Vorjahr: keine) sowie drei Eingrenzungen (Vorjahr: eine) angeordnet. Die ausländerrechtlichen Zwangsmassnahmen betrafen hauptsächlich Personen aus dem Asylbereich, die im Rahmen des Dublin-Abkommens in Drittstaaten zurückgeführt werden konnten oder wegen Verletzung ihrer Ausreise- und Mitwirkungspflicht in die Heimatländer ausgeschafft

wurden. Der Wegweisungsvollzug von Personen, die in ihre Heimatstaaten zurückgeführt werden mussten, gestaltete sich sehr aufwändig, da sich die Betroffenen meistens unkooperativ verhielten und jegliche Mitwirkung verweigerten.

8. STRASSENVERKEHRSAMT

8.1 Strassenfahrzeugbestand

Per Ende September waren im Kanton insgesamt 45'209 Strassenfahrzeuge immatrikuliert. Das sind 2.01% mehr als im Vorjahr. Den grössten Anteil am Gesamtbestand weisen die 30'491 Personenwagen auf (Statistik S. 102).

8.2 Fahrlehrerweiterbildung

Die Fahrlehrerverordnung und die Richtlinien über die obligatorische Weiterbildung regeln die Weiterbildung von Fahrlehrern und Moderatoren. Unter anderem müssen Fahrlehrer der Führerkategorie B innerhalb von fünf Jahren mindestens fünf Weiterbildungstage absolvieren. In Appenzell Ausserrhoden sind 22 Fahrlehrer/-innen registriert, die alle die erforderliche Weiterbildung absolviert und für weitere fünf Jahre die berufliche Berechtigung erhalten haben.

9. KANTONSPOLIZEI

9.1 Kommando

Das Berichtsjahr war einerseits geprägt von der erweiterten Betriebsaufnahme des neuen Kommandos im Zeughaus Herisau und andererseits von diversen Stabsübergaben im personellen Bereich. Die detaillierte Planung des Betriebsumzugs samt Erarbeitung eines Betriebskonzepts hat sich gelohnt und zahlt sich in klaren Abläufen des Alltags aus. Verbesserungsbedarf besteht im Empfangs- und Schalterbereich, wo die Kundenströme besser zu koordinieren sind.

Mit der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) und der AR Informatik AG galt es, die Schnittstellen entsprechend den Gegebenheiten und Bedürfnissen neu zu definieren. Dabei war augenfällig, dass sich die Professionalisierung der KESB auf die Polizeiarbeit auswirkte: Es erfolgen tendenziell mehr Anzeigen - und damit auch eine Steigerung bei den aufwändigen Videoeinnahmen von Minderjährigen.

Gefordert war die Kantonspolizei auch durch die Aufgaben im Zusammenhang mit den 500-Jahr Feierlichkeiten, durch Anlässe wie den Bergsprint in Walzenhausen oder das Schwälgalpschwinget - und nach wie vor auch durch die Strafprozessordnung, die den Aufwand der Polizei markant erhöht.

9.2 Support und Personelles

Ende September wurden je drei Polizistinnen und Polizisten vereidigt. Per 1. Oktober konnten drei Aspiranten in die Polizeischule geschickt werden. Damit konnten Pensionierungen und Abgänge ersetzt und die vom Regierungsrat im Jahr 2009 bewilligte Korpserhöhung abgeschlossen werden. Um den Polizistinnen und Polizisten bei belastenden Einsätzen eine erste interne Anlaufstelle zur Verfügung zu stellen, wurden im Korps Peers (Fachleute/Kollegen) gewählt, welche 2014 die Ausbildung absolvieren und ab Mitte Jahr einsatzbereit sind.

9.3 Kriminalpolizei

Die Anzahl der Einbruchdiebstähle verharrte im Berichtsjahr auf hohem Vorjahresniveau. Im Betäubungsmittelbereich mussten in zwei Fällen grössere Ermittlungen durchgeführt werden. In einem Fall wurden 38 Kilogramm Cannabisprodukte gehandelt.

Die technologischen Entwicklungen sind insbesondere bei den Wirtschafts- und Internetdelikten spürbar. Es wurde eine Zunahme von Phishing- und Betrugsdelikten, Trojanern, Sexting sowie weiterer Formen von Internetkriminalität festgestellt. Im Bereich der Wirtschaftskriminalität sowie der IT-Forensik sind daher immer mehr Aufwendun-



gen und Ausbildungen nötig. Die Kriminalstatistik ist unter www.ar.ch/kapo abrufbar.

9.4 Nachrichtendienst

Der dem Kommandanten unterstellte Nachrichtendienst erledigte 107 Personenüberprüfungen für den Bund (Vorjahr: 142). Im Bereich «Extremismus» hat sich die Lage im Kanton kaum verändert. Gemäss der polizeilichen Einschätzung leben in Appenzell Ausserrhoden nach wie vor zwei bis fünf Personen, die Sympathisanten der rechten Szene sind, und sechs Personen, die bei ausserkantonalen Anlässen in der linken Szene festgestellt wurden. Je nach Informationsstand werden solche Personen kontaktiert und befragt sowie über die Risiken ihres Verhaltens informiert.

9.5 Regional- und Verkehrspolizei

Im Berichtsjahr wurden 383 Verkehrsunfälle registriert (Vorjahr: 465). Im Strassenverkehr erlitt eine Person tödliche Verletzungen (Vorjahr: drei). Die Zahl der verletzten Personen war mit 84 ebenfalls deutlich rückläufig (Vorjahr: 119). Insgesamt wurden 662 Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt (Vorjahr: 601). Bei den Geschwindigkeitsmessungen überschritten insgesamt 40'063 Lenkerinnen und Lenker (Vorjahr: 39'016) die zulässige Höchstgeschwindigkeit. Daraus erfolgen 591 Verzeigungen an die Staatsanwaltschaft (Vorjahr: 808). Die Regional- und Verkehrspolizei musste im Berichtsjahr 414 Personen den Betreibungsämtern zuführen (Vorjahr: 415). In 678 Fällen wurden Betreibungsanzeigen und Zahlungsbefehle zugestellt.

Die Verkehrsunfallstatistik ist unter www.ar.ch/kapo abrufbar.

9.6 Kommandodienste

Am 15. Januar wurde die neue Kantonale Notrufzentrale (KNZ) in Herisau in Betrieb genommen. Das Einsatzleitsystem bildet das Herz der KNZ und erleichtert die Bearbeitung von Notrufen.

9.7 Sicherheitspolizei

Mit 17 Grenadier- und Ordnungsdiensteinsätzen (Vorjahr: 15) ergab sich nur eine leichte Veränderung. Zugunommen haben einmal mehr die Gesuche für Waffenerwerbsscheine: Es wurden 183 Gesuche behandelt (Vorjahr: 159). Für Mitarbeitende von privaten Sicherheitsfirmen wurden 114 Bewilligungen erteilt (Vorjahr: 138).

9.8. Jagdverwaltung

Die Reh- und Rotwildbestände sind auf hohem Niveau stabil. Während der Gamsbestand im Jagdbezirk Hinterland tief ist, entwickelt er sich in den Jagdbezirken Mittel- und Vorderland erfreulich. Die Abschussvorgaben wurden im Berichtsjahr sehr gut erfüllt. Die Wildkrankheitsfälle von Räude sind vor allem im Mittel- und Hinterland zahlreich, aber nicht beängstigend. Eine Frau und zehn Männer, die bereits im Besitz eines ausserkantonalen Fähigkeitsausweises für die Jagdausübung waren, haben die Teilprüfung Jagdgesetzgebung erfolgreich absolviert und sind nun in Appenzell Ausserrhoden jagdberechtigt (Statistik S. 102).

10. AMT FÜR MILITÄR UND BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

10.1 Zivilschutz

Das Jahr war geprägt von den 500-Jahr Feierlichkeiten, welche den Zivilschutz mit rund 1'200 Einsatztagen für Aufbau- und Abbauarbeiten, Verkehrsregelungen, Shut-tledienste, Logistikarbeiten und Hilfeleistungen in Appenzell Ausserrhoden wie Innerrhoden beschäftigten. Ungeachtet dieses Aufwands wurden weitere Anlässe zu Gunsten der Gemeinschaft bewältigt. Im Juni mussten sowohl im Mittel- wie auch im Vorderland Unwetterschäden behoben und Instandstellungsarbeiten ausgeführt werden. Dank neu angeschafften Materials, Fahrzeugen und der praxisbezogenen Ausbildung konnte mit vorwiegend motivierten Zivilschützern gearbeitet werden.

Das Care Team leistete 13 Einsätze in Appenzell Ausserrhoden und fünf in Appenzell Innerrhoden. Schwerpunkt

in diesem Jahr war die Teilnahme des Teams an den zwei Kriseninterventionstagen zum Thema Suizid. Die Rekrutierung von Neumitgliedern ist nach wie vor dringend.

10.2 Bevölkerungsschutz

Das von Freitag, 31. Mai bis Sonntag, 2. Juni, dauernde Unwetter richtete beträchtliche Schäden an. Die Koordinationsstelle für Bevölkerungsschutz aktivierte den neuen Führungsraum des Kantonalen Führungsstabes im Zeughaus. Hier wurde den Gemeindeführungsstäben während rund zwei Wochen eine Anlaufstelle geboten, wurden Bedürfnisse abgeklärt und Unterstützungsmassnahmen koordiniert.

Die Mitglieder des Kantonalen Führungsstabes trafen sich zu zwei ordentlichen Rapporten. Im Rahmen des Einsatzes im Juni-Unwetter führte der Kernstab drei Rapporte durch und koordinierte die Aufräum- und Instandstellungsarbeiten. Der neue Führungsstandort mit seinen elektronischen Möglichkeiten erwies sich dafür als hilfreich und nutzbringend.

Ein halbes Dutzend Gemeindeführungsstäbe haben sich an Stabs- und kombinierten Übungen beteiligt. Die regelmässigen individuellen Jahresgespräche tragen Früchte: Im Juni-Unwetter haben die Stäbe ihre Verantwortung wahrgenommen und die Lage in ihren Gemeinden aktiv erhoben, analysiert und notwendige Massnahmen getroffen. Dies begünstigte die Koordination durch den Kantonalen Führungsstab erheblich.

Die Kurs- und Übungsangebote der Koordinationsstelle für Bevölkerungsschutz wurden gut genutzt. Systematisch wurden die Neumitglieder der Stäbe im Rahmen eines zweitägigen Einführungskurses mit ihrer verantwortungsvollen Aufgabe vertraut gemacht. Immer wieder nehmen auch Kader der Partnerorganisationen teil, so beispielsweise Offiziere aus den Feuerwehren sowie Profis des Rettungsdienstes SVAR. Etabliert haben sich die jährlich neun gemeinsamen Stabsübungen mit Stabsassistenten aus Lehrgängen des Zivilschutz-Ausbildungsverbundes SG-AR-AI. Die Unterstützung der Ausbildung der Berufsunteroffiziers-Anwärter der BUSA war

wiederum fester Bestandteil im Rahmen der Themen «Sicherheitspolitik» und «Bevölkerungsschutz».

10.3 Militär

Das Kreiskommando hat zum ersten Mal die Orientierungstage beider Appenzell im renovierten Zeughaus durchgeführt. Die moderne Infrastruktur sowie die funktionell eingerichteten Schulungsräume trugen wesentlich zum guten Gelingen der Infotage bei. Dank positiver Einstellung der Stellungspflichtigen zur Armee und zum Zivilschutz wurden an der Rekrutierung in Mels 76 % als militärdiensttauglich und 13 % als schutzdiensttauglich befunden. Zudem haben 31 % der Rekrutierten das Sportabzeichen erreicht (Statistik S. 103 f).

Der Kontakt zur Truppe sowie zu Arbeitgebenden und Schulen nimmt einen immer grösser werdenden Stellenwert ein. Dank vieler wertvoller Gespräche konnten die Dienstverschiebungsgesuche der Wehrpflichtigen im Berichtsjahr reibungslos abgewickelt werden.

Die Entlassungsfeier für die Angehörigen der Armee fand in Speicher statt. Ob die heutige Form der Feier noch weitergeführt werden soll, ist zu hinterfragen.

10.4 Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz

Der Sicherheitsbeauftragte hat die von der SUVA durchgeführte Ausbildung absolviert und die Prüfung bestanden. Im Rahmen der Prüfungsaufgaben wurden Gefahrenportfolios und Sicherheitsprogramme für die Kapo und die Strafanstalt Gmünden erstellt.



Departement Inneres und Kultur

Direktor: Regierungsrat Jürg Wernli

Am 1. Januar 2013 trat das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht in Kraft. Auf diesen Zeitpunkt hin nahm die neue – dem Departement als Verwaltungsbehörde angegliederte – Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) mit den sie unterstützenden Fachdiensten ihre Tätigkeit auf. Der Arbeitsanfall und die Belastung der neu rekrutierten Mitarbeitenden waren von Beginn weg weit höher als erwartet. Diese Erfahrungen machten, soweit bekannt, alle neu gebildeten KESB in den Kantonen. Über die Gründe für dieses Phänomen lässt sich nur mutmassen. So werden etwa Anonymität, Professionalität und Nachholbedarf genannt. Hinzu kamen Herausforderungen im Bereich der Teambildung und der Informatik. Auch musste im Rahmen einer internen Rochade eine neue Führung der Behörde eingesetzt werden. Nach dem ersten Betriebsjahr darf aber festgestellt werden:

1.) Das vom Gesetzgeber gewählte Organisationsmodell einer kantonalen KESB mit Fachdiensten und drei kommunalen, regionalen Berufsbeistandschaften bewährt sich. 2.) Die Aufbauphase erwies sich als sehr herausfordernd und ist noch nicht abgeschlossen. 3.) Die Mitarbeitenden sind bereits zu einem gut funktionierenden Team zusammengewachsen und leisten professionelle und sehr engagierte Arbeit. Sollte die extrem hohe Fall- und Arbeitsbelastung aber anhalten, muss eine personelle Aufstockung ernsthaft in Betracht gezogen werden.

Die bisher dem Amt für Gesellschaft (AfG) personell angegliederte Beratungsstelle für Flüchtlinge geht per 1. Januar 2014 im Auftrag aller Gemeinden im «Sitzgemeindemodell» auf die Gemeinde Herisau über. Damit wird die angestrebte klare Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden in einem weiteren Anwendungsfall umgesetzt. Im Übrigen hat das AfG die Aufbauphase erfolgreich abgeschlossen. Es startete im Berichtsjahr mit der Umsetzung der Förderstrategie 2013 – 2016 und erarbeitete das kantonale Integrationsprogramm 2014 – 2017.

Das Amt für Kultur hatte sich im Berichtsjahr zusätzlich in einem aussergewöhnlich hohen zeitlichen Ausmass für die Jubiläumsaktivitäten AR·AI 500 engagiert. Amtsleiterin Margrit Bürer war für die «Ledi – die Wanderbühne» verantwortlich; Kantonsbibliothekarin Heidi Eisenhut war mitverantwortlich für das Projekt «Zeitzeugnisse».

1. DEPARTEMENTSSEKRETARIAT

1.1 Allgemeines

Über die Situation bei der Behandlung von Beschwerden und Rekursen orientiert die Übersicht im statistischen Anhang (S. 107).

1.2 Gesetzgebung

Die Totalrevision des Gesetzes über die politischen Rechte wurde zusammen mit einem externen Fachexperten sowie gestützt auf eine Sammlung und Analyse verschiedener Revisionsanliegen wieder aufgenommen. Die Arbeiten und nötigen Abklärungen machen aber deutlich, dass eine Umsetzung der Vorlage auf die Gesamterneuerungswahlen 2015 nicht möglich sein wird.

Um dennoch eine vom Kantonsrat erheblich erklärte Motion, die eine Änderung bei der Verteilung der Kantonsratssitze verlangt, bereits auf diesen Zeitpunkt hin umzusetzen, wurde eine Teilrevision in die Wege geleitet. Dabei wurde auch das Anliegen einer weiteren Motion aufgenommen, bei der es um eine Vorverlegung der Rücktrittsfristen aus kantonalen und kommunalen Behörden geht. Zu einem Revisionsentwurf wurde im Herbst das Vernehmlassungsverfahren eröffnet. Auch wurden Vorbereitungsarbeiten für weitere Gesetze geleistet (Einführungsgesetz für die Ausgleichskasse und IV-Stelle, Umsetzung neues Immobiliarsachenrecht).

Der Regierungsrat wurde beauftragt, die Gemeindestrukturen von Appenzell Ausserrhoden zu analysieren und dem Kantonsrat zu berichten (Postulat Roger Sträuli und Mitunterzeichnende). Der Kantonsrat hat am 18. März vom Bericht und Antrag des Regierungsrates Kenntnis

genommen und das Postulat abgeschrieben. Der Regierungsrat stellte aber in Aussicht, eine Kommission einzusetzen, welche die von ihm favorisierten Massnahmen weiter vertiefen und Vorschläge für das weitere Vorgehen erarbeiten soll. Eine entsprechende Kommission wurde eingesetzt und hat ihre Arbeit aufgenommen.

1.3 Grundbuch- und Beurkundungsinspektorat

Im Berichtsjahr wurden in neun Gemeinden die Grundbuchämter kontrolliert und Inspektionen zur Beurkundungstätigkeit durchgeführt. Beim Inspektionsrhythmus wurden geringfügige Änderungen vorgenommen: Grundbuchämter, die für mehrere Gemeinden zuständig sind, werden neu auch nur noch alle zwei Jahre besucht. Der kantonale Grundbuch- und Beurkundungsinspektor wurde in zahlreichen Fällen vom Amtsstellen und Privatpersonen um Auskunft ersucht. Die Vielfalt der Auskünfte reichte von einfachen Anfragen bis hin zur Abwicklung komplexer Sach- und Rechtslagen, die auch Sitzungen mit Grundbuchverwaltern und/oder Privatpersonen erforderten.

1.4 Stiftungsaufsicht

Die Stiftungsaufsicht für die klassischen Stiftungen wechselte per 1. August von Rudolf Ramsauer zu Hans Saxer, Leiter Amt für Militär und Bevölkerungsschutz und neuer Leiter Stabsstelle Controlling. Er löste Rudolf Ramsauer ab, der diese Aufgabe interimistisch wahrgenommen hatte. Im Berichtsjahr hatte die Stiftungsaufsicht die Jahresrechnungen und Protokolle von 69 Stiftungen zu beurteilen (Vorjahr: 69). Zur Einreichung der Jahresrechnung 2012 wurde den Stiftungen sechs Monate Zeit ab Ende des Rechnungsjahres eingeräumt. Im Rahmen der Aufsichtsmassnahmen wurden auch Beratungen sowie Vorprüfungen bei Neugründungen, Löschungen und Statutenänderungen getätigt. Das Vermögen der gemeinnützigen Stiftungen wuchs im Jahr 2012 auf Fr. 295,3 Mio. (Vorjahr: Fr. 277,8 Mio.). Der Gebührenertrag für die Aufsichtstätigkeit betrug im Jahr 2013 Fr. 23'050 (Vorjahr: Fr. 17'975).

2. AMT FÜR GESELLSCHAFT

Asylwesen

Im Berichtsjahr hat der Bund dem Kanton 181 Asylsuchende zur Unterbringung und Betreuung zugewiesen (- 20 % gegenüber dem Vorjahr). Die abgeschlossenen Asylverfahren haben erneut zugenommen (200 Personen; + 20 %); ebenfalls die Zahl der Asylsuchenden, welche den Kanton bzw. die Schweiz verlassen haben (146 Personen; + 18 %). Ende 2013 lebten in Appenzell Ausserrhoden 219 Asylsuchende und 70 vorläufig Aufgenommene aus 24 Herkunftsländern. 19 abgewiesene Asylsuchende bezogen Nothilfe. Die Belegung im Asylzentrum Landegg in Eggersriet lag im Durchschnitt unter der mit dem Kanton St. Gallen vertraglich vereinbarten Höchstgrenze. Die Zusammenarbeit mit dem Kanton St. Gallen als Zentrums-Betreiber sowie mit den umliegenden Gemeinden ist eng und konstruktiv; die «Runden Tische» mit Vertretungen der Behörden und der Nachbarschaft des Zentrums bewähren sich (Statistiken S. 108 ff).

Die dem AfG personell angegliederte Beratungsstelle für Flüchtlinge betreut derzeit 288 Personen. Die Beratungsstelle wird ab dem 1. Januar 2014 neu im «Sitzgemeinde-modell» durch die Gemeinde Herisau im Auftrag aller Ausserrhoder Gemeinden geführt. Die Übergangsarbeiten erfolgten fristgerecht und problemlos.

Bürgerrecht

Die Zahl der Einbürgerungsgesuche ist erstmals seit 2008 zurückgegangen. Im Berichtsjahr erhielten 79 Personen das Landrecht von Appenzell Ausserrhoden - und damit gleichzeitig das Schweizer Bürgerrecht. Rund die Hälfte der eingebürgerten Personen stammt aus den Balkanstaaten sowie der Türkei, rund ein Viertel aus Deutschland. Die Zahl der Abklärungsaufträge des Bundesamtes für Migration zu Gesuchen um erleichterte Einbürgerung ist im Vergleich zum Vorjahr von 39 auf 57 gestiegen.

Zivilstand

Zusammen mit der am 1. Januar in Kraft getretenen Liberalisierung des Namensrechts bei Eheschliessung wurden auch die Voraussetzungen für Namensänderun-



gen gelockert. Neu sind nicht mehr wichtige Gründe erforderlich, sondern nur noch «achtenswerte Gründe». Dies hat im Berichtsjahr zu einer Verdoppelung der Zahl der Namensänderungsgesuche gegenüber dem Durchschnitt der Vorjahre geführt.

Förderung von Familien, der Chancengleichheit von Frau und Mann sowie der Integration von Migrantinnen und Migranten

Im Berichtsjahr startete die Umsetzung der Förderstrategie 2013-2016, welche in verschiedenen Handlungsfeldern Zielsetzungen für die Förderbereiche definiert. Nebst den eigenen Projekten (nachfolgend), unterstützte das AfG auch Projekte von Dritten in verschiedenster Form.

Das Handlungsfeld «Netzwerk schafft Mehrwert» nimmt Bezug auf die Rolle des AfG als Koordinatorin, Vernetzerin, Ermöglicherin und Türöffnerin. Im Berichtsjahr legte das AfG auf die Vernetzung mit kantonalen Stellen, den Gemeinden und Fachinstitutionen ein grosses Gewicht. Dazu wurden Vernetzungsmassnahmen lanciert. Insbesondere das Projekt «GEKO», der Austausch mit den Gemeinden vor Ort, sowie die im Jahr 2012 erstmals durchgeführten öffentlichen Vernetzungs-PLATTFORMen zeigen die erhoffte Wirkung. «IDEAL» steht für ein weiteres wichtiges Element der Vernetzungsarbeit, nämlich der regelmässige interdepartementale Austausch zu den gesellschaftlichen Querschnittsthemen. Im Herbst fand das erste Treffen statt. Intensiviert wurden auch die Vernetzung und der Austausch unter den Fachpersonen der Kinder- und Jugendarbeit. Der jährlich organisierte Jugendworkshop mit Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden und Fachinstitutionen ist eine von den Teilnehmenden geschätzte Vernetzungs- und Informationsplattform.

Im Handlungsfeld «Arbeits- und Lebenswelt in Balance bringen» startete ein Projekt zur Sensibilisierung junger Frauen und Männer auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familien- bzw. Privatleben. Studierende der FHS St.Gallen entwickelten im Auftrag des AfG anhand von Interviews mit Jugendlichen dazu Vorgehensvorschläge. Die Berichtübergabe fand im Rahmen eines öffentlichen Theatersport-Anlasses statt. Die Ergebnisse werden in weitere Projekte einfließen. Bereits zum dritten Mal verliehen das AfG zusammen mit dem Amt für Wirtschaft die

Auszeichnung «PlusPlusAR». Nebst der Siegerin, der Geoinfo AG in Herisau, wurden vier weitere Firmen ausgezeichnet. Gesamthaft beteiligten sich bisher 22 Firmen am Wettbewerb. Gemeinsam ist allen, dass sie bei den Anstellungs- und Arbeitsbedingungen auf die Familiensituation der Mitarbeitenden besonders Rücksicht nehmen. «PlusPlusAR» wurde zudem erweitert: Im November fand mit zehn Firmen der erste «Runde Tisch» für Führungsverantwortliche statt. Ebenfalls zu diesem Handlungsfeld gehört das Projekt «Vätergeschichten». Die über 150 im öffentlichen Raum gesammelten Geschichten zeigen, wie vielfältig Väterlichkeit und Vatersein in der Gesellschaft gelebt wird, und wie sich das Bild des Vaters im Laufe der Zeit verändert hat. Zur Eröffnung des Geschichtenarchivs lud das AfG am nationalen Vätertag zu einer Lesung in der Geburtsabteilung des Spitals Herisau ein.

Im Handlungsfeld «Starke Familien» wird auf die Kinder- und Jugendförderung, den Schutz, die Partizipation sowie die Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenzen fokussiert. Dank einer Leistungsvereinbarung mit dem Kita Netzwerk St.Gallen erhalten die Kitas in Appenzell Ausserrhoden fachliche Beratung und Weiterbildung. Von zentraler Bedeutung ist die Fortsetzung der vom AfG betriebenen «Koordinationsstelle Netzwerk Elternbildung». Dieses seit 2012 bestehende Angebot ist mittlerweile bei den Eltern gut bekannt. Im November wurde die von Kinderschutz Schweiz lancierte Wander-Ausstellung «Mein Körper gehört mir!» nach Teufen geholt. Die interaktive Ausstellung motivierte Lehrpersonen und Eltern dazu, frühzeitig und spielerisch mit der Prävention vor sexueller Ausbeutung der Kinder zu beginnen. Gleichzeitig wurden über 400 Kinder ermutigt, sich gegen Gewalt zu wehren.

Im Rahmen des Handlungsfeldes «Vielfalt leben und erleben» initiierte das AfG mit finanzieller Unterstützung des Bundes den Aufbau eines Netzwerks gegen Zwangsheirat. Das Projekt «ZARTwerk» hat zum Ziel, Fachpersonen im Umfeld der Beratungs-, Bildungs- und Vollzugsinstitutionen nachhaltig zu vernetzen. Das erste Treffen im Dezember zeigte, dass es sich bei den Zwangssituationen von Frauen und Männern im Zusammenhang mit Partnerschaft, Heirat oder Scheidung nicht um ein Massenphänomen handelt, jedoch immer wieder Einzelne davon

betroffen sind; gerade auch Jugendliche. Im Weiteren wurde mit der Beratungsstelle für Familien in St. Gallen eine ab 1. Januar 2014 gültige Leistungsvereinbarung betreffend die Ehe- und Familienberatung abgeschlossen. Im neuen Beratungsauftrag ist nun auch der interkulturelle Aspekt in Beziehungen aufgenommen, der für viele binationale Paare und Familien sowohl eine Bereicherung als auch eine Herausforderung darstellt.

Hinsichtlich der Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten stand im Berichtsjahr die Erarbeitung einer Programmvereinbarung mit dem Bund im Zentrum. Die Vereinbarung stützt sich auf das kantonale Integrationsprogramm 2014-2017, welches strategische und operative Zielsetzungen enthält.

3. KULTUR

3.1 Amt für Kultur

AR:AI 500: Das Jubiläum bot die Möglichkeit, die Geschichte und das breite kulturelle Schaffen beider Kantone zu würdigen. Die Amtsleiterin war für die «Ledi – die Wanderbühne» verantwortlich. Diese hat zwischen Ende Mai und Anfang Oktober an sechs Standorten Halt gemacht. Während 67 Tagen fanden 310 Veranstaltungen statt, 400 Kunstschaffende und über 80 Gruppen/Vereine mit insgesamt 2'300 Beteiligten wirkten mit, gegen 18'000 Zuschaurinnen und Zuschauer wurden gezählt.

Museumsstrategie: Die Museumskoordinatorin leitete die erstmalige Teilnahme aller Museen im Appenzellerland am Internationalen Museumstag am 12. Mai. Mitte Juni wurden das Erscheinungsbild der Museen im Appenzellerland sowie die neuen Kommunikationsmittel den Medien vorgestellt. Die Museumskoordinatorin liess den Faltprospekt gezielt streuen und schaltete die mehrsprachige Webseite (www.museen-im-appenzellerland.ch) mit den ständig aktualisierten Veranstaltungen und Ausstellungen auf. Nebst eines Weiterbildungsausfluges ins Sammlungszentrum des Schweizerischen Nationalmuseums in Zürich Affoltern organisierte die Museumskoordinatorin auch zwei Workshops: einen zum Wandel in der

Ausserrhoder Museumslandschaft (mit 13 Museumsleitenden) und einen zu möglichen Themen für Sonderausstellungen im Volkskunde-Museum Stein (mit externen und internen Fachleuten).

Öffentlichkeitsarbeit: Wie in den Vorjahren hat das Amt für Kultur wiederum drei Ausgaben von «Obacht Kultur» herausgegeben, in dem alle geförderten Projekte aufgeführt wurden. Die Nr. 15 widmete sich dem Film, die Nr. 16 der Melancholie und die Nr. 17 den Falten.

Veranstaltungen: Die Kulturlandsgemeinde 2013 fand am 4./5. Mai in Gais statt. Unter dem Titel «wohl oder übel» wurde während zweier Tage das Thema Gesundheit ausgelotet. Der jährliche Anlass der Kulturförderung Appenzell Ausserrhodens Ende November stellte die Arbeit der Museumskoordination ins Zentrum.

Überkantonale und überregionale Kooperationen: Der Musikrat hat sich zu einer Sitzungen getroffen. Die kantonalen Kulturbeauftragten der Ostschweiz und die Schweizerische Konferenz der Kulturbeauftragten haben je zweimal getagt. Seit 2013 hat die Amtsleiterin den Vorsitz der Kommission Kultur der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK), die sich zu zwei Sitzungen getroffen hat. Die jährlichen Förderpreise der IBK wurden 2013 im Bereich Poetry Slam ausgerichtet, die Künstlerbegegnung führte Popmusiker und -musikerinnen in Friedrichshafen zusammen.

3.2 Fachstelle Kulturförderung

Am 16. März wurde Rosmarie Nüesch-Gautschi im Zeughaus Teufen mit dem dritten kantonalen Kulturpreis ausgezeichnet und von Astrid Stauffer in ihrer Laudatio gewürdigt. Im Berichtsjahr sind 163 Gesuche behandelt worden, 122 davon wurden unterstützt (75 %, Vorjahr: 72 %). Insgesamt wurden dafür Fr. 588'499 Förderbeiträge gesprochen. Das entspricht einer durchschnittlichen Beitragssumme von Fr. 4'824 (Vorjahr: Fr. 5'414). Der Kulturrat hat sich zu vier Sitzungen getroffen. Er hat dabei u.a. 21 Gesuche behandelt und bei 16 Projekten eine Unterstützung empfohlen. Mit insgesamt Fr. 1'089'000 wurden 25 Institutionen mittels Leistungsvereinbarungen mit jährlichen Betriebsbeiträgen unter-



stützt. Für die kantonale Kunstsammlung wurden zwei Werke angekauft.

3.3 Kantonsbibliothek

2013 stand im Zeichen des Jubiläums AR·AI 500. Im März erschien das Buch «Zeitzeugnisse. Appenzeller Geschichten in Wort und Bild», das zusammen mit der Website www.zeitzeugnisse.ch in Kooperation mit den kantonalen Archiven und der Innerrhodischen Kantonsbibliothek entstanden war. Die Leiterin der Kantonsbibliothek (KBAR) hielt sechs Vorträge und Reden, darunter das Präludium zum Lateinnavember 2013 in St. Gallen, und war an drei Gesprächsrunden zur Appenzeller Geschichte beteiligt. Im September erschien «Deiner Gegenwart Gefühl», die Nr. 5 der Publikationsreihe «Kleine Schriften der KBAR».

Ausserhalb des Jubiläums war die KBAR mit folgenden Themen in der Öffentlichkeit: Dokumentation zu Sophie Taeuber-Arp, SRF Sternstunde Kunst sowie Tagesschaubeitrag; Veröffentlichung Tagungsband «Europa in der Schweiz» (Wallstein, Göttingen); Ausstellung über Carl Lutz in Walzenhausen, u.a. mit Tagesschaubeitrag; Präsentation CMO, Ausstellung «Kunstgeisterbahn» im Nextex, St. Gallen; Aufsatz in «Alpenhofalpenhof» der Zürcher Hochschule der Künste; Aufsatz im Librarium zum «Appenzeller Fahnenbuch» sowie Aufschaltung des Manuskripts unter e-codices.ch; Ausstellung «Tattoo» im Gewerbemuseum Winterthur mit Exponaten aus dem Nachlass Herbert Hoffmann; Ausstellung «Sabina – ein Mädchenleben» in der Galerie Tolle in Rehetobel mit Exponaten aus dem Vorlass Herbert Maeder; Veröffentlichung von Heft 140 der Appenzellischen Jahrbücher u.a. mit Aufsätzen zu Carl Lutz und Arthur Bill; Beteiligung an der Eröffnung des Rathauses Trogen (Beitrag an Broschüre, Ausstellungsobjekte). 20 kulturhistorische Führungen (Vorjahr: 36) mit 366 Personen (Vorjahr: 729) wurden durchgeführt, darunter auch solche in Zusammenarbeit mit Textiland Ostschweiz. Hinzu kommen vier buch- und bibliotheksspezifische Führungen (Vorjahr: eine).

Erschliessung: Im Bereich der Erschliessung des Familienarchivs Zellweger stand der Einbezug von Wikipedia und Wikimedia Commons im Vordergrund; zudem wurden

Abstracts zu 253 Briefen verfasst. Im zweiten Halbjahr wurden acht Transkriptionsaufträge vergeben, vier Langzeitaufträge laufen noch. Im Online-Katalog für publizierte Medien sind 81'899 (Vorjahr: 74'180) Einheiten verzeichnet. Darin enthalten sind die Sonderbestände CMO-Bibliothek mit 5'783 (Vorjahr: 2'890) erfassten Datensätzen und die Bibliothek Andreas Züst mit 2'773 Einheiten (Vorjahr: keine). In einem separaten Projekt wurden 807 Werke der Künstlerin Gertrud Schwyzer (1896-1970) erschlossen.

Bestandeszuwachs: Das für das kulturelle Erbe unseres Kantons bedeutungsvollste Ereignis war die Übernahme der Wohnung Zapasnik im Fünfeckpalast am 27. November. Die ehemalige Wohnung des Palastbauherrn Johann Caspar Zellweger-Gessner (1768-1855) wurde seit dem Tod von dessen Urenkel Victor Eugen Zellweger (1863-1941) als Ort des Familiengedächtnisses kaum mehr verändert. Die Verhandlungen führte das kantonale Hochbauamt. Das Inventar umfasst Ölgemälde, Fotos, Objekte (darunter viele Möbel und Geschirr), Briefe und zahlreiche Dokumente, die das Familienarchiv Zellweger auf wertvolle Weise ergänzen. Die Appenzeller Bibliographie zählt 446 neue Einheiten (Vorjahr: 493). 40 Personen und Institutionen haben der KBAR Dokumente geschenkt (Vorjahr: 31).

Dienstleistungen: Die KBAR erteilte durchschnittlich elf Auskünfte pro Arbeitstag (Vorjahr: sechs). Hinzu kommen monatlich durchschnittlich 15 externe Termine in den Bereichen Beratung, Auskunft, Vermittlung sowie Kooperationen. Auf den Servern werden 4.8 Terabyte Daten verwaltet. Die Präsenz auf retro.seals.ch und e-codices.ch im Rahmen von e-lib.ch bewährt sich. Die KBAR wurde 2013 von 907 Personen (ohne Führungen) besucht (Vorjahr: 712), 261 neue Benutzerausweise konnten ausgestellt werden (Vorjahr: 243). Im Lesesaal wurden 426 Medien benutzt (Vorjahr: 408). 511 Medien wurden ausgeliehen (Vorjahr: 726). Die Zahl der Downloads via dibios.ch betrug 6'636 (Vorjahr: 3'577).

3.4 Denkmalpflege

Energetische Sanierungen und Bauberatung: Den Schwerpunkt der denkmalpflegerischen Arbeiten bildete

die Unterstützung und Begleitung von Renovationen und Umbauten an Wohn- und Gewerbebauten. Neben den regelmässig anfallenden Unterhaltsarbeiten werden vermehrt auch wärmetechnische Verbesserungen vorgenommen. Zur Unterstützung der Hauseigentümer und -eigentümerinnen wurden Merkblätter mit Massnahmen veröffentlicht.

Beitragsgesuche und Stellungnahmen/Berichte: Die Anzahl der eingereichten Beitragsgesuche erreichte den durchschnittlichen Stand der Vorjahre. Die Summe der bewilligten Kantonsbeiträge belief sich auf Fr. 949'153. Insgesamt wurden 188 Stellungnahmen zu Baugesuchen, Gestaltungsplänen und Zonenplanrevisionen abgegeben. 32 Stellungnahmen zu Bewilligungsverfahren und Rekursen wurden schriftlich verfasst. Bei umfangreicheren Projekten wurden die denkmalpflegerischen Anliegen mit einer temporären Mitarbeit in den jeweiligen Arbeitsgruppen sichergestellt (Statistik S. 112).

Hausanalysen: Zwei Drittel der 29 durchgeführten Hausanalysen befassten sich mit Kulturobjekten oder Bauten in geschützten Ortsbildern.

Quartierentwicklung: Zusammen mit der Gemeinde und der Denkmalpflege hat die «Stiftung Dorfbild» das «Institut für Bauen im Alpenen Raum» der HTW Chur beauftragt, Lösungen für Quartiere mit grossem Unterhalts- und Erneuerungsbedarf im historischen Zentrum Herisau zu erarbeiten. Die vorgestellten Projekte wurden von den Beteiligten gut aufgenommen. Mit ersten Um- und Neubauarbeiten ist in den Jahren 2015/16 zu rechnen.

Architekt Johannes Waldburger: Seit dem 23. September ist das Werk des Architekten Johannes Waldburger (1903-1984) auf www.johanneswaldburger.ch einsehbar. Die Site beinhaltet ein umfassendes Werkverzeichnis sowie Planunterlagen und schafft Querbezüge zu Appenzeller-Projekten anderer Architekten. Finanziert wurde das Projekt durch die Johannes Waldburger-Stiftung.

4. FACHSTELLE FÜR SOZIALHILFE UND SOZIALARBEIT

Im Berichtsjahr wurden die Ergebnisse der Sozialhilfestatistik des Erhebungsjahres 2012 für die gesamte Schweiz veröffentlicht. Erstmals seit drei Jahren stieg die gesamtschweizerische Sozialhilfequote (der Anteil der Personen, die Sozialhilfeleistungen beziehen) von 3,0 % auf 3,1 %. So auch in Appenzell Ausserrhoden, wo die Sozialhilfequote von 1,8 % (2011) auf 1,9 % (2012) stieg. In allen Kantonen nahm die Anzahl Fälle zu. In Appenzell Ausserrhoden wurden im 2012 insgesamt 1'022 Personen unterstützt, was einer Zunahme von 57 Personen entsprach (+ 5,9 % gegenüber Vorjahr 2011). 328 Personen (32,1 %) der Sozialhilfebeziehenden waren unter 18 Jahre alt.

Die Beratung und fachliche Unterstützung von Sozialhilfebehörden und der in der Sozialhilfe Tätigen war auch im Berichtsjahr eine der Kernaufgaben. Insgesamt wurde die Fachstelle 472 Mal von Sozialämtern oder Behörden zu Fach- oder Rechtsfragen der Sozialhilfe konsultiert (Vorjahr: 406). Darüber hinaus wurde die Online-Plattform (Extranet) erheblich ausgebaut. Die Erarbeitung von Praxisempfehlungen auf der Basis der Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) wurde abgeschlossen. Den Sozialämtern steht damit ein webbasiertes, über die SKOS-Richtlinien hinaus gehendes Vollzugsinstrument kostenlos zur Verfügung.

Um die Vernetzung und den fachlichen und persönlichen Austausch unter den Akteuren im Sozialbereich zu fördern, wurden insgesamt fünf Weiterbildungs- und Informationsveranstaltungen durchgeführt. Themen waren das Sozialhilfe- und Verwaltungsrecht, der Umgang mit Konflikten im Berufsalltag, das Zeitmanagement und die Alltagskommunikation. Darüber hinaus wurde Einblick in die Strafanstalt und das Kantonale Gefängnis Gmünd sowie die Steuerverwaltung gewährt.

5. KINDES- UND ERWACHSENENSCHUTZ-BEHÖRDE

Am 1. Januar nahm die neue Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) ihre Tätigkeit auf. Im Laufe der



ersten Monate wurden verschiedene Schwierigkeiten deutlich, so insbesondere eine hohe Arbeitsbelastung sowie Fragen im Bereich Informatik und Personelles.

Der Arbeitsanfall und die Pendenzen bei der KESB und den Fachdiensten waren und bleiben sehr hoch. Einerseits wurden per 1. Januar die Fälle der Gemeinden übernommen. Andererseits ergaben sich aus den bestehenden Massnahmen heraus neue Fälle (Berichts- und Rechnungsprüfungen, Überführung der altrechtlichen in neurechtliche Massnahmen etc.); und im Berichtsjahr sind weitere hinzugekommen (Gefährdungsmeldungen in Kindesschutzfällen mit Verdacht auf Verwahrlosung, Misshandlung oder sexuellen Missbrauch, Unterhaltsregelungen, Adoptionen, Besuchsrechtsregelungen und Aufarbeiten von Fällen im Rahmen der Pflegekinderaufsicht etc.). Rückmeldungen aus anderen Kantonen zeigen, dass auch die dortigen KESB mit unerwartet hohen Fallzahlen und sehr starker Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden kämpfen.

Die Ausserrhoder KESB verwendet die Software CaseNet. Diese Transferlösung garantiert die Übernahme der Dossiers der früheren Vormundschaftsbehörden. Sie funktionierte im Berichtsjahr ohne Beanstandungen. Die neue Fachlösung, mit der die Geschäfte nun abgewickelt und verwaltet werden, befindet sich immer noch im Aufbau. Da die Software teils massive Mängel aufwies, musste viel Zeit für deren Anpassung aufgewendet werden. Mit ähnlichen Problemen waren auch andere KESB mit einem elektronischen Fallführungssystem konfrontiert.

Aufgrund der schwierigen und teilweise stockenden Aufbauphase wurden die Prozesse und die Organisation - gestützt auf die ersten Praxiserfahrungen - überprüft. Handlungsbedarf zeigte sich vor allem auf Stufe Behörde: Die Arbeitsüberlastung verzögerte vielfach die Bearbeitung der Fälle. Entschärft wurde die Lage durch die Verdichtung der Behörde (weniger Mitglieder, dafür höherprozentige Anstellung). Auch wurden Massnahmen getroffen, um die Führungssituation zu verbessern sowie Abläufe und Prozesse zu optimieren.

6. AUSGLEICHSKASSE UND IV-STELLE

Ein wichtiges Ereignis war der Standortwechsel im Dezember. Nach knapp 20 Jahren im «Gutenberg-Zentrum» zügelte die Ausgleichskasse und IV-Stelle an die Neue Steig 15 in Herisau. Die Verlegung des Betriebes erfolgte ohne grössere Probleme und vor allem ohne Unterbruch bei der Bedienung der Kundschaft. Die neuen Räumlichkeiten ermöglichen wieder eine effiziente Arbeitsweise und eine kundenfreundliche Bedienung.

Die Nachfrage nach prognostischen Rentenberechnungen der AHV ist nach wie vor gross und tendenziell zunehmend. Vermehrt wünschen Kunden und Kundinnen auch eine umfassende Beratung im gesamten Bereich der ersten Säule. Bei den Ergänzungsleistungen ist erneut ein leichter Anstieg der Neuanmeldungen und der Leistungen zu verzeichnen.

Appenzell Ausserrhoden gehört zu den ersten Kantonen, welche die Prämienverbilligung der Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen direkt an die Krankenversicherer auszahlen. Auch diese Umstellung verlief problemlos. Das neue Verfahren stellt sicher, dass die Prämienverbilligung nur für die Krankenversicherung verwendet wird.

In der IV-Stelle zeigt sich, dass die aus der IVG-Revision 6a resultierenden Aufgaben in der Umsetzung sehr anspruchsvoll sind. Bei der eingliederungsorientierten Rentenrevision wird das vorhandene Eingliederungspotential jeweils aufwändig ausgelotet und mit den versicherten Personen mögliche berufliche Eingliederungen besprochen.





Statistischer Anhang

Regierungsrat

Öffentliche Tätigkeiten (gem. Staatskalender 2013/14) und Bezüge 2013 (in Fr.)

Unternehmen / Institution	Vertretung	Mandat	Honorare	Sitzungsgeld	Spesen	zur privaten Verfügung	Einlage in Staatskasse
Appenzeller Bahnen AG	Köbi Frei	Verwaltungsrat	2 500	3 450	2 320	5 770	2 500
Appenzellerischer Hilfsverein für Psychischkranke	Mathias Weishaupt	Mitglied des Vorstandes	-	-	-	-	-
AR Informatik AG	Marianne Koller-Bohl	Verwaltungsrätin	-	4 875	2 800	7 675	-
AR Informatik AG	Rolf Degen	Verwaltungsrat	-	4 113	2 363	6 476	-
Assekuranz AR	Paul Signer (ab 1.6.13)	Präsident Verwaltungsrat	1 750	750	-	750	1 750
Ausserthodische Kulturstiftung	Jürg Wernli	Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Axpo Holding AG	Jakob Brunnenschweiler	Vizepräsident Verwaltungsrat	70 000	16 641	-	16 641	70 000
Dr. Oertli-Loppacher-Stiftung	Marianne Koller-Bohl	Präsidentin Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Fachhochschule Ostschweiz FHO	Rolf Degen	Fachhochschulrat	-	-	-	-	-
Genossenschaft Olma Messen St.Gallen	Marianne Koller-Bohl	Beirätin	-	250	-	250	-
Genossenschaft Swisslos Interkantonale Landeslotterie	Paul Signer (ab 1.6.13)	Mitglied Genossenschafterversammlung	2 500	600	-	600	2 500
Int. Bodenseekonferenz, Regierungschefkonferenz	Marianne Koller-Bohl	Vertreterin von Appenzell Ausserrhodan	-	-	-	-	-
Johannes und Hanna Baumann-Stiftung	Jürg Wernli	Stiftungsrat	-	500	-	500	-
Konferenz der Kantonsregierungen	Jürg Wernli	Mitglied der Plenarversammlung	-	-	-	-	-
Lungenliga Appenzell Ausserrhodan	Mathias Weishaupt	Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Metrolim Stiftung	Marianne Koller-Bohl	Stiftungsrätin	10 000	-	3 000	3 000	10 000
Miteigentümergeinschaft Gutenberg	Köbi Frei	Mitglied des Ausschusses	-	1 750	-	1 750	-
Ostschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht	Jürg Wernli	Mitglied der Verwaltungskommission	-	-	-	-	-
Ostschweizerisches Konkordat betreffend die Schürfung und Ausbeutung von Erdöl	Jakob Brunnenschweiler	Mitglied der Kommission	-	-	-	-	-
Pensionskasse AR	Köbi Frei	Präsident Verwaltungskommission	-	4 019	-	4 019	0
Pensionskasse AR	Jakob Brunnenschweiler	Mitglied Verwaltungskommission	-	3 089	-	3 089	0
Rehabilitationszentrum Lutzenberg	Mathias Weishaupt	Vizepräsident Aufsichtskommission	-	-	-	-	-
Rehabilitationszentrum Lutzenberg	Mathias Weishaupt	Vizepräsident Betriebskommission	-	-	-	-	-
Schweizer Rheinsalinen AG	Köbi Frei	Vizepräsident Verwaltungsrat	6 000	6 562	-	6 562	6 000
SEAG Aktiengesellschaft für Schweizerisches Erdöl	Jakob Brunnenschweiler	Verwaltungsrat	-	-	-	-	-
Spitalverbund Appenzell Ausserrhodan	Köbi Frei	Verwaltungsrat	13 125	25 312	-	25 312	13 125
St.Gallisch-Appenzellische Kraftwerke AG	Jakob Brunnenschweiler	Vizepräsident Verwaltungsrat	17 000	12 656	-	12 656	17 000
St.Gallisch-Appenzellische Kraftwerke AG	Köbi Frei	Verwaltungsrat	11 000	6 094	-	6 094	11 000
Steinegg Stiftung	Jakob Brunnenschweiler	Stiftungsrat	2 000	3 625	2 000	5 625	2 000
Stiftung für appenzellische Volkskunde	Rolf Degen	Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit	Rolf Degen	Stiftungsrat und Mitglied leit. Ausschuss	-	-	-	-	-
Stiftung Ostschweizer Kinderspital	Mathias Weishaupt	Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Walter-Edison-Kruesi-Stiftung	Marianne Koller-Bohl	Präsidentin Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Walter-Edison-Kruesi-Stiftung	Jürg Wernli	Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Walter-Edison-Kruesi-Stiftung	Köbi Frei	Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Total			135 875	94 286	12 483	106 769	135 875

Kantonskanzlei

Passbüro

Monatsstatistik

	Pass		IDK		prov. Pass		Ausländerausweise		ISR		Leichenpass	
	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013
Jan	275	374	449	527	3	4	28	27	4	3	1	1
Feb	214	301	339	434	4	4	34	52	2	-	-	1
März	220	318	516	564	4	3	18	81	6	3	1	-
Apr	233	310	509	574	11	11	29	73	7	3	-	-
Mai	268	324	632	597	8	8	18	40	5	7	-	1
Jun	267	269	701	592	6	7	28	61	8	4	-	-
Juli	211	354	646	705	17	26	16	39	10	4	-	-
Aug	212	263	439	472	6	7	15	35	1	2	-	-
Sep	205	249	435	431	11	4	27	57	1	1	-	-
Okt	198	212	370	333	7	5	21	62	1	4	-	-
Nov	183	247	351	315	3	1	29	74	3	-	-	-
Dez	122	166	223	242	4	4	13	52	1	1	-	-
Total	2 608	3 387	5 610	5 786	84	84	276	653	49	32	2	3

IDK = Identitätskarte

ISR = Reisedokument für ausländische Personen



Ausweisstatistik

	2011	2012	2013
Pass Kinder	668	722	569
Pass Erwachsene	1657	1 886	2 818
ID Kinder	2062	2 006	1 674
ID Erwachsene	3 507	3 604	4 112

Rechtsdienst

Übersicht Rekurse

	Regierungsrat	Departemente	Gesamt
Pendenzen vom Vorjahr	14	4	18
Eingänge	15	24	39
Erledigungen	- 16	- 23	- 39
Pendent Ende Jahr	13	5	18

Stabsstelle Controlling

Massnahmen und Empfehlungen (Anzahl; Stichtag 31.12.)

	2009	2010	2011	2012	2013
offen bzw. in Bearbeitung Ende Vorjahr	29	31	31	36	31
Neueingänge Finanzkontrolle	5	16	5	7	0
Neueingänge Stabsstelle Controlling	11	16	19	7	3
erledigte	- 14	- 32	- 19	- 19	- 7
offen bzw. in Bearbeitung Ende Jahr	31	31	36	31	27

Jahresvergleich der Tätigkeiten (in Arbeitstagen)

	2010 - Ist	2011 - Ist	2012 - Ist	2013 - Ist ¹⁾
Controlling	274	275	150	-
Finanzausgleich Kanton-Gemeinden	9	6	4	-
Finanzaufsicht Kanton-Gemeinden	18	30	21	-
Stiftungsaufsicht ZGB	28	45	24	-
Revisionsstellenmandate	19	23	22	-
Gemeinde-Beratung	11	9	11	-
Planung / Reporting	19	14	11	-
Absenzen	70	49	41	-
Total	448	451	285	-

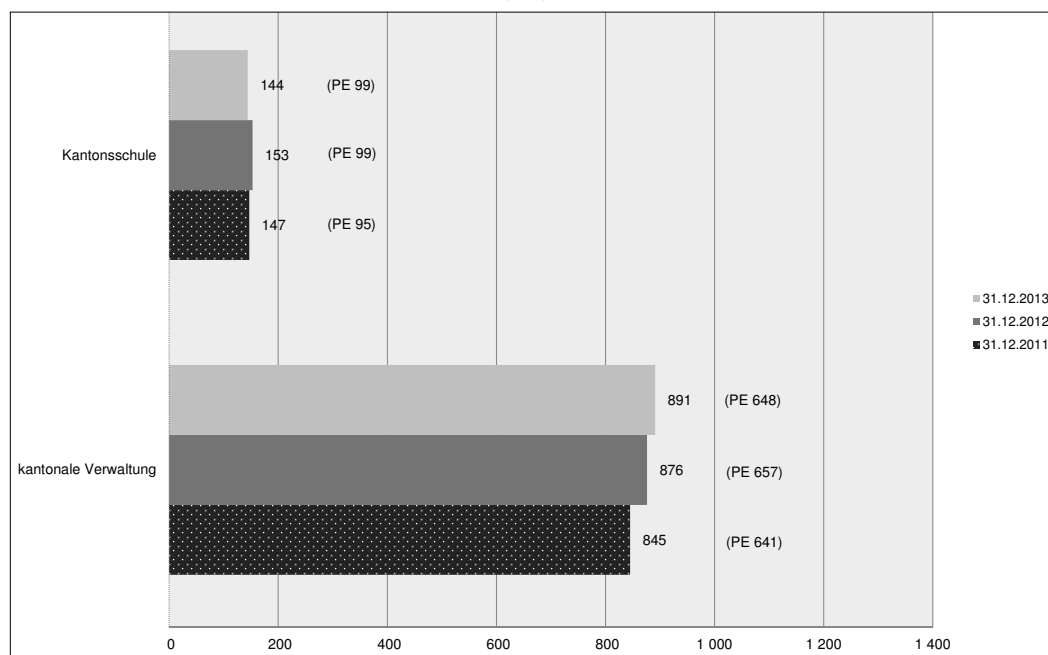
¹⁾ Die Aufgaben der Stabsstelle Controlling haben sich durch die Schaffung der unabhängigen Finanzkontrolle grundlegend verändert. Ein Jahresvergleich der Tätigkeiten entfällt per 2013.



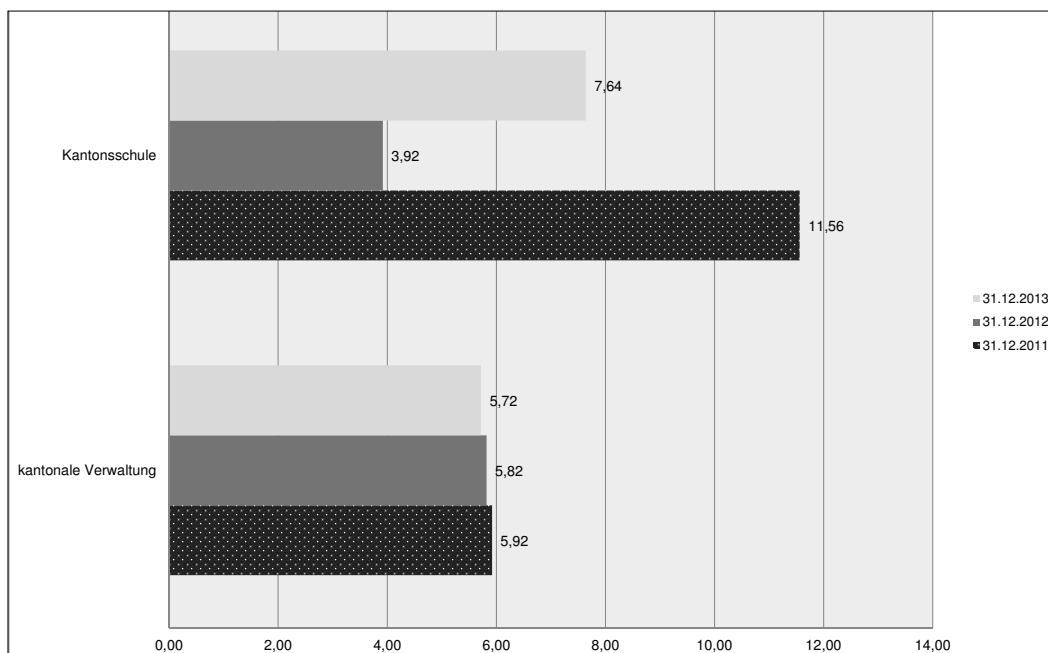
Departement Finanzen

Personalamt

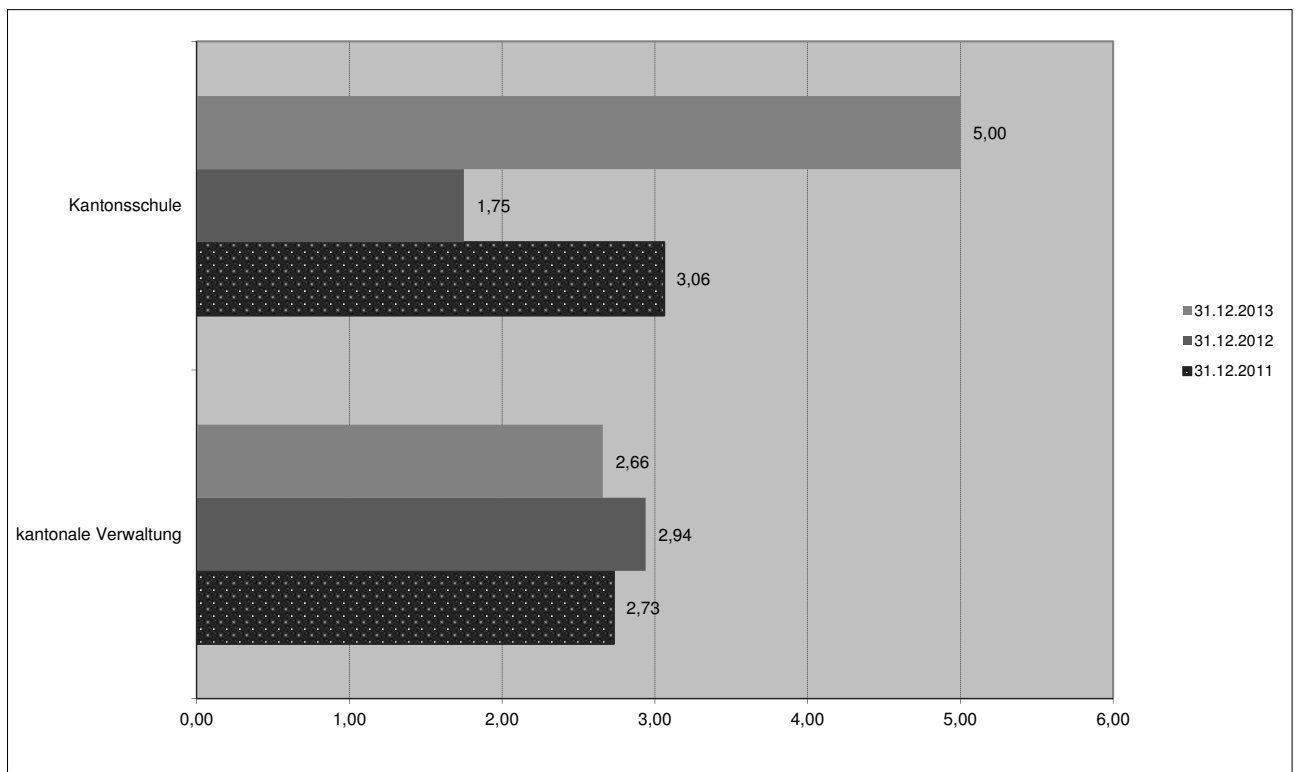
Zusammenzug der Abweichungen der Personalkennzahlen kantonale Verwaltung und Kantonsschule
Anzahl Mitarbeitende und Personaleinheiten (PE)



Fluktuation in %
(Austritte / Ø Anzahl Mitarbeitende x 100)



Absenzen in %
(Tagesansatz in Fr. / Jahreslohnsumme)





Steuerverwaltung

Übersicht Steuerertrag (in Mio. Fr.)

	Budget 2013	Rechnung 2013	Abweichung Rechnung- Budget	Rechnung 2012	Veränderung Rechnung 2013 : 2012
Total direkte Steuern	134,7	126,6	- 6,0 %	121,6	+ 4,1 %
Total Spezialsteuern	6,5	6,8	+ 4,6 %	7,4	- 8,1 %
Total Bundessteuern	16,3	15,2	- 6,7 %	15,5	- 1,9 %
Gesamttotal	157,5	148,6	- 5,7 %	144,5	+ 2,8 %

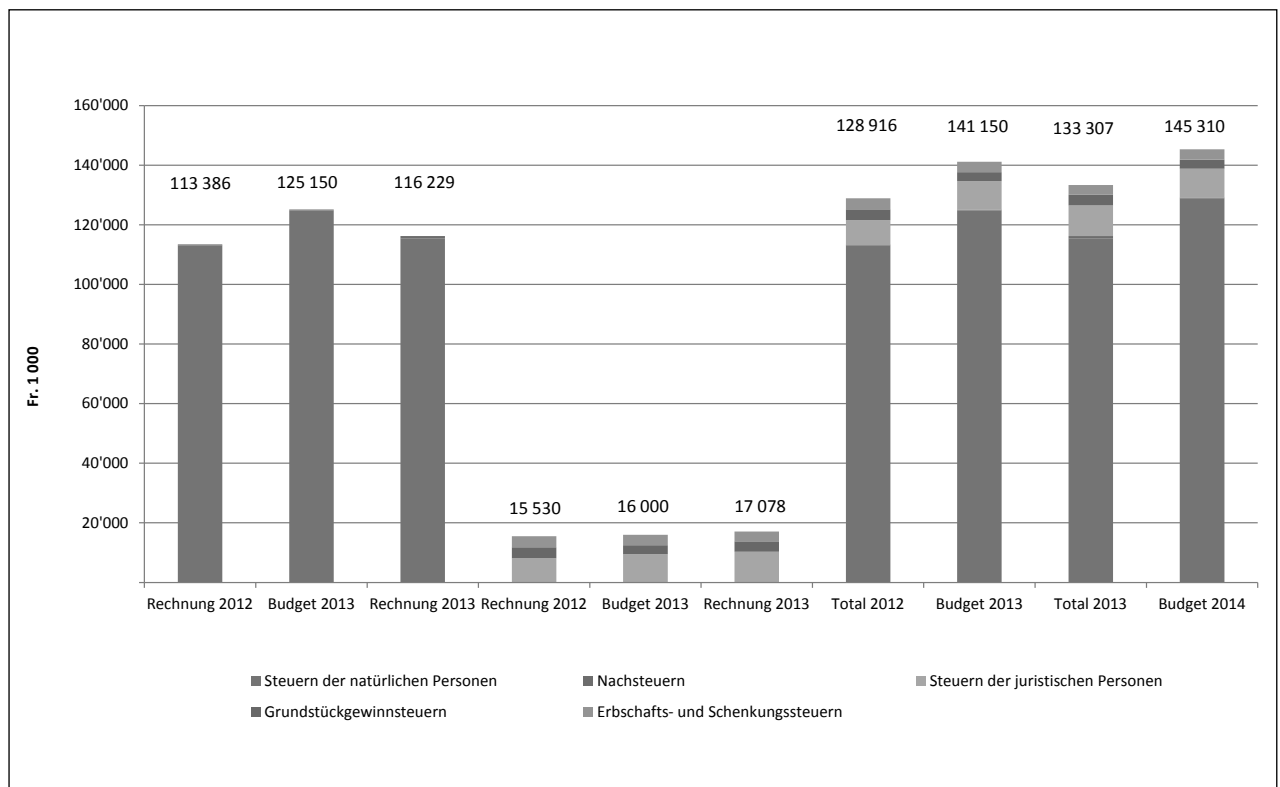
Einkommens- und Vermögenssteuern; Gewinn und Kapitalsteuern (in Mio. Fr.); Steuerfuss 3,0 Einheiten

	Budget 2013	Rechnung 2013	Abweichung Rechnung- Budget	Rechnung 2012	Veränderung Rechnung 2013 : 2012
natürliche Personen	125,2	116,3	- 7,1 %	113,4	+ 2,6 %
juristische Personen	9,5	10,3	+ 8,4 %	8,2	+ 25,6 %
Total direkte Steuern	134,7	126,6	- 6,0 %	121,6	+ 4,1 %

Grundstückgewinnsteuern; Erbschafts- und Schenkungssteuern (in Mio. Fr.)

	Budget 2013	Rechnung 2013	Abweichung Rechnung- Budget	Rechnung 2012	Veränderung Rechnung 2013 : 2012
Grundstückgewinnsteuern	3,0	3,5	+ 16,7 %	3,7	- 5,4 %
Erbschafts- und Schenkungssteuern	3,5	3,3	- 5,7 %	3,7	- 10,8 %
Total Spezialsteuern	6,5	6,8	+ 4,6 %	7,4	- 8,1 %

Staatssteuererträge im Vorjahresvergleich

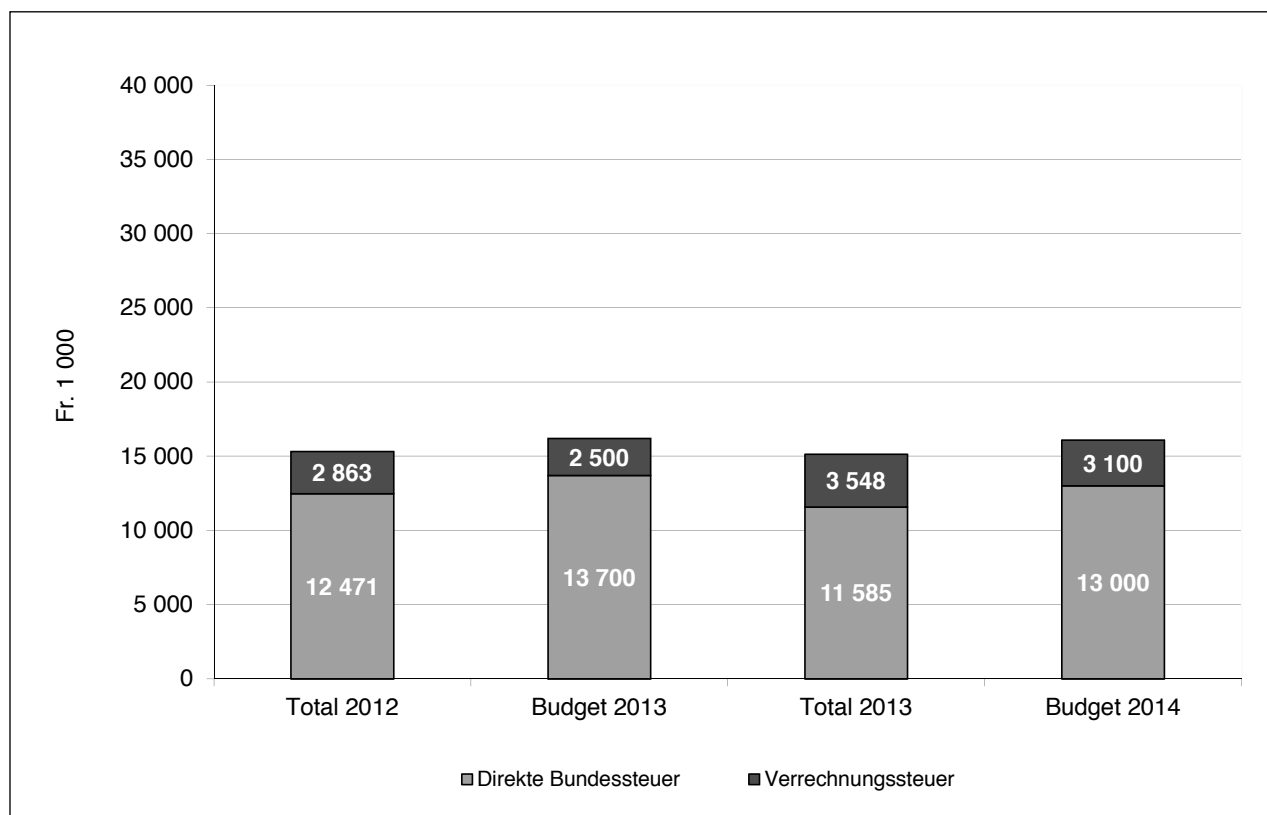




Direkte Bundessteuern und Verrechnungssteuern (in Mio. Fr.)

	Budget 2013	Rechnung 2013	Abweichung Rechnung- Budget	Rechnung 2012	Veränderung Rechnung 2013 : 2012
Direkte Bundessteuern	13,7	11,6	- 15,3 %	12,5	- 7,2 %
Verrechnungssteuern	2,5	3,5	+ 40,0 %	2,9	+ 20,7 %
Anteil EU-Zinsbesteuerung	0,1	0,1	+ 0,0 %	0,1	+ 0,0 %
Total Bundessteuer	16,3	15,2	- 6,7 %	15,5	- 1,9 %

Erträge aus Bundesabgaben im Vorjahresvergleich



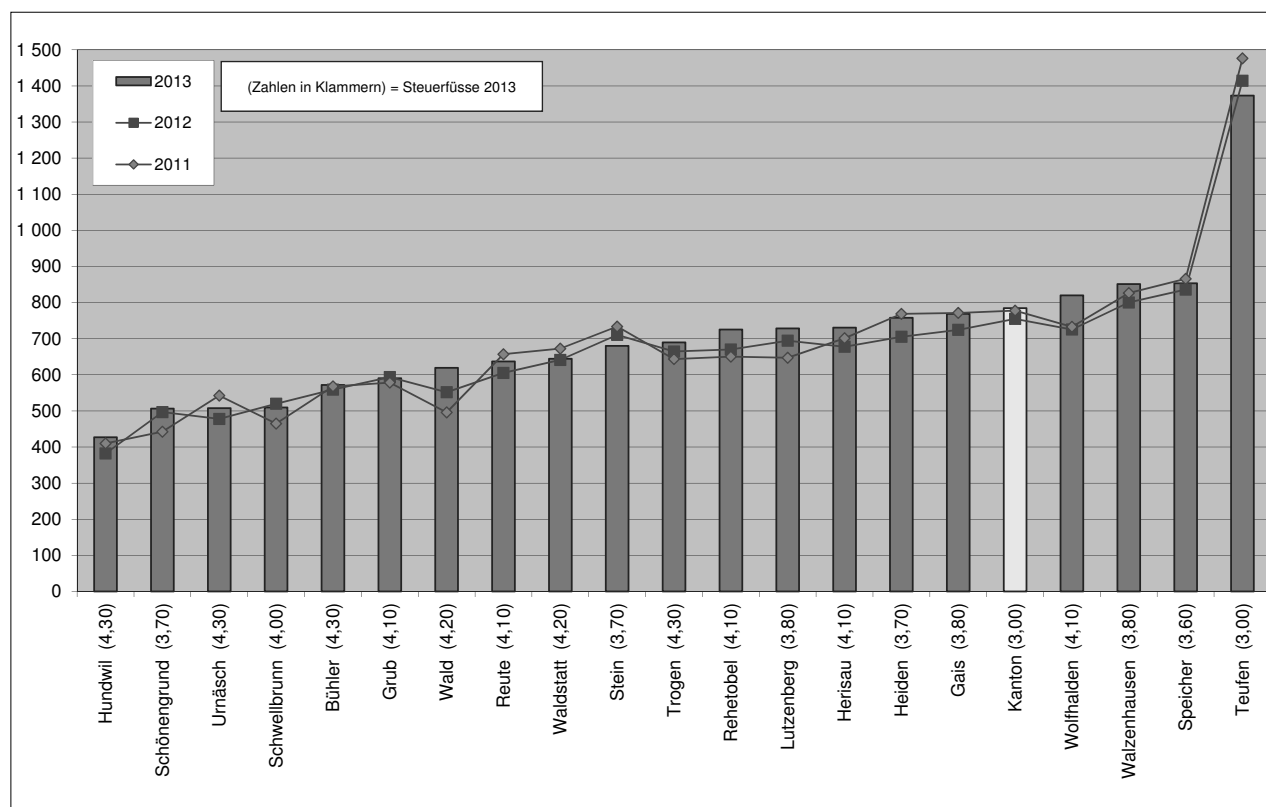
Steuerkraft der Gemeinden

	Steuersoll 3 (in Fr.)	Steuersoll 3 pro Einheit (in Fr.)	Einwohner 31.12.2013	Steuersoll 3 pro Einheit und Einwohner (in Fr.)	Steuersoll 3 pro Einheit und Einwohner (in %)	Rang
Total	126 798 069	42 266 023	53 874	784,53	100,0 %	
Teufen	24 895 959	8 298 653	6 044	1 373,00	175,0 %	1
Speicher	10 707 669	3 569 223	4 182	853,50	108,8 %	2
Walzenhausen	5 289 244	1 763 081	2 071	851,30	108,5 %	3
Wolfhalden	4 252 036	1 417 345	1 728	820,20	104,5 %	4
Gais	7 054 033	2 351 344	3 059	768,70	98,0 %	5
Heiden	9 212 510	3 070 837	4 052	757,90	96,6 %	6
Herisau	33 798 473	11 266 158	15 421	730,60	93,1 %	7
Lutzenberg	2 740 740	913 580	1 254	728,50	92,9 %	8
Rehetobel	3 764 343	1 254 781	1 730	725,30	92,4 %	9
Trogen	3 461 001	1 153 667	1 673	689,60	87,9 %	10
Stein	2 813 554	937 851	1 379	680,10	86,7 %	11
Waldstatt	3 477 233	1 159 078	1 799	644,30	82,1 %	12
Reute	1 272 833	424 278	666	637,10	81,2 %	13
Wald	1 556 682	518 894	838	619,20	78,9 %	14
Grub	1 815 960	605 320	1 025	590,60	75,3 %	15
Bühler	2 926 972	975 657	1 706	571,90	72,9 %	16
Schwellbrunn	2 287 664	762 555	1 497	509,40	64,9 %	17
Urnäsch	3 436 231	1 145 410	2 257	507,50	64,7 %	18
Schönengrund	778 022	259 341	512	506,50	64,6 %	19
Hundwil	1 256 911	418 970	981	427,10	54,4 %	20



Steuerkraft der Gemeinden von Appenzel Ausserrhoden

gemessen am Steuersoll 3 pro Einheit der Jahresrechnung 2013 der natürlichen und juristischen Personen



Departement Bildung

Volksschule; Anzahl Lernende der Gemeinden

	2009	2010	2011	2012	2013
Kindergarten	951	918	909	955	983
Primarschule	3 675	3 510	3 322	3 127	2 999
Sekundarschule	1 914	1 860	1 853	1 802	1 707
Total	6 540	6 288	6 084	5 884	5 689

Berufsbildung; Lehrvertragswesen; Anzahl Lehrverträge per 31. 12.

	2009	2010	2011	2012	2013
Gesamtbestand	1 386	1 392	1 394	1 390	1 423
neu abgeschlossene	537	563	544	553	566
aufgelöste	106	112	121	106	103

Berufsbildung; Lehrabschlussprüfungen; Anzahl der geprüften Kandidaten/Kandidatinnen

	2009	2010	2011	2012	2013
aus Ausserrhoden	445	457	458	470	468
aus Innerrhoden	42	59	82	68	84
aus St.Gallen	50	50	44	58	51
Total geprüfte	537	566	584	596	603
davon bestanden	506	538	560	571	585
davon nicht bestanden	31	28	24	25	18

BIZ Besuche (Berufsinformationszentrum)

	2009	2010	2011	2012	2013
Besucher/innen	972	750	954	620	257
Anzahl Schulklassen im BIZ	29	40	40	29	2

Berufs- und Laufbahnberatung; Anzahl Ratsuchende

	2011			2012			2013		
	♂	♀.	total	♂	♀.	total	♂	♀.	total
< 16 Jahre	91	102	142	244	122	213	91	105	196
16 – 24 Jahre	107	121	172	293	195	302	138	181	319
25 und mehr Jahre	70	68	134	202	136	206	85	120	205
Anzahl Ratsuchende	268	291	448	739	453	721	314	406	720
Anzahl Beratungssitzungen	407	465	654	1 119	686	1 093	488	608	1 096
Testdurchführungen	139	178	242	420	264	403	165	222	387



Berufsbildungszentrum Herisau; Anzahl Lernende in den angebotenen Berufsausbildungen

	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13	2013/14
Attest Gesundheit und Soziales	-	-	-	14	20
Detailhandelsassistent/in	24	21	30	25	19
Detailhandelsfachmann/-frau	96	95	90	81	90
Elektroinstallateur/in	65	80	89	80	75
Elektromonteur/in	24	-	-		-
Fachangestellte/r Gesundheit	83	94	83	105	114
Forstwart/in	51	48	51	48	45
Hauswirtschaftsjahr	13	12	13	10	-
Holzpraktiker/in	-	-	-	-	11
Kaufmann/Kauffrau Profil B	11	22	31	26	34
Kaufmann/Kauffrau Profil E	131	117	116	124	113
Kaufmann/Kauffrau Profil M	88	92	85	85	93
Landwirte	32	32	41	31	38
Polymechaniker/in	90	90	92	85	73
Schreiner/in	92	94	92	104	106
Schreinerpraktiker/in	14	9	14	10	10
Zimmermann/Zimmerin	124	122	125	142	129
Brücke AR	80	62	81	75	76
Total	1 018	990	1 033	1 045	1 046

Kantonsschule Trogen; Anzahl Lernende in den angebotenen Ausbildungen

	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13	2013/14
Sekundarschule	167	172	181	160	155
10. Schuljahr	19	17	12	19	12
Berufsfachschule Wirtschaft	54	62	56	43	37
Fachmittelschule	64	64	64	83	87
Gymnasium	429	426	368	388	389
Total	733	741	681	693	680

Ausbildungs- und Studiendarlehen; Bruttoaufwand

	2009	2010	2011	2012	2013
Auszahlungen	104 750	145 450	111 500	53 250	113 000
Umwandlungen von Darlehen in Stipendien	10 000	-	-	-	-
Abschreibungen	-	-	-	-	-
Rückzahlung von Darlehen	137 961	209 990	108 924	152 080	208 911
ausstehende Darlehen (31.12.)	621 121	556 581	721 283	622 453	526 541

Stipendien; Bruttoaufwand

	2009	2010	2011	2012	2013
Sekundarstufe II	524 650	483 700	491 500	639 200	529 200
Tertiärstufe	913 875	903 500	887 200	1 077 950	1 131 200
Total	1 438 525	1 387 200	1 378 700	1 717 150	1 660 400

Schulgelder für ausserkantonale Schulen Sekundarstufe II; Bruttoaufwand

	2009	2010	2011	2012	2013
ausserkantonale Berufsschulen	6 803 830	6 863 417	6 967 831	7 017 224	7 474 168
übrige ausserkantonale Schulen Sekundarstufe II	2 630 093	2 638 222	2 604 024	2 836 048	2 784 745
Total	9 433 923	9 501 639	9 571 855	9 853 272	10 258 913



Schulgelder und Trägerbeiträge Tertiärstufe; Bruttoaufwand

	2009	2010	2011	2012	2013
Universitäten	5 494 318	5 908 410	6 247 235	6 454 630	6 528 620
Fachhochschulen	7 581 908	8 211 667	8 724 545	10 001 542	8 783 652
übrige Schulen Tertiärstufe (insbesondere Fachschulen)	2 347 644	2 241 009	2 263 895	2 322 655	2 125 458
Total	15 423 870	16 361 086	17 235 675	18 778 827	17 437 730

Departement Gesundheit

Kantonsärztlicher Dienst

Stationäre Versorgung (Somatik, Rehabilitation): Kostengutsprache gesuche

	2009	2010	2011	2012 ¹⁾	2013 ²⁾
bewilligte Gesuche ohne Tarifeinschränkung	2 035	2 105	2 109	1 813	1 882
bewilligte Gesuche mit Einschränkung der Kostenbeteiligung auf Referenztarif Kanton	-	-	-	518	407
abgelehnte Gesuche/nicht Eintreten	751	631	490	216	83
Total Gesuche	2 786	2 736	2 599	2 547	2 372

¹⁾ Einführung DRG/Fallpauschalen

²⁾ Zum Zeitpunkt der Auswertung sind noch nicht alle Kostengutsprache gesuche eingetroffen (Stand: 9. 1. 2014)

Total Hospitalisationen (Somatik, Rehabilitation, Psychiatrie), inkl. UV-, MV- und IV-Fälle

	2009	2010	2011	2012 ³⁾	2013 ⁴⁾
ausserkantonale Behandlung	3 309	3 226	3 290	3 134	k.a.
Behandlung im Kanton	5 337	5 424	5 478	5 679	k.a.
Anzahl Hospitalisationen	8 646	8 650	8 768	8 813	k.a.

Quelle: Medizinische Statistiken der Krankenhäuser 2009, 2010, 2011, 2012; Bundesamt für Statistik (BFS)

³⁾ Seit 2012 werden die zivilrechtlichen Wohnsitze sämtlicher Patientinnen und Patienten geprüft.

⁴⁾ Daten der medizinischen Statistik 2013 werden zu einem späteren Zeitpunkt durch das BFS bereitgestellt.



Fachstelle Gesundheitsfachpersonen und Heilmittelkontrolle

Eidgenössische und kantonale Berufsausübungsbewilligungen: Total

	2011	2012	2013
Bewilligungen nach Bundesrecht	374	399	454
Bewilligungen nach kantonalem Recht	430	466	510
Total	804	865	964

Bewilligungen nach Bundesrecht

	2011	2012	2013
Arzt/Ärztin mit Praxisbewilligung	242	267	271
Zahnarzt/-ärztin	91	87	83
Apotheker/-innen	12	14	12
Chiropraktoren/Chiropraktorinnen	1	1	1
Psychologen/-innen ¹⁾	-	-	51
Tierarzt/-ärztin	28	30	36
Total	374	399	454

¹⁾ Aufgrund der Inkraftsetzung des eidg. Psychologieberufegesetzes (PsyG) am 1. April 2013 wurden im Vorfeld noch einige Bewilligungen nach kantonalem Recht beantragt.

Bewilligungen nach kantonalem Recht

	2011	2012	2013
Heilpraktiker/-innen	232	237	243
Physiotherapeuten/-innen und Osteopathen/-innen	55	65	65
Hebammen	30	33	36
Psychologen/-innen	26	32	-
medizinische Masseur/-innen	34	35	40
dipl. Pflegefachpersonen (ausserhalb von Spitälern/Kliniken)	19	23	24
Drogisten/Drogistinnen	11	12	13
Meldungen von ärztlichen Gesundheitsfachpersonen in Ausbildung (Praktika; Assistenz-Aerztinnen/Aerzte), ab 2013	-	-	61
übrige Gesundheitsfachpersonen	23	29	28
Total	430	466	510

Anmerkung: Eine Gesundheitsfachperson kann mehrere Bewilligungen besitzen (d.h. die Zahl der Gesundheitsfachpersonen liegt unter dem Total der Anzahl der Bewilligungen). Auch angestellte Gesundheitsfachpersonen verfügen über eine Berufsausübungsbewilligung (d.h. die Zahl der Bewilligungen entspricht nicht der Zahl der Betriebe).

Institutionenbewilligungen

	2011	2012	2013
Spitäler, Privatspitäler, Kliniken	7	7	7
Behinderten- und Rehabilitationseinrichtungen sowie Alters- und Pflegeheime	65	65	54
übrige Institutionen	18	¹⁾ 95	95
Total	90	167	156

Institutionenbewilligungen: Anbieter von Gesundheitsdienstleistungen in der Rechtsform GmbH, AG, Genossenschaft, Stiftung oder Verein müssen über eine Institutionenbewilligung verfügen.

¹⁾ steigende Zahl von Änderungen der Rechtsform bei Anbietern von Gesundheitsdienstleistungen

Inspektionen

	2009	2010	2011	2012	2013
bei Heilpraktiker/-innen	27	47	36	28	27
bei Zahnarzt/-ärztinnen	6	4	9	13	9
in ärztlichen Praxen	7	11	8	4	12
bei Apotheken und Drogerien	13	12	15	10	4
weitere Praxen	4	8	12	24	16
andere Inspektionen ¹⁾	13	12	21	6	8
Total	70	94	101	85	76

¹⁾ Abklärungen/Inspektionen im Rahmen der Heilmittel-, Betäubungsmittel- oder Medizinalproduktegesetzgebung



Beratungsstelle für Suchtfragen

Beratungen

	2009	2010	2011	2012	2013
ausführliche Beratungen	152	168	160	175	161
Kurzberatung (bis 3 Gespräche)	91	104	105	98	97
Total	243	272	265	273	258

Ausführliche Beratungen; Klientinnen und Klienten (mehr als 3 Gespräche)

	2009	2010	2011	2012	2013
Männer	100	106	101	110	102
Frauen	48	50	39	50	45
Paare	4	12	20	15	14
Total	152	168	160	175	161

Ausführliche Beratungen; Suchtmittel (mehr als 3 Gespräche)

	2009	2010	2011	2012	2013
Alkohol	75	86	79	85	82
Cannabis	35	33	33	30	28
Drogen (exkl. Cannabis)	30	32	33	46	40
Rauchstopp	6	4	4	-	1
diverse	6	13	11	14	10
Total	152	168	160	175	161

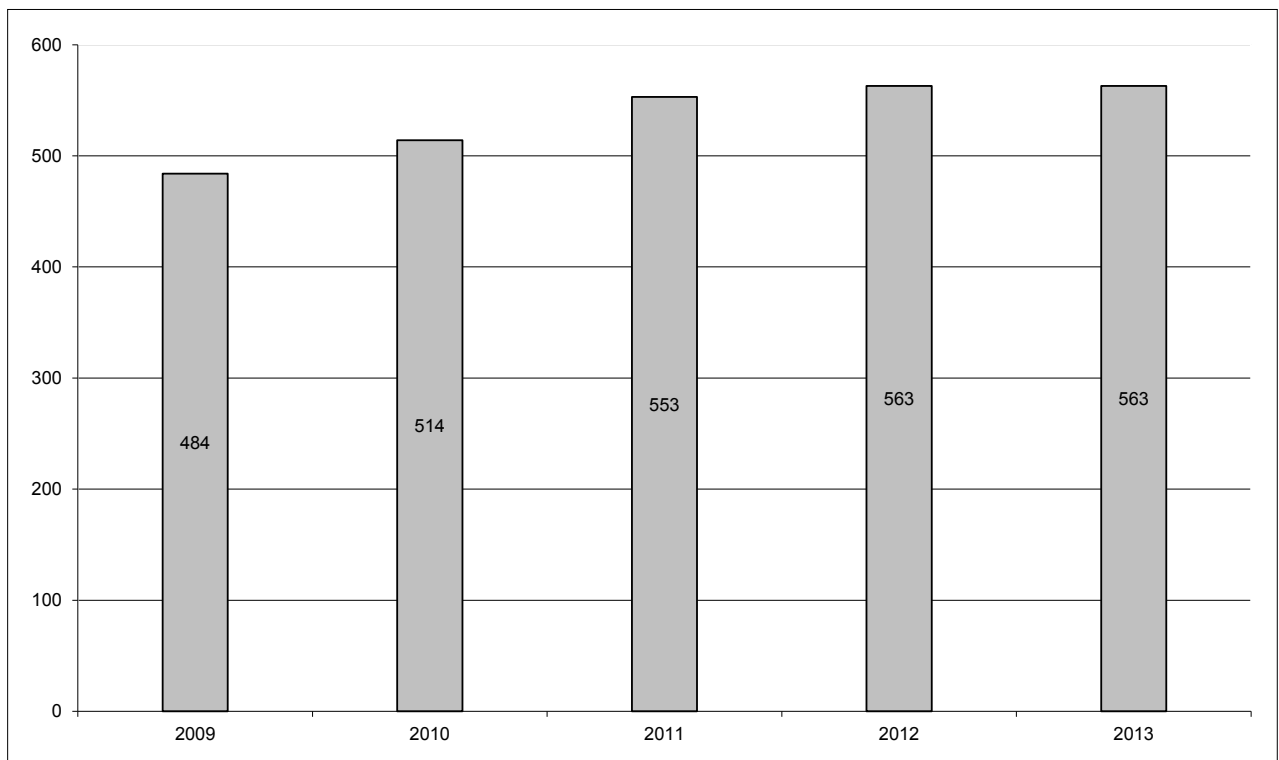
Departement Bau und Umwelt

Departementssekretariat: Behandlung von Rekursen und Einsprachen

	2009	2010	2011	2012	2013
Pendenzen vom Vorjahr	35	46	34	37	28
Eingänge	78	79	76	53	82
Erledigungen	- 67	- 91	- 73	- 62	- 60
Pendent Ende Jahr	46	34	37	28	50

Planungsamt

Anzahl bearbeitete Baugesuche (ausserhalb Bauzonen und in nationalen Ortsbildschutzzonen)





Übersicht über den Stand der Erschliessung gem. Art. 21 RPV (alle Bauzonen) per 31.12.2013 (in Aren)

	nicht erschlossen		teilweise erschlossen		innert 5 Jahren baureif		voll erschlossen und baureif		überbaut bzw. weitgehend überbaut		Gesamtfläche Bauzone
Urnäsch	0	0,0 %	409	6,6 %	3	0,1 %	488	7,8 %	5 324	85,5 %	6 225
Herisau	570	1,5 %	155	0,4 %	1 030	2,7 %	1 429	3,8 %	34 928	91,6 %	38 111
Schwellbrunn	66	1,7 %	189	4,7 %	174	4,3 %	232	5,8 %	3 357	83,6 %	4 018
Hundwil	126	6,2 %	115	5,7 %	0	0,0 %	84	4,2 %	1 686	83,8 %	2 011
Stein	0	0,0 %	181	6,1 %	12	0,4 %	200	6,7 %	2 599	86,9 %	2 992
Schönengrund	89	6,1 %	5	0,4 %	203	13,8 %	73	5,0 %	1 097	74,7 %	1 467
Waldstatt	83	1,5 %	6	0,1 %	44	0,8 %	284	5,3 %	4 954	92,2 %	5 371
Teufen	167	1,0 %	448	2,7 %	440	2,6 %	1 044	6,3 %	14 529	87,4 %	16 628
Bühler	71	1,3 %	464	8,6 %	0	0,0 %	174	3,2 %	4 700	86,9 %	5 409
Gais	35	0,0 %	34	0,4 %	187	2,2 %	703	8,3 %	7 510	88,7 %	8 469
Speicher	11	0,1 %	0	0,0 %	302	2,6 %	506	4,3 %	10 933	93,0 %	11 753
Trogen	0	0,0 %	63	1,0 %	436	7,1 %	396	6,4 %	5 258	85,5 %	6 153
Rehetobel	30	0,7 %	31	0,7 %	60	1,4 %	314	7,5 %	3 739	89,6 %	4 173
Waldstatt	9	0,4 %	107	5,0 %	168	7,8 %	128	5,9 %	1 740	80,8 %	2 152
Grub	45	1,7 %	15	0,6 %	35	1,3 %	67	2,5 %	2 480	93,9 %	2 641
Heiden	125	1,1 %	197	1,7 %	717	6,2 %	892	7,7 %	9 715	83,4 %	11 645
Wolfhalden	177	3,7 %	130	2,7 %	111	2,3 %	406	8,4 %	4 012	83,0 %	4 835
Lutzenberg	164	3,3 %	65	1,3 %	191	3,8 %	187	3,8 %	4 373	87,8 %	4 979
Walzenhausen	200	2,9 %	397	5,7 %	65	0,9 %	724	10,4 %	5 585	80,1 %	6 970
Reute	47	2,5 %	102	5,3 %	0	0,0 %	153	8,0 %	1 605	84,2 %	1 907
Gesamttotal	2 014	1,4 %	3 112	2,1 %	4 177	2,8 %	8 484	5,7 %	130 120	88,0 %	147 906

Hochbauamt

Offene Investitionskredite (Stand Ende 2013)

Objekt	KV resp. Kredit	Bewilli- gungs- instanz	bew. Kredit	indexierter KV (inkl. Nachträge)	Mutmassliche Abrechnung
Herisau, Umnutzung Zeughaus Projektierungs-, Bau- und Zusatzkredite für Umnutzung, Landerwerb, zusätzl. Parkplätze, Verbreiterung Annex, Beschaffung Netzwerkgeräte, Video- und Konfrontations- einvernahme	20 448 000	VR/KR/ RR	X X	20 905 000	20 400 000
Herisau, Kantonale Notrufzentrale KNZ Planung 190 000, Ausführungskredit 2 700 000	2 890 000	RR	X	2 932 000	2 359 790
Kantonsschule Trogen Optimierung und Erneuerung Mensa im Konviktsgebäude Planungs- und Baukredite	7 230 000	KR/RR	X	7 339 034	◇ 7 071 603
Erneuerung Gebäudeleitsystem	230 000	RR	X	230 000	230 000
Psychiatrisches Zentrum Appenzell Ausserrhoden PZA Planung Möglichkeiten der Landreserve	160 000	RR	X	160 000	160 000
Arealentwicklung/Unterbringung BUSA	190 000	RR	X	190 000	190 000
Rahmenkredit Optimierung + Erneuerung	39 500 000	VA	X		
Erschliessungssystem/Parkierung	4 300 000	RR	X	4 631 593	4 556 001
Haus I	9 000 000	RR	X	9 878 147	◇ 9 175 989
Haus III	6 000 000	RR		0	offen
Haus IV	6 100 000	RR	X	6 796 952	◇ 6 463 982
Haus V	1 855 000	RR		0	offen
Haus VI	3 350 000	RR		0	offen
Haus VIII	3 850 000	RR	X	4 251 770	4 251 770
Haus IX (Zusatzauftrag SVAR 300 000)	2 450 000	RR		3 422 909	3 422 909
Trogen, Fünfeckpalast Umgebung/Diverses (Anteil 4. Etappe Umgebung)	583 000	KR	X	697 270	600 000
Übernahme Wohninventar / Ablösung Wohnrecht	190 000	RR	X	190 000	190 000
Trogen, Optimierung und Erneuerung Rathaus Projektierungs- und Ausführungskredite	5 000 000	RR	X	5 016 985	5 000 000
Herisau, Raumbelegung Gutenberg DIK/KESB	490 000	RR	X	490 000	490 000
Spital Herisau Erneuerung Notstromanlage, a.o. Unterhalt	1 025 000	RR	X	1 025 000	◇ 956 450
Spital Heiden Erneuerung Kältemaschine OP, a.o. Unterhalt, Fernwärme	825 000	RR	X	825 000	◇ 728 927
Ambulatorium, Umbau EG Spital, Umbau Dunant-Haus	750 000	RR	X	750 000	◇ 641 720
Heiden, Werkhof Bissau, Sanierung Werkstatt/Bürotrakt °	4 800 000	RR	X	4 811 793	◇ 4 734 514
Stiftung Pro Appenzell Neubau Alpstall Alp Grossbalmen, Hundwil *	400 000	SR	X	400 000	395 000

Legende zur Tabelle der offenen Investitionskredite

◇ = definitiv abgerechnet

RR = Regierungsrat

VA = Volksabstimmung

* = kein kantonales Bauvorhaben

KR = Kantonsrat

° = zu Lasten Strassenrechnung



Bestand der durch das Hochbauamt verwalteten Liegenschaften

Kantonseigene und Pensionskassen Liegenschaften

	Gebäude, Grundstücke	Wohnung, Büro, Gewerbe	Mietende	Pacht	Assekuranz Neuwert 31.12.2013
Verwaltungsvermögen	Grundstücke mit Gebäude Grundstücke ohne Gebäude Spitäler, Anstalten, Schulen	114	112		108 728 600 154 705 500
Finanzvermögen allgemein	Grundstücke mit Gebäude Grundstücke ohne Gebäude	103	92	2 2	42 482 200
Finanzvermögen vorsorglicher Erwerb	Grundstücke mit Gebäude Grundstücke ohne Gebäude	28	28	1	11 791 800
Pensionskasse von Appenzel Ausserrhoden	Grundstücke mit Gebäude Grundstücke ohne Gebäude	226	226		77 691 800
Stiftungen	Grundstücke ohne Gebäude	9	6	10	4 855 400
Bestand 31.12.2013	259	480	464	15	400 255 300
Bestand 31.12.2012	257	450	434	20	399 135 600

Zugemietete Liegenschaften/Objekte

	Verträge	Objekte*	Nettomieten pro Jahr
Büroräume, Wohnungen	19 2 3	74 29 24	1 348 643
Gewerbliche Objekte	8	8 10	142 296
Polizei-posten	3	3 3 5	48 850
Garagen und Einstellplätze	3	70	128 700
Bestand 31.12.2013	41	226	1 668 489
Bestand 31.12.2012	44	230	1 708 593

* vermietbare Einheiten

Parkplatzbewirtschaftung

Insgesamt werden 329 Parkplätze für die kantonale Verwaltung durch das Hochbauamt bewirtschaftet.

Renditeliegenschaften Finanzvermögen in Fr.

	Ort	Buchwert 01.01.2013	Nettomietzins- Solleinnahme pro Jahr	Bruttorendite bezogen auf Buchwert
Grüt 160	Bühler	861 700	56 012	6,5002 %
Dorfplatz 5	Gais	1 982 800	129 840	6,5483 %
Hinterbissastr. 68	Heiden	330 500	21 480	6,4992 %
Kirchplatz 4	Heiden	3 479 300	226 156	6,5000 %
Alpsteinstr. 26B	Herisau	208 700	22 160	10,6181 %
Alpsteinstr. 26C	Herisau	326 200	22 320	6,8424 %
Alpsteinstr. 30/32	Herisau	413 900	31 200	7,5381 %
Cilanderstr. 24A (Kauf 01.07.2013)	Herisau	339 700	22 080	6,4999 %
Degersheimerstr. 3	Herisau	273 200	17 760	6,5007 %
Spitalstr. 4/Buchenstr. 10	Herisau	316 600	21 900	6,9172 %
Huebstr. 40A	Herisau	448 600	30 120	6,7142 %
Huebstr. 40B	Herisau	166 200	10 800	6,4982 %
Huebstr. 49	Herisau	330 600	21 852	6,6098 %
Industriestr. 1	Herisau	629 500	41 040	6,5195 %
Industriestr. 3	Herisau	692 800	47 730	6,8894 %
Krombach 1	Herisau	308 600	34 260	11,1017 %
Krombach 2	Herisau	238 200	15 480	6,4987 %
Huebstr. 34	Herisau	486 000	31 589	6,4998 %
Kreuzstr. 22	Herisau	2 469 200	162 015	6,5614 %
Schlossstr. 5	Herisau	539 100	44 940	8,3361 %
Schlossstr. 14	Herisau	135 700	8 820	6,4996 %
Dorf 4	Hundwil	152 700	9 924	6,4990 %
Gmünden auf GB Nr. 1109	Niederteufen	431 500	33 500	7,7636 %
Gmünden 1191	Niederteufen	406 200	26 400	6,4993 %
St.Gallerstr. 11	Rehetobel	750 500	61 833	8,2389 %
Zaun 55	Speicher	2 461 300	159 984	6,5000 %
Ebni 4	Teufen	2 018 900	138 132	6,8419 %
Mooshaldenstr. 26 (vormals 30)	Waldstatt	118 200	7 680	6,4975 %
Herisauerstr. 36/Mooshalden 3 ¹⁾	Waldstatt	10 800	700	6,4815 %
Mooshalden 541 auf GB Nr. 09	Waldstatt	152 300	9 900	6,5003 %
Industriestr. 15	Herisau	451 750	15 240	3,3735 %
Total		21 931 250	1 482 847	6,7613 %

¹⁾ auf GB Nr. 626

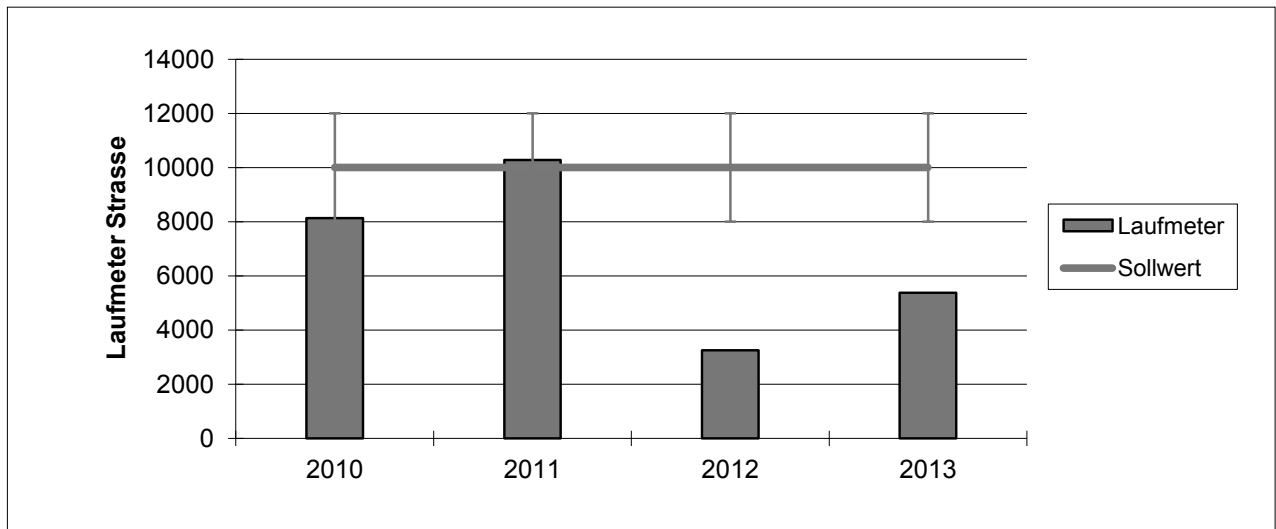


Renditeliegenschaften; Miteigentum

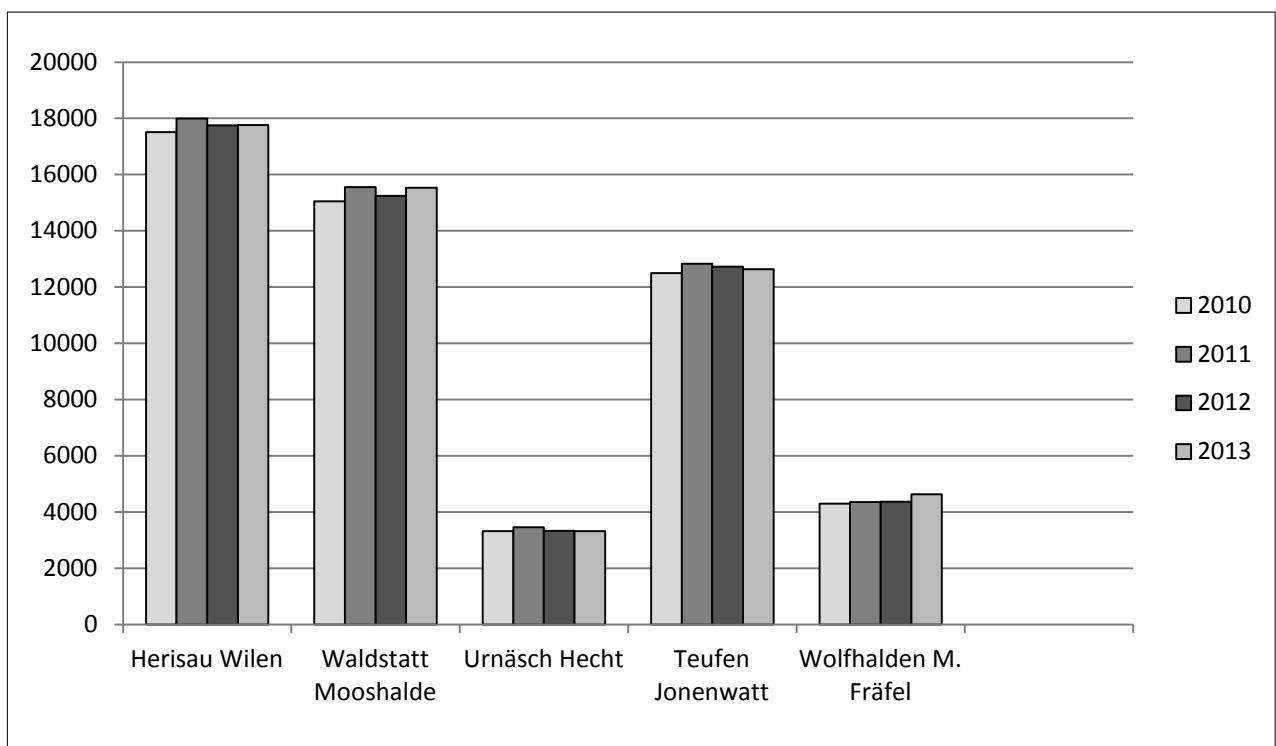
	Buchwert 01.01.2013	Buchwert 01.01.2014
MEG Gutenbergzentrum (2/12 Anteile)	4 450 000	4 707 800
MEG Café Würzer (2/12 Anteile)	1 251 500	1 454 600
MEG Gutenbergstr. 2 (2/12 Anteile)	143 800	164 800
Total	5 845 300	6 327 200

Tiefbauamt

Erneuerungsstatistik



Automatische Verkehrserhebungen der stationären Anlagen; durchschnittlicher täglicher Verkehr (DTV)





Amt für Umwelt

Förderprogramm Energie: ausbezahlte Beiträge in Fr.

	2009	2010	2011	2012	2013
Thermische Solaranlagen	144 089	164 306	110 373	137 436	106 570
Photovoltaik-Anlagen	77 235	128 340	146 925	851 085	550 043
Holzfeuerungen	169 850	96 000	166 100	59 000	561 100
Wärmenetzanschlüsse	45 600	134 000	100 500	89 400	134 200
Erdsonden-Wärmepumpe	-	62 500	76 500	150 000	100 000
Minergie-Gebäude	117 948	113 330	210 510	304 200	172 010
Gebäudehüllen-Sanierung	100 690	344 698	311 464	434 790	397 130
Diverse Massnahmen	23 500	28 600	33 500	25 500	36 520
Total	678 912	1 071 774	1 155 872	2 051 411	2 057 573
Nat. Gebäudesanierungsprogramm	-	252 940	1 093 090	1 642 565	1 564 905
Bereits ausbezahlt					1 129 635
Warteliste					435 270

Förderprogramm Energie: geförderte Anlagen/Massnahmen

	2009	2010	2011	2012	2013
Thermische Solaranlagen	73	81	53	72	54
Photovoltaik-Anlagen	13	16	22	120	100
Holzfeuerungen	35	20	20	25	18
Wärmenetzanschlüsse	22	42	32	39	51
Erdsonden-Wärmepumpe	-	15	15	28	18
Minergie-Gebäude	18	14	25	26	20
Gebäudehüllen-Sanierung	19	39	56	101	62
Diverse Massnahmen	5	17	19	9	6
Total	185	244	242	420	329
Nat. Gebäudesanierungsprogramm	-	¹⁾ 70	355	445	395

¹⁾ Antragstellung ist seit dem 1. Januar 2010 möglich

Departement Volks- und Landwirtschaft

	1. Sektor	2. Sektor	3. Sektor	Total
Herisau				
B	286	2 999	6 019	9 304
VZA	209	2 858	4 440	7 507
Hundwil				
B	150	29	251	430
VZA	103	27	174	304
Schönengrund				
B	56	21	44	121
VZA	38	18	33	89
Schwellbrunn				
B	157	65	211	433
VZA	114	68	137	319
Stein				
B	87	52	315	454
VZA	63	71	192	327
Urnäsch				
B	194	233	567	994
VZA	128	214	399	742
Waldstatt				
B	58	512	254	823
VZA	40	483	175	699
Bühler				
B	50	443	261	754
VZA	34	419	171	624
Gais				
B	114	329	781	1 224
VZA	81	298	565	944
Speicher				
B	64	257	768	1 089
VZA	42	249	555	846
Teufen				
B	119	417	2 018	2 555
VZA	77	406	1 488	1 971

	1. Sektor	2. Sektor	3. Sektor	Total
Trogen				
B	60	117	728	905
VZA	38	106	549	693
Grub				
B	35	63	181	279
VZA	21	62	120	203
Heiden				
B	78	846	1 733	2 657
VZA	51	819	1 279	2 149
Lutzenberg				
B	24	69	209	301
VZA	14	68	148	231
Rehetobel				
B	51	112	378	541
VZA	34	89	275	398
Reute				
B	31	36	140	207
VZA	18	35	89	142
Wald				
B	57	149	98	304
VZA	36	135	60	231
Walzenhausen				
B	55	343	912	1 310
VZA	31	328	663	1 022
Wolfhalden				
B	72	467	263	802
VZA	37	436	194	668

Total B	1 797	7 557	16 131	25 485
Total VZA	1 210	7 190	11 707	20 107

Bemerkung: Im November veröffentlichte das BIS die provisorischen Zahlen aus der neuen Statistik der Unternehmensstruktur STATENT (auf Basis von Registerinformationen) für das Jahr 2011. Sie löst die Betriebszählung ab. Damit können Wirtschaftsstrukturinformationen jährlich aktualisiert werden.



Handelsregisteramt

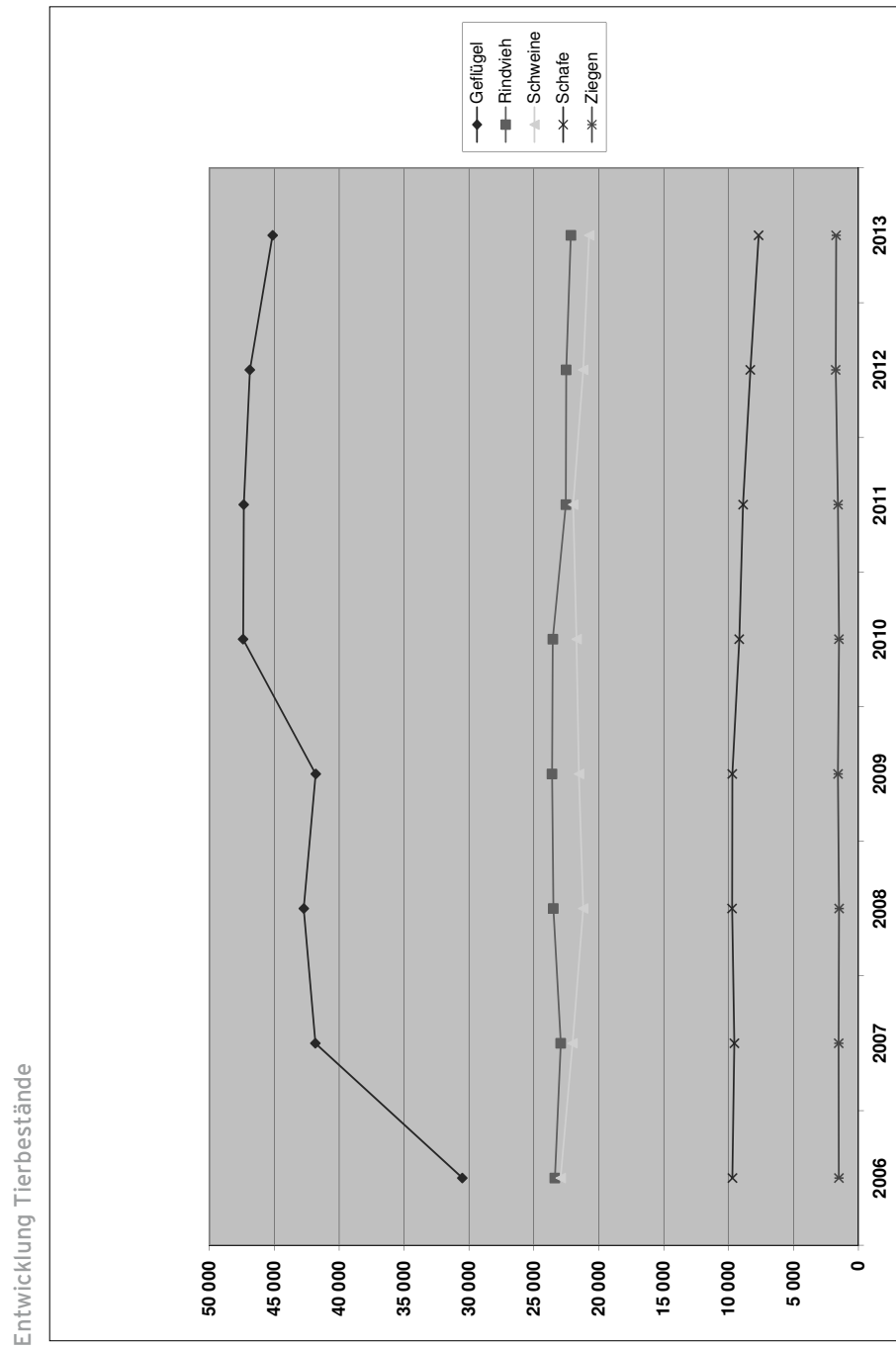
Bestand

	2009	2010	2011	2012	2013
Einzelunternehmen	1 066	1 088	1 105	1 089	1 102
Personengesellschaften	74	68	69	68	66
AG	1 554	1 664	1 754	1 875	1 979
GmbH	1 007	1 080	1 178	1 299	1 360
Genossenschaften	58	58	54	54	56
Vereine	22	24	25	26	27
Stiftungen	138	134	132	131	131
besondere Rechtsformen	4	4	3	3	4
Zweigniederlassungen	98	103	111	107	105
Total	4 021	4 223	4 431	4 652	4 830
Veränderung		+ 5,0 %	+ 4,9 %	+ 5,0 %	+ 3,8 %

Eintragungen und Löschungen

	2009	2010	2011	2012	2013
Eintragungen Handelsregister	515	501	505	518	487
Löschungen	222	299	297	297	309
Total Zuwachs Firmen in Appenzell Ausserrhoden	293	202	208	221	178

Landwirtschaftsamt





Veterinärämter

Inspektionen Betriebs- und Schlachthygiene

	2009	2010	2011	2012	2013
bewilligte Schlachtbetriebe	12	11	11	11	11
Inspektionen	7	4	5	8	4
Beanstandungen	45	38	35	31	10

Fleischuntersuchungen; Schlachtungen Total

	2009	2010	2011	2012	2013
Kühe/Rinder ¹⁾	402	785	698	671	676
Kälber ²⁾	354	13	10	8	3
Schafe	464	406	478	420	468
Ziegen	176	197	214	222	231
Schweine	2 142	2 204	2 242	2 093	2 004
Pferde	-	4	6	3	2
Lamas, Alpakas	2	-	-	1	4
Total	3 540	3 609	3 648	3 418	3 388

¹⁾ bis 2009: > 6 Monate / ab 2010: > 6 Wochen

²⁾ bis 2009: < 6 Monate / ab 2010: < 6 Wochen

Fleischuntersuchungen; Normalschlachtung

	2009	2010	2011	2012	2013
Kühe/Rinder ¹⁾	282	634	595	535	502
Kälber ²⁾	324	10	9	5	3
Schafe	461	402	476	412	468
Ziegen	176	196	214	222	231
Schweine	2 137	2 198	2 237	2 083	1 995
Pferde	-	3	6	3	1
Lamas, Alpakas	2	-	-	1	4
Total	3 382	3 443	3 537	3 261	3 204

Fleischuntersuchungen; Notschlachtung

	2009	2010	2011	2012	2013
Kühe/Rinder ¹⁾	120	151	103	136	174
Kälber ²⁾	30	3	1	3	-
Schafe	3	4	2	8	-
Ziegen	-	1	-	-	-
Schweine	5	6	5	10	9
Pferde	-	1	-	-	1
Lamas, Alpakas	-	-	-	-	-
Total	158	166	111	157	184

¹⁾ bis 2009: > 6 Monate / ab 2010: > 6 Wochen

²⁾ bis 2009: < 6 Monate / ab 2010: < 6 Wochen



Rückstandsuntersuchungen

	2009		2010		2011		2012		2013	
	K	B	K	B	K	B	K	B	K	B
Rückstandsuntersuchung Stichproben Milch	24	1	10	10	10	-	10	-	10	-
Rückstandsuntersuchung Stichproben Fleisch			10	1	10	1	10	2	10	-
Rückstandsuntersuchung bei Verdacht Fleisch	66	-	66	3	45	-	64	-	73	4
Fremdstoffuntersuchung Masttiere lebend	5	1	12	-	12	-	12	-	12	-
Total	95	2	98	14	77	1	96	2	105	4

K = Kontrolle

B = Beanstandungen

Regionales Arbeitsvermittlungsamt (RAV)/Arbeitslosenkasse

RAV-Statistik

	2009	2010	2011	2012	2013
Ø Stellensuchende	884	975	786	842	836
Ø Arbeitslosenquote	2,1 %	2,0 %	1,5 %	1,6 %	1,7 %
Ø Personalbestand RAV ¹⁾	9,8	11,9	11,8	11,6	11,7
durchgeführte Beratungsgespräche	7890	7633	7140	6749	6510
vermittelte Dauerstellen	75	104	100	56	61
vermittelte Aushilfsstellen/ Zwischenverdienste	92	117	112	71	39
verfügte arbeitsmarktliche Massnahmen	²⁾ 450	661	454	481	514
Stellenmeldungen	357	500	443	266	355
Ø Bezugstage bis Abmeldung pro stellensuchende Person	140	159	165	156	³⁾ 149
neu ausgesteuerte Personen	86	122	193	150	³⁾ 136

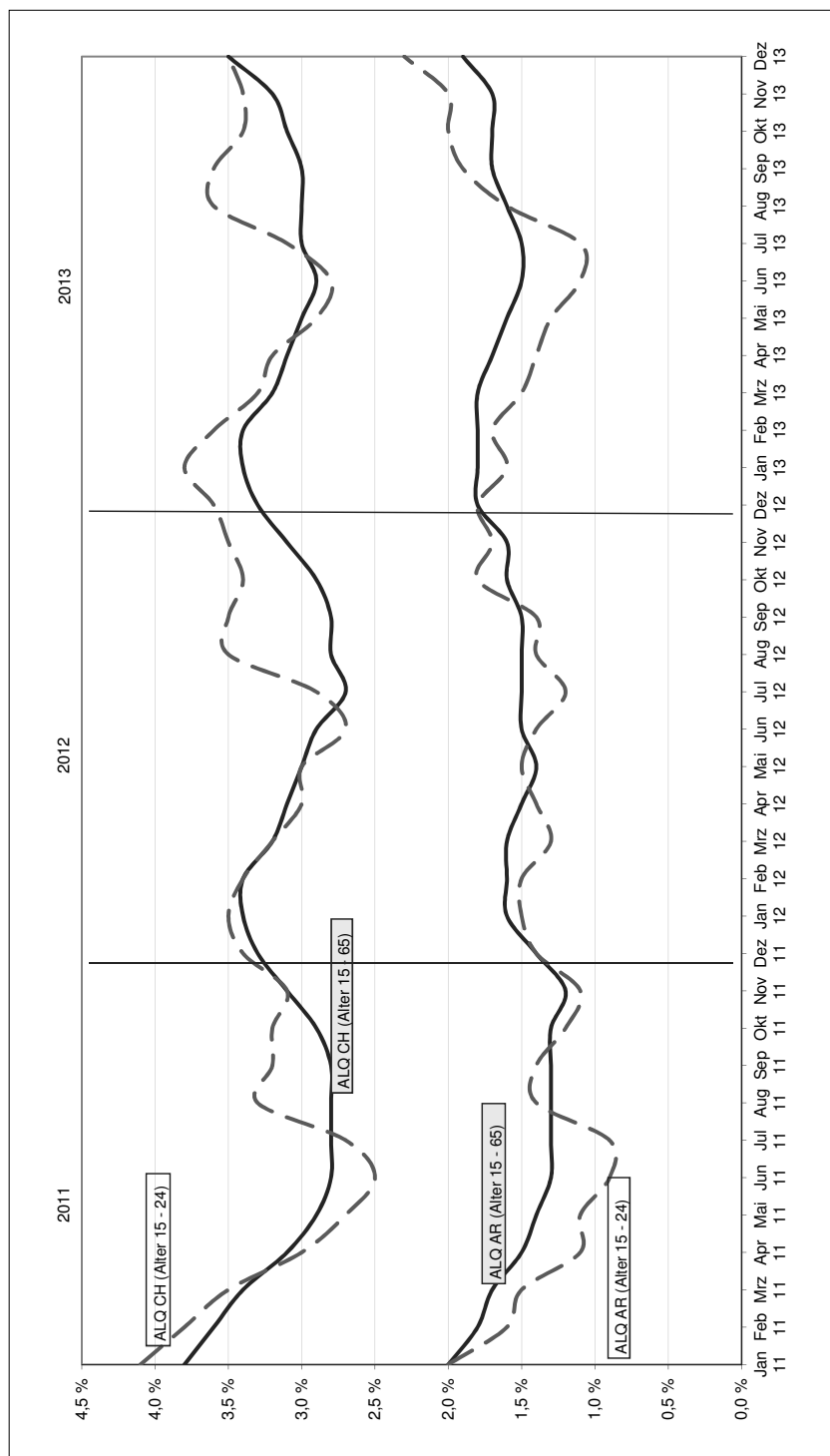
¹⁾ Vollstellen

²⁾ aufgrund eines Systemwechsels beim Bund nur Schätzwert möglich

³⁾ provisorischer Wert (definitiver Wert jeweils erst Ende April vorliegend)



Entwicklung Arbeitslosenquoten (ALQ)



Auszahlung Arbeitslosenentschädigung

	2009	2010	2011	2012	2013
Arbeitslosenentschädigung	19 082 727	22 795 118	16 574 124	16 683 824	18 808 326
Kurzarbeitsentschädigung	10 409 310	3 841 830	1 122 903	1 978 037	1 669 985
Schlechtwetterentschädigung	450 092	330 223	96 678	469 520	440 451
Insolvenzenschädigung	80 471	221 305	226 127	89 677	111 023
Präventivmassnahmen	467 640	678 049	511 055	500 939	663 982
Total	30 490 239	27 866 524	18 530 887	19 721 997	21 693 767

Von Kurzarbeit betroffene Arbeitnehmende

	2009	2010	2011	2012	2013
Januar	318	767	91	297	241
Februar	553	690	289	319	283
März	757	390	272	254	249
April	1 231	216	121	157	133
Mai	1 119	280	124	136	29
Juni	1 266	259	55	147	21
Juli	523	54	-	12	3
August	704	60	-	-	3
September	972	62	186	243	15
Oktober	854	68	54	130	114
November	748	67	48	274	161
Dezember	676	92	176	250	169
Total	9 721	3 005	1 416	2 219	1 421



Arbeitsinspektorat

Bereich ArG/UVG		2011	2012	2013
Anzahl	Betriebsbesuche	67	70	121
	bearbeitete Planbegutachtungen und Plangenehmigungen	163	205	177
	diverse Geschäfte	27	33	56
Anzahl Beratungsgespräche	Total	197	257	166
	Mobbing	6	3	5
	sexuelle Belästigung	0	0	1

Bereich Flankierende Massnahmen/Arbeitsmarkt		2011	2012	2013
Anzahl	Meldungen	1488	1835	1820
	Kontrollen	110	119	108
	kontrollierte Personen	282	352	243
	abgeschlossene Fälle	80	134	102

Bereich Schwarzarbeit		2011	2012	2013
Anzahl	Kontrollen	45	53	84
	kontrollierte Personen	76	230	181
	vermutete Fälle von Schwarzarbeit	25	27	46
	abgeschlossene Fälle	26	40	56

Departement Sicherheit und Justiz

Strassenverkehrsamt

Fahrzeugbestände (in Verkehr per 30.09.)

	2009	2010	2011	2012	2013
Personenwagen	28 420	28 665	29 233	29 906	30 491
Personentransportfahrzeuge	386	408	442	460	499
Sachentransportfahrzeuge	2 036	2 065	2 138	2 219	2 314
Landwirtschaftsfahrzeuge	2 264	2 270	2 271	2 279	2 301
Industriefahrzeuge	533	540	538	555	562
Motorräder	5 285	5 287	5 326	5 396	5 463
Anhänger	3 259	3 303	3 395	3 504	3 579
Total	42 183	42 538	43 343	44 319	45 209
Veränderung		+ 0,84 %	+ 1,89 %	+ 2,25 %	+ 2,01 %

Quelle: Statistik als Vereinigung der Strassenverkehrsämter

Jagdverwaltung

	2009	2010	2011	2012	2013
Niederjagdpatente	141	143	138	137	140
Hochjagdpatente	53	49	50	55	57
Jagdstraffälle	3	5	1	-	7

Abschusszahlen Jäger und Wildhüter

	2009	2010	2011	2012	2013
Schwarzwild	-	-	-	-	-
Rotwild (Hirsche)	27	29	20	26	42
Gamswild	5	9	11	13	11
Rehwild	390	423	497	494	511
Total	422	461	528	533	564



Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

Rekrutenaushebung

	2010	2011	2012	2013
Diensttauglich	283	253	295	247
Schutzdiensttauglich	49	40	48	44
Untauglich	40	44	51	36
Zurückgestellt	6	11	11	2
Total Stellungspflichtige	378	348	405	329
davon Diensttauglich	75 %	73 %	73 %	75 %

Schiesswesen ausser Dienst (Pflicht)

	2010	2011	2012	2013
Bundesprogramm 300 m	1 729	1 631	1 557	1 531
Bundesprogramm 50 m / 25 m	152	150	156	141
Total	1 881	1 781	1 713	1 672
davon disziplinarische Bestrafung (versäumte Schiesspflicht)	93	81	88	91

Schiesswesen ausser Dienst

	2010	2011	2012	2013
Feldschiessen 300 m	958	840	877	793
Feldschiessen 50 m / 25 m	193	176	184	163
Jungschützen	98	88	80	76

Kontrollführung

	2010	2011	2012	2013
Stammkontrollbestand der im Kanton meldepflichtigen Armee- und Zivilschutzangehörigen	4 173	4 150	4 130	4 075
Entlassungen aus der Wehrpflicht (Offiziere, Unteroffiziere, Soldaten)	60	153	158	163

Wehrpflichtersatzabgabe

	2010	2011	2012	2013
Ersatzpflichtige	1 336	1 543	1 630	1 659
Rohertrag des Bundes (80 %) in Fr.	716 000	933 000	821 751	870 170
Rohertrag des Kantons (20 %) in Fr.	179 000	233 000	250 438	217 543

Zivilschutz

	2010	2011	2012	2013
belüftete Schutzraumplätze	55 780	55 795	55 950	56 225
Zivilschutzeinsätze zu Gunsten der Gemeinschaft	41	33	35	78
geleistete Dienstage	4 003	4 016	4 115	4 710
Belegungstage Ausbildungszentrum Teufen	250	215	224	Herisau: 230
Betreuungseinsätze Care-Team AR/AI	9	9	14	18



Departement Inneres und Kultur

Bevölkerung des Kantons 1980, 1990, 2000, 2009 - 2012

Quelle: Bundesamt für Statistik, Sektion Demografie und Migration
 1980: Volkszählung vom 1. Dezember 1980; 1990: Volkszählung vom 4. Dezember 1990; 2000: Volkszählung vom 5. Dezember 2000;
 2009 und 2010: Stand 31. Dezember (ESPOP); 2011 und 2012: Stand 31. Dezember (STATPOP).

Appenzell Ausserrhoden

	1980	1990	2000	2009	2010	2011	2012
Hinterland	21 545	23 805	24 248	23 684	23 577	23 562	23 540
Mittelland	14 392	15 373	15 623	16 200	16 195	16 441	16 560
Vorderland	11 674	13 051	13 633	13 159	13 245	13 310	13 338
Total	47 611	52 229	53 504	53 043	53 017	53 313	53 438

Hinterland

	1980	1990	2000	2009	2010	2011	2012
Urnäsch	2 258	2 431	2 336	2 230	2 269	2 270	2 241
Herisau	14 160	15 624	15 882	15 426	15 236	15 174	15 222
Schwellbrunn	1 142	1 438	1 468	1 453	1 477	1 475	1 476
Hundwil	943	1 035	1 038	990	968	975	974
Stein	1 198	1 314	1 355	1 348	1 359	1 371	1 357
Schönengrund	404	434	459	486	496	508	492
Waldstatt	1 440	1 529	1 710	1 751	1 772	1 789	1 778
Total	21 545	23 805	24 248	23 684	23 577	23 562	23 540

Mittelland

	1980	1990	2000	2009	2010	2011	2012
Teufen	5 027	5 252	5 535	5 810	5 748	5 867	5 975
Bühler	1 640	1 628	1 598	1 654	1 668	1 697	1 705
Gais	2 388	2 662	2 770	3 017	3 065	3 039	3 018
Speicher	3 484	3 789	3 853	4 013	4 027	4 133	4 183
Trogen	1 853	2 042	1 867	1 706	1 687	1 705	1 679
Total	14 392	15 373	15 623	16 200	16 195	16 441	16 560

Vorderland

	1980	1990	2000	2009	2010	2011	2012
Rehetobel	1 416	1 688	1 742	1 676	1 703	1 728	1 709
Wald	695	851	881	836	844	837	843
Grub	833	1 019	1 038	1 006	1 017	997	1 021
Heiden	3 620	3 885	4 063	4 023	3 990	4 030	4 012
Wolfhalden	1 632	1 713	1 689	1 701	1 706	1 720	1 720
Lutzenberg	880	1 083	1 323	1 237	1 254	1 270	1 254
Walzenhausen	2 004	2 152	2 181	2 015	2 071	2 094	2 106
Reute	594	660	716	665	660	634	673
Total	11 674	13 051	13 633	13 159	13 245	13 310	13 338



Departementssekretariat

Behandlung von Beschwerden und Rekursen; Veränderung

	2009	2010	2011	2012	2013
Pendenzen vom Vorjahr	10	14	23	¹⁾ 18	33
Eingänge	39	42	27	41	19
Erledigungen	- 35	- 33	- 18	- 26	- 40
Pendent Ende Jahr	14	23	32	²⁾ 33	12

Behandlung von Beschwerden und Rekursen; Eingänge

	2009	2010	2011	2012	2013
Departementsgeschäfte ³⁾	12	8	11	10	12
Vormundschaftsbeschwerden (RR) ⁴⁾	13	18	8	25	2
Stimmrechtsbeschwerden (RR)	3	1	2	-	1
Aufsichtsbeschwerden (RR)	3	-	2	2	1
Diverse (RR)	8	15	4	4	3
Total	39	42	27	41	19

¹⁾ Bis 2010 wurden auch die vom Rechtsdienst der Kantonskanzlei betreuten Beschwerden und Rekurse (v.a. gegen Zonenpläne und Baureglemente) miterfasst. Für 2011 und 2012 wurden Eingänge und Erledigungen dieser Geschäfte nicht mehr erfasst. Da 2011 keine Abgrenzung zu diesen Fällen stattgefunden hat, wurde diese 2012 vorgenommen. Die Anzahl Pendenzen vom Vorjahr wurde von 32 auf 18 korrigiert.

²⁾ Von den 33 Ende 2012 pendenten Beschwerden wurden per 2013 - aufgrund des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts - 16 Fälle zuständigkeitshalber an die neue Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde bzw. das Obergericht überwiesen. Es verblieben 17 pendente Beschwerden.

³⁾ v.a. Rekurse in der Sozialhilfe, bis 2009 Beschwerden gegen Nichtgewährung Prämienverbilligung

⁴⁾ Der Regierungsrat ist seit 1. Januar 2013 nicht mehr für die Vormundschaftsbeschwerden zuständig. Die Verfügungen der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde können direkt beim Obergericht angefochten werden. Zwei Beschwerden sind im Januar 2013 noch beim Regierungsrat eingegangen, da Vormundschaftsbehörden im Dezember 2012 noch Verfügungen versandten, in denen die Rechtsmittelbelehrung auf den Regierungsrat verwies.

Asyl und Integration

Entwicklung der anwesenden Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen

Unterbringung Kanton

	Asylsuchende		vorl. Aufgenommene		Total anwesend		Differenz
	2012	2013	2012	2013	2012	2013	
zentrale Unterbringung	58	44	-	-	58	44	- 14
Unterbringung Gemeinden	170	175	70	70	240	245	+ 5
Total	228	219	70	70	298	289	- 9

Zentrale Unterbringung

	Asylsuchende		vorl. Aufgenommene		Total anwesend		Differenz
	2012	2013	2012	2013	2012	2013	
Unterbringung Zentren	39	36	-	-	39	36	- 3
Nothilfestruktur	6	5	-	-	6	5	- 1
diverse Unterbringungsfälle ¹⁾	13	3	-	-	13	3	- 10
Total	58	44	-	-	58	44	- 14

¹⁾ Haftfälle, spezielle Platzierungen



Unterbringung Gemeinden

	Wohnbevölkerung	Asylsuchende		vorl. Aufgenommene		Total anwesend		Differenz
		2012	2013	2012	2013	2012	2013	
Urnäsch	2 257	7	6	2	3	9	9	+ 0
Herisau	15 421	44	53	30	30	74	83	+ 9
Schwellbrunn	1 497	4	7	-	-	4	7	+ 3
Hundwil	981	1	-	6	6	7	6	- 1
Stein	1 379	4	4	1	1	5	5	+ 0
Schönengrund	512	2	2	-	-	2	2	+ 0
Waldstatt	1 799	7	6	3	3	10	9	- 1
Teufen	6 044	21	23	1	4	22	27	+ 5
Bühler	1 706	5	4	2	1	7	5	- 2
Gais	3 059	13	10	4	4	17	14	- 3
Speicher	4 182	15	14	3	3	18	17	- 1
Trogen	1 673	5	7	-	-	5	7	+ 2
Rehetobel	1 730	6	6	4	5	10	11	+ 1
Wald	838	-	-	6	5	6	5	- 1
Grub	1 025	5	3	-	-	5	3	- 2
Heiden	4 052	15	13	1	2	16	15	- 1
Wolfhalden	1 728	5	5	1	1	6	6	+ 0
Lutzenberg	1 254	-	-	1	1	1	1	+ 0
Walzenhausen	2 071	6	8	5	1	11	9	- 2
Reute	666	5	4	-	-	5	4	- 1
Total	53 874	170	175	70	70	240	245	+ 5

Entwicklung Zuweisungen

	2009	2010	2011	2012	2013
Anwesend am 01.01.	206	234	189	233	298
Zugänge	133	118	165	232	191
Erledigungen	105	163	121	167	200
Anwesend am 31.12.	234	189	233	298	289
Veränderung	+ 28	- 45	+ 44	+ 65	- 9

Zugänge

	2009	2010	2011	2012	2013
Bundes-Zuweisungen	101	93	154	216	174
Zuzüge aus anderen Kantonen	3	1	-	-	1
Geburten	8	2	4	9	6
vorläufige Aufnahme aus Asylgesuchsablehnungen	21	22	7	7	10
Total	133	118	165	232	191



Erledigungen

	2009	2010	2011	2012	2013
Wegzug in anderen Kanton	3	2	1	5	5
kontrollierte Ausreise	8	13	13	23	34
Ausschaffungen	15	16	31	37	35
Abreise nach unbekannt	17	40	26	64	77
Erteilung humanitäre Bewilligung	16	7	1	8	7
Erteilung andere Bewilligung	5	4	2	2	-
Anerkennung als Flüchtling	20	32	40	21	32
Nachführung bereits vorläufig aufgenommene Flüchtlinge	21	27	-	-	-
vorläufige Aufnahme aus Asylverfahren	-	22	7	7	10
Total	105	163	121	167	200

Amt für Kultur

Denkmalpflege; Entwicklung Beitragsgesuche, Beiträge und Stellungnahmen

	2009	2010	2011	2012	2013
Kanton	1 297 413	664 330	825 940	923 371	949 153
Bund	442 908	172 364	180 375	210 500	305 593
Gemeinde	1 106 474	709 848	1 215 222	802 338	689 568
Total	2 846 795	1 546 542	2 221 537	1 936 209	1 944 314

	2009	2010	2011	2012	2013
Beitragsgesuche	61	60	66	75	59
Stellungnahmen Baugesuche, Revisionen	113	158	169	193	¹⁾ 188

¹⁾ 32 Stellungnahmen zu Bauvorhaben, Zonenplänen und Rekursen wurden schriftlich abgegeben.
156 Stellungnahmen wurden in Besprechungen erarbeitet oder abgegeben und flossen direkt als Auflagen in die Baubewilligungen ein.

